

Verantwortung, Nachhaltigkeit und Menschenrechte – Aufbruch in eine (neue) Zukunft

**Tagungsband des
33. Europäischen Zollrechtstags
des EFA am 23. und 24. Juni 2022
in Graz, Österreich**

herausgegeben von Prof. Dr. Frauke Schulmeister

Mendel Verlag



Schriftenreihe des Europäischen Forums
für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V.
an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Band 70

Herausgeber: Prof. Dr. Frauke Schulmeister (Europäisches Forum für Außenwirtschaft,
Verbrauchsteuern und Zoll e.V., Münster)

Herstellung: Mendel Verlag GmbH & Co. KG
Wasserstr. 223
44799 Bochum
Telefon: +49 2302 202930
Telefax: +49 2302 2029311
E-Mail: info@mendel-verlag.de
Internet: www.mendel-verlag.de

Titelentwurf: KJM Werbeagentur
Hafenweg 22
48155 Münster
Internet: www.kjm.de

ISBN 978-3-943011-75-3

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungen jeglicher Art
sind nur nach Genehmigung durch den Verlag erlaubt.

© 2023 Mendel Verlag GmbH & Co. KG, 44799 Bochum

Inhaltsübersicht

Grußwort 7

Dr. Lothar Harings, Rechtsanwalt, Graf von Westphalen, Hamburg/Brüssel,
Vorstandsvorsitzender des Europäischen Forums für Außenwirtschaft,
Verbrauchsteuern und Zölle e.V. (EFA)

Nachhaltigkeit und Menschenrechte: Ethische Verantwortung von Unternehmen 11

Prof. Dr. Markus Scholz, Leiter des Institute for Business Ethics and Sustainable Strategy (IBES), Fachhochschule Wien der Wirtschaftskammer Wien, Österreich

Menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in Unternehmen 23

Anosha Wahidi, Referatsleiterin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) – menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen 27

Torsten Safarik, Präsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn

Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit 33

Dr. Susanne Knöfel, Referat „Gesellschaftsrecht“, GD Justiz und Verbraucher, EU-Kommission, Brüssel, Belgien

Supply Chain Augmentation – Transparency, Predictability, Trust 37
Alberto Zamora, Geschäftsführer osapiens Services GmbH, Mannheim

Podiumsdiskussion „Lieferkettengesetz und EU-Richtlinienvorschlag“ 41
Moderation und Diskussionsleitung: Dr. Lothar Harings, Rechtsanwalt, Graf von Westphalen, Hamburg/Brüssel, Vorstandsvorsitzender des EFA
Zusammengefasst von Prof. Dr. Karina Witte, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Münster

Zollamt Österreich – Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung 43
Mag. Heike Fetka-Blüthner, Zollamt Österreich

Modernisierung der österreichischen Zollverwaltung aus Sicht eines Wirtschaftsbeteiligten und allgemeine Herausforderungen in der Customs Compliance 49
Gerald Lorbek, Magna Steyr Fahrzeugtechnik AG & Co. KG, Graz, Österreich

Podiumsdiskussion „Organisation der Zollverwaltung – ein Zwischenfazit: Ansätze in Österreich, Schweiz und Deutschland“ 55
Moderation und Diskussionsleitung: Dr. Thomas Weiß, Rechtsanwalt, Osnabrück, Schatzmeister des EFA
Zusammengefasst von Prof. Dr. Karina Witte, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Münster

Talkrunde: Umsatzsteuer-Digitalpaket und E-Commerce 57
Oliver Brodersen, Generalzolldirektion, Direktion V, Hamburg

E-Commerce in Österreich 59
Manfred Winterleitner, Abteilung III/10, Bundesministerium für Finanzen, Wien, Österreich

Podiumsdiskussion „Talkrunde: Umsatzsteuer-Digitalpaket und E-Commerce“ 63

Moderation und Diskussionsleitung: Frank Görtz, stellvertretender Vorsitzender, Hamburg
Zusammengefasst von Prof. Dr. Karina Witte, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Münster

Russlandsanktionen – Bestandsaufnahme und Ausblick 65

Thomas Barowski, Referatsleiter, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn

Russia Sanctions and Export Controls: Current U.S. Status and Perspectives 69

Douglas N. Jacobson, Jacobson Burton Kelley PLLC, Washington, D.C., USA

Modernisation of the Revised Kyoto Convention 75

Dr. Kerstin Harden, AWB Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Münster
Prof. Dr. Achim Rogmann, LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School (BELS),
Wolfenbüttel

Podiumsdiskussion „Modernisation of the Revised Kyoto Convention“ 95

Moderation und Diskussionsleitung: Petra Herrmann,
EFA-Vorstand, Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg
Zusammengefasst von Prof. Dr. Frauke Schulmeister, Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung, Münster

Freihandelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum 97

Prof. Dr. Hans-Michael Wolffgang, Universität Münster

Regional Free Trade Agreements in the Asia-Pacific 105

Prof. Dr. Hans-Michael Wolffgang, Universität Münster

Regional Free Trade Agreements – Latin America 113

Eva Carballeira, Deputy Head of Unit Latin America, Generaldirektion (GD) Handel, EU-Kommission, Brüssel, Belgien

African Continental Free Trade Area (AfCFTA) – Overview from a South African Perspective 117

Coffet Lebepe, Lead, Product and Process: Customs & Excise, South African Revenue Service, Pretoria, Südafrika

Regional Free Trade Agreements and their Implications on International Trade 123

Lesley Batchelor OBE, Trade Expert, exportbootcamps.com, Vereinigtes Königreich

Environmental Goods and Services 127

Indre Vaicekauskaitė, GD Handel, EU-Kommission, Brüssel, Belgien

Environmental taxation – Green and smart 133

Vicente Hurtado-Roa, GD TAXUD, EU-Kommission, Brüssel, Belgien

Carbon Pricing in Austria 143

Prof. Dr. Thomas Bieber, Johannes Kepler University Linz, Österreich

Schlusswort zum 33. Europäischen Zollrechtstag in Graz 149

Dr. Lothar Harings, Vorsitzender des EFA

Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA) 151

European Forum for External Trade, Excise and Customs
– Chronik und Informationen –

Grußwort

Dr. Lothar Harings
Rechtsanwalt, Graf von Westphalen, Hamburg/Brüssel,
Vorstandsvorsitzender des Europäischen Forums für Außenwirtschaft,
Verbrauchssteuern und Zölle e.V. (EFA)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe EFA-Mitglieder und Gäste, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Gerichtsbarkeit, Verwaltung, Wirtschaft, Lehre und freien Berufen, ich begrüße Sie alle – ob hier im Saal, online zuhause oder im Büro – zum 33. Europäischen Zollrechtstag in der Wirtschaftskammer Steiermark in Graz.

Der Europäische Zollrechtstag hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit Krisen und Herausforderungen beschäftigt – Handelskonflikte, Iran-Embargo, Brexit, Corona sind nur einige Stichworte, die uns bewegt haben. Wenn wir geglaubt haben, es gebe keine Steigerung mehr, hat uns 2022 eines Besseren gelehrt: Wie eindimensional kommt uns heute die Coronadiskussion der vergangenen zwei Jahre vor? Man könnte fast nostalgisch auf die Jahre 2018/2019 zurückblicken, in denen wir uns „nur“ mit dem transatlantischen Handelskonflikt beschäftigen mussten. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat vieles verändert.

„Verantwortung, Nachhaltigkeit und Menschenrechte – Aufbruch in eine (neue) Zukunft“ – unter diesem Motto findet unsere Veranstaltung in diesem Jahr statt.

Verantwortung ist dabei als Leitmotiv zu verstehen: Verantwortung für das eigene Handeln, Verantwortung für die Lieferkette, Verantwortung für die Umwelt, Verantwortung für den Frieden. Der Begriff der Verantwortung ist daher das verbindende Element zwischen sehr unterschiedlichen fachlichen Themen, von den Sorgfaltspflichten in der Lieferkette bis hin zu Green Customs und dem Carbon Border Adjustment Mechanism. Wir greifen damit eine Entwicklung auf, die viele Unternehmen unter dem Kürzel „ESG“ – „Environmental Social Governance“ in einem langjährigen Transformationsprozess durchlaufen und sich zu „nachhaltigem Wirtschaften“ verpflichten.

Haben wir derzeit nicht andere Probleme im internationalen Handel? Dürfen wir uns nach über zwei Jahren Pandemie, vier Monaten Krieg in der Ukraine, gravierenden Störungen der internationalen Lieferketten, einer bevorstehenden Energiekrise mit dem „Modethema ESG“ befassen?

Die Financial Times hat im Jahr 2012 eine satirische, fast schon zynische Definition des Begriffs „Sustainability“ gegeben:

„Sus|tain|abili|ty, die, engl.: **Nachhaltigkeit**. Die zweite, äh, Dings neben Compliance, die in den vergangenen Jahren irgendwie alle machen und forcieren – und von der natürlich alle heimlich ... genervt sind. Aber was soll man machen? Klar, wie immer: Jede Menge Projekte, Ziele und Folien ...

(Financial Times Deutschland, 16.4.2012, S. 28)

Wofür steht das Kürzel „ESG“ also?

ESG: Environmental, Social, Governance beschreibt die drei nachhaltigkeitsbezogenen Verantwortungsbereiche von Unternehmen.

- Environmental steht z.B. für Umweltverschmutzung oder -gefährdung, Ressourcenknappheit, Treibhausgasemissionen oder Energieeffizienzthemen.
- Social beinhaltet Aspekte wie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Diversity oder gesellschaftliches Engagement.
- Governance wird als verantwortungsvolle Unternehmensführung verstanden. Hierzu zählen z.B. Themen wie Unternehmenswerte oder Steuerungs- und Kontrollprozesse.

Als Begründer des Prinzips der Nachhaltigkeit gilt von Carlowitz (im 18. Jahrhundert Oberberghauptmann am kursächsischen Hof in Freiberg), der unter einer „nachhaltenden Nutzung“ die Begrenzung des Holzeinschlags auf die Menge, die durch planmäßige Aufforstung, durch Säen und Pflanzen nachwachsen konnten, begrenzte.

Schließlich der dritte Begriff aus unserem Motto: „**Menschenrechte**“ – er fordert eine Achtung der Menschenrechte über den engeren eigenen Wirkungskreis hinaus. Das beinhaltet die Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte in der Lieferkette und – noch weiter gesprochen – ein Plädoyer für eine wertorientierte Handelspolitik – was wiederum zu stabileren Wirtschaftsbeziehungen und Lieferketten führt, was auch immer das für unsere Wirtschaftsbeziehungen zu China bedeutet – darauf werden wir am Freitag näher eingehen.

Die Antwort auf die von mir formulierte Frage lautet daher: Ja, wir dürfen uns nicht nur mit ESG/Nachhaltigkeit befassen, sondern wir müssen es tun! Es ist gerade die Verpflichtung des Zollrechtstags als ein Forum, das über die Alltagsthemen des internationalen Handels hinausblickt, sich mit Themen der Zukunft zu beschäftigen. ESG/Klimaschutz/Nachhaltigkeit sind **keine Modethemen**, die in fünf Jahren durch andere Dinge abgelöst sind – es sind die beherrschenden Zukunftsthemen, weil sie die Verantwortung für unser Handeln in persönlicher wie in wirtschaftlicher Hinsicht adressieren.

So beschäftigen wir uns – nach dem Eröffnungsvortrag – am heutigen Vormittag mit den Sorgfaltspflichten in der Lieferkette, beispielhaft am deutschen LkSG und am Richtlinienvorschlag der EU-Kommission aufgezeigt. Weitere Themen des Eröffnungstags sind die Organisation der Zollverwaltung – hier konzentrieren wir uns ganz auf die Erfahrungen in Österreich, das die Zentralisierung der Verwaltung so weit vorangetrieben hat, dass es nur noch ein Zollamt, das Zollamt Österreich, gibt. Wir werden hören,

was das aus Sicht der Wirtschaft, aber auch aus Sicht der Zollverwaltung selbst für Konsequenzen hat. Das nächste Panel befasst sich mit dem Umsatzsteuerdigitalpakt und E-Commerce, ein Thema von großer praktischer Bedeutung, nicht nur für Versandhändler und Paketdienstleister. Ich bin sehr gespannt, welche Probleme und Lösungsmöglichkeiten hier diskutiert werden. Letzter inhaltlicher Programmpunkt des heutigen Tages sind dann die „Russlandsanktionen“ und ihre Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Wir werden hier die Thematik aus Sicht des deutschen BMF, dem BAFA sowie aus US-amerikanischer Perspektive beleuchten.

Morgen, am zweiten Tag des Zollrechtstags, werden wir in die englische Sprache wechseln – eine Simultanübersetzung in die deutsche Sprache wird angeboten (genauso wie heute eine Übersetzung von Deutsch nach Englisch angeboten wird).

A very warm welcome to our international guests and speakers from Brussels, South Africa, the U.S. and especially to the representatives of our partner organization ODASCE – we are happy to have you with us. EFA has always invited international guests and experts to its conferences and the current political developments show very clearly that we need to find common answers to the global challenges of international trade.

Der zweite Veranstaltungstag steht zunächst ganz im Fokus der internationalen Handelspolitik und beginnt mit einem Bericht über die Modernisierung der revidierten Kyoto-Konvention. Im Anschluss daran befasst sich ein Panel mit regionalen Freihandelsabkommen und ihren Auswirkungen auf den internationalen Handel. Das Schlusspanel greift schließlich explizit den Titel der Veranstaltung nochmals auf und beleuchtet die Themen „Green Customs, CO₂-Besteuerung und Environmental Goods Agreement“ – Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit in der künftigen Steuer- und Zollpraxis.

Wir haben also ein anspruchsvolles inhaltliches Programm vor uns – sollten aber auch den Austausch untereinander vor und nach den Panels nicht versäumen. Und eine hervorragende Gelegenheit dafür bietet heute Abend auf Einladung unseres Hauptsponsors MIC die Abendveranstaltung auf Schloss Herberstein, einem wunderbaren Schloss aus dem 13. Jahrhundert.

Namens des Vorstands des EFA danke ich allen Referentinnen und Referenten für ihre Mitwirkung – ich danke unseren Sponsoren, die uns diese Tagung erst ermöglichen, insbesondere MIC und der Wirtschaftskammer Steiermark für ihre Gastfreundschaft und die Bereitstellung der Räumlichkeiten. Wir freuen uns, mit dem Europäischen Zollrechtstag nach 2004 ein weiteres Mal in der Steiermark zu Gast zu sein.

Herr Dr. Dernoscheg, Sie sind als Vertreter der Wirtschaftskammer Steiermark so freundlich, ein Grüßwort zu uns zu sprechen.

Nachhaltigkeit und Menschenrechte: Ethische Verantwortung von Unternehmen

Prof. Dr. Markus Scholz

Leiter des Institute for Business Ethics and Sustainable Strategy (IBES), Fachhochschule Wien der Wirtschaftskammer Wien, Österreich

Capitalism is Under Siege

'Capitalism is under siege in recent years business increasingly has been viewed as a major cause of social, environmental, and economic problems. Companies are widely perceived to be prospering at the expense of the broader community.'

(Source: Porter, Kramer. 2011: 64; my emphasis; cf. de los Reyes, Scholz. 2020; Scholz. 2021)

The First and Second Wave of Sustainability: Fraud and the Environment

What's the problem?

The First Wave: (Financial) Fraud and Greed



The Second Wave: Environmental Problems (at least Co-)Caused by Business



The Consequences of the First Two Waves: More Responsibilities for Business

Economic responsibility

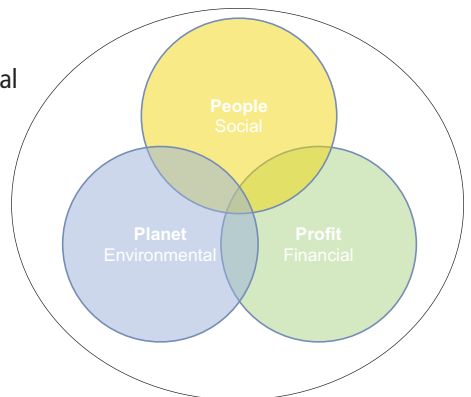
- Economic value

Ecological responsibility

- Sustainable use and consumption of natural resources

Social responsibility

- Responsibilities for products, services, workers, communities, Elkington (1997): Cannibals With Forks



1. **More general and political attention for ESG topics**

2. **More and stricter regulation**

e.g., Basel 2, EU aims to reach net-zero GHG emissions by 2050, EU Due Diligence Act and country-specific supply chain laws

3. **More and stricter reporting requirements**

e.g., Corporate Sustainability Reporting Directive (!)

4. **More requirements for management/higher costs for business (compliance)**

5. **More business for accounting, consultancy and law firms**

Also more money for academics who work in this area

Let's all go (longboard) surfing then ...



The Third Wave: Moralisation of Society and Political Responsibilities of Business

Moralisation of Society

Health



Racism

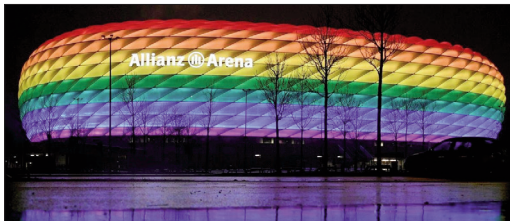


Black Lives Matter protest in Stockholm 3 June 2020.

Companies' support for Black Lives Matter.



Equality



Allianz Arena (Munich, Germany) in rainbow colours.

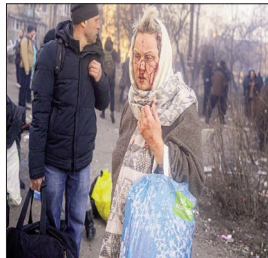
Political Unrest



Human Rights



War (and Human Rights)



Over 1 000 companies have curtailed operations in Russia – but some remain.

How Business Fails to Sufficiently Address the Third Wave and What Needs to be Done

Just Woke?

In a broader sense, 'woke' often stands as a shorthand term for left-wing ideas and encompasses awareness of social inequalities such as racism and sexism.

'Woke capitalism' often describes companies who signal support for progressive causes such as **LGBTQI+ matters, anti-racism, anti-sexism, pro human rights engagement**, etc.

The Third Wave: Moralisation of Society

My thesis:

1. In a moralised society, **companies are political actors** – whether they want it or not. They need to engage with political issues.
 - Pressure comes from stakeholders and shareholders.
2. Companies are **ill-prepared to deal with their political responsibilities**, because of
 - their lack of ethical decision making capacities and
 - their lack of internal structures and processes.

Are companies political actors? Do they have political responsibilities?

The Business of Business is Business!

‘[I]n a free society, [...] there is one and only one social responsibility of business – to use its resources and engage in activities designed to increase its profits so long as it stays within the rules of the game [...].’
Friedman (1970: 6)

1. Business as a whole cannot be said to have responsibilities.
2. In a free-enterprise, private-property system, a corporate executive is an employee of the owners of the business.
3. Taxation without representation/managers are not elected (no legitimacy/managers are not experts for solving social issues).

The Division of Labour Argument and Friedman's Worldview

- setting the right legal and economic framework (incl. sanctions)
- enforcing the economic and legal framework
- complying with hard laws
- paying taxes
- creating jobs
- fostering innovations



The Division of Labour Argument does not Hold Water (Anymore)

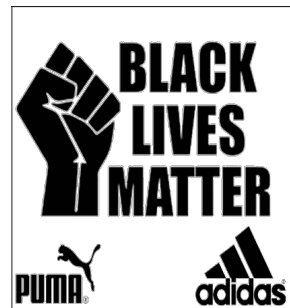
Why Companies are Political Actors

- Governments are
 - too weak,
 - too slow and
 - (often) too incompetent to set the right economic frameworks and good rules of the game ...
- Companies are perceived as (republican) citizens (citizen) with respective rights and duties and they need to fill the governance gap.
- Many (but not all) stakeholders want companies to engage with political issues.
- **Silence and inaction is not neutrality, but might even have an encouraging effect on the perpetrator.**

How is Business doing Regarding their Political Responsibilities?

Corporate Political Engagement 2022

Equality: Bluewashing/Rainbowwashing



War: Warwashing?

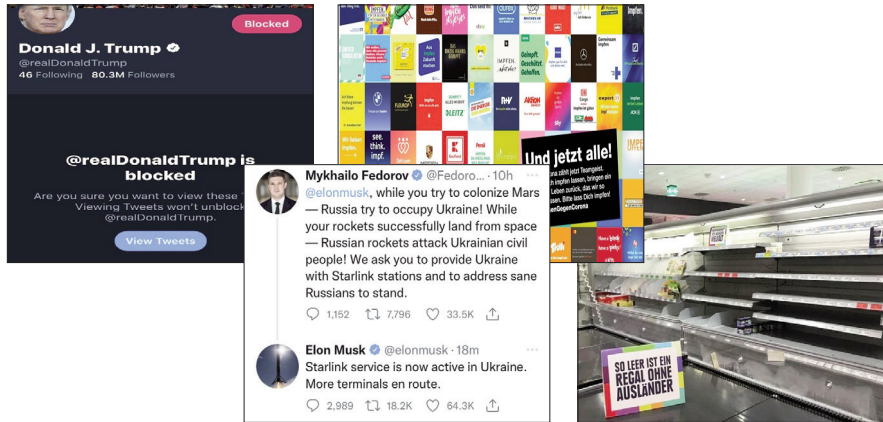


Human Rights: (Often) Inconsistent and Non-authentic



Social Unrest, Health, Racism, War

Non-legitimate (?) Corporate Political Engagement 2022?



Corporate Political Engagement: Some Necessary Next Steps for Business

1. Increase legitimacy
2. Use (existing) assessment tools to define individual responsibilities
3. Define strategies and corporate governance mechanisms
4. Evaluate impact
5. Calculate costs

Legitimacy

What is the legitimacy status of CPE?

- company and case dependent
- in general, companies **often** lack the legitimacy to act politically, but ... **legitimacy can be increased**

Action items

- install internal governance mechanisms
- strengthen internal expertise and responsibilities
- involve external stakeholders/search for broad collective actions

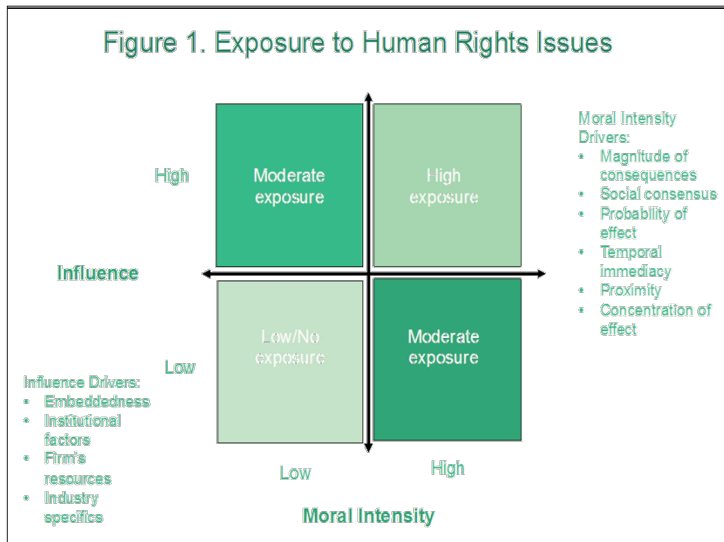
Assessment

When do companies need to act politically?

- company and case dependent
- Companies often fail to do the most basic political responsibility assessment.

Action items

- Do a political responsibility assessment via existing tools.
- Do not exclusively rely on your internal capabilities.
- Get external assistance.



(Source: Smith, C.N., Scholz, M., Williams, J.: Does your Business Need a Human Rights Strategy? In: MITSloan Management Review. 2021)

Strategy and Corporate Governance

How can we define a CPE strategy and CPE governance structure?

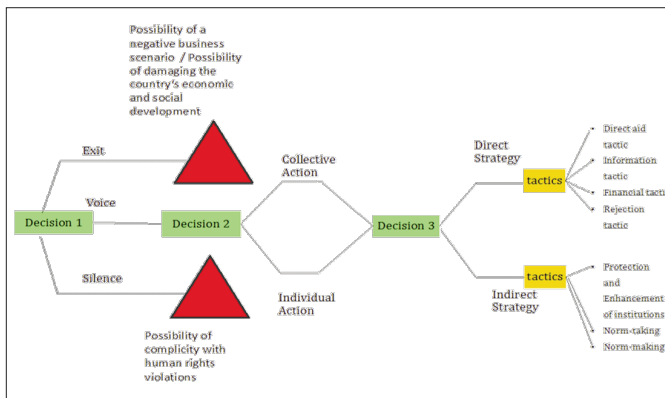
Companies

- are often **trapped in a dichotomy** of doing **business as usual** and **breaking-ties completely**,
- often **lack consistency**,
- **lack internal expertism** (many CSR departments are prepared for the job) and

- governance structures to deal with CPE are insufficient (No, your BoD is not prepared for this job!)

Action items

- Understand that there are **many options** between the two extremes of doing business as usual and breaking-ties completely,
- aim for consistency,
- make CPE a corporate governance issue (i.e., build up expertise, processes and structure (!)).



Impact

What is the impact of CPE?

- company and case dependent
- impact on society is largely unknown
- financial bottom-line seems to profit from the right kind of CPE

Action items

- Be clear on the impact you want to generate.
- Co-develop measurement scales and KPIs.
- Be aware of positive and negative rippling effects.
- Act collectively (if possible and feasible).

Costs

What does it cost?

- unknown, dependent on the company and the case at hand
- The financial cost of doing it?
- H&M in China
- The financial cost of not doing it?
- The moral costs?
- **Start with the ethical assessment.**
- **Never start with the financial evaluation.**
- If possible and feasible, act collectively.

Wrap-up

1. Compliance is not enough
 - In a moralised and uncertain world with weak political institutions, companies are political actors – whether they want it or not. They need to engage with political issues.
2. The legitimacy of corporate political engagement is highly questionable
 - Regulators, legal and business scholars, lawyers and managers need to engage with this issue.
3. Positive and Negative Effects of Corporate Political Engagement
 - individual responsibilities need to be better assessed
 - define strategies and corporate governance mechanisms
 - evaluate the positive impact of CPE
 - calculate the different costs for CPE

Still not convinced?

China et al.

‘Secretary of State Antony Blinken described China as the “most serious long-term challenge to the international order,” even as the world grapples with Russia’s war in Ukraine.’ (Source: CNN, 26 May 2022)



Menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in Unternehmen

Anosha Wahidi

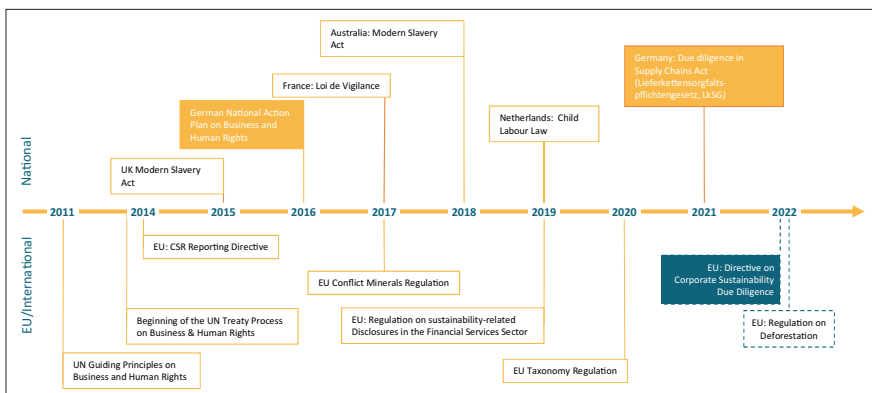
Referatsleiterin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Für eine gerechte und umweltverträgliche Globalisierung

Die **Globalisierung** der Wirtschaftskreisläufe hat dazu geführt, dass Unternehmen viele Produktionsschritte in weit entfernte Länder verlagern. So legt ein T-Shirt heute etwa 18.000 km zurück, bis es bei uns im Laden liegt. Inzwischen basieren rund 80% des Welthandels auf **globalen Lieferketten**. Sie bilden die Existenzgrundlage für **fast 500 Mio. Menschen**.

Keine andere große Industrienation ist so intensiv in **internationale Lieferketten** eingebunden wie Deutschland. Besonders abhängig von Vorleistungen aus anderen Ländern sind in Deutschland die Textilindustrie (63%), die Elektronikbranche (45%), die chemische und pharmazeutische Industrie (39%), die Lebensmittelindustrie (37%), die Automobilindustrie (29%) und der Maschinenbau (28%).

Die Globalisierung hat aber auch **Schattenseiten**. Viele der Produkte und Rohstoffe, die unser Leben erleichtern, werden unter untragbaren Umwelt- und Arbeitsbedingungen, für Hungerlöhne oder sogar mit Kinderarbeit hergestellt oder abgebaut. Dabei leiden **Frauen** derzeit am meisten unter den ausbeuterischen Bedingungen und Gewalt am Arbeitsplatz. Unser Wohlstand und die wirtschaftlichen Chancen der Entwicklungs- und Schwellenländer sind durch Lieferketten **eng miteinander verbunden**. Das bedeutet, dass **wir Verantwortung** tragen – denn am Anfang jeder Lieferkette stehen Mensch und Umwelt.



Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Der Bundestag hat daher am **11.6.2021** ein **Lieferkettengesetz** beschlossen. Ziel ist es, den Schutz der Menschenrechte entlang der weltweiten Lieferketten zu verbessern und z.B. Kinder- und Zwangsarbeit zu verhindern und für Mensch und Umwelt gefährliche Stoffe zu verbieten.

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz soll ab **2023** zunächst für Unternehmen mit mehr als **3.000** Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelten, ab **2024** dann für Unternehmen mit mehr als **1.000** Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Unternehmen müssen, basierend auf den **VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** und den **OECD-Leitsätzen**, ermitteln, inwieweit ihre Geschäftstätigkeit zu Menschenrechtsverletzungen führen kann. Die Sorgfaltspflichten der Unternehmen erstrecken sich dabei auf ihre **gesamte Lieferkette** – vom Rohstoff bis zum fertigen Verkaufsprodukt. Sie müssen Maßnahmen ergreifen, um Verstößen gegen **grundlegende Menschenrechts- und Umweltstandards** vorzubeugen und einen **Beschwerdemechanismus** für Betroffene einführen. Die Unternehmen müssen im **Rahmen einer Risikoanalyse** die Achtung der Menschenrechte sowie die Einhaltung bestimmter Umweltabkommen sicherstellen, z.B. das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit und die Einhaltung international anerkannter Sozialstandards, wie den ILO-Kernarbeitsnormen. Bei Verstößen müssen sie umgehend **Abhilfemaßnahmen** ergreifen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (**BAFA**) kontrolliert die Einhaltung des Gesetzes und verhängt bei Verstößen **Bußgelder**.

Die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDD)

Das deutsche Gesetz war ein wichtiger Impuls für eine europaweite Regelung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Im **Februar 2022** hat die Kommission nun einen **Entwurf für eine europäische Lieferkettenrichtlinie** vorgelegt – ein starker Aufschlag, der große entwicklungspolitische Fortschritte möglich macht. Als zweitgrößter Wirtschaftsraum der Welt muss die EU bei fairen Wertschöpfungsketten vorangehen und Menschenrechtsverletzungen und Umwelt- sowie Klimaschäden beenden.

Freiwillige Initiativen (NAPs) und gesetzliche Sorgfaltspflichten auf nationaler Ebene (z.B. LkSG)

Europäisches Parlament

10.3.2021 Entschließung zu Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen

Europäische Kommission

23.2.2022 Entwurf einer Richtlinie über Sorgfaltspflichten (Directive on Corporate Sustainability Due Diligence)

Voraussichtlicher EU-Fahrplan

Ende 2022 Position von Rat und EP

Mitte 2023 Abschluss des Trilogs

2026/2028 Inkrafttreten der Richtlinie (gestaffelt)

Unterstützungsmaßnahmen des BMZ

Besonders wichtig ist es, die Betroffenen in den Entwicklungsländern zu stärken und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen. Das BMZ bietet daher ein breites **Unterstützungsangebot** bei der Umsetzung für Unternehmen, Zivilgesellschaft und Partnerländer, das aktuell mit Blick auf die kommende EU-Richtlinie um europaweit koordinierte Maßnahmen erweitert wird. Hierzu gehört auch der **Helpdesk für Wirtschaft und Menschenrechte**, der Unternehmen mit individueller Beratung, Schulungen, Vermittlungen zu Förderinstrumenten, Veröffentlichungen sowie Online-Tools zur Seite steht. Das BMZ unterstützt auch zahlreiche sektorale und sektorübergreifende **Multi-Akteurs-Partnerschaften** (MAP) zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in spezifischen Sektoren und Lieferketten. Dieser Smart Mix ist essentiell für die soziale, klimagerechte und ökologische Transformation unserer Wirtschaftsweise.

| Freiwillige Initiativen | Verpflichtende Maßnahmen |
|-----------------------------------|--|
| Grüner Knopf | Lieferkettengesetz |
| Textilbündnis | EU-Lieferketten Richtlinie |
| Weitere „Stakeholder-Initiativen“ | EU-Richtlinie Nachhaltigkeitsberichterstattung |

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) – menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen

Torsten Safarik
Präsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn

Sehr geehrter Herr Dr. Harings, meine Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung und dass Sie mir die Möglichkeiten geben, zu berichten, wo wir uns in Deutschland bei der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) befinden.

Die Zeiten für Unternehmen, die auf den globalen Märkten aktiv sind, sind schwierig. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sind bei Weitem noch nicht bewältigt und da stellt Wladimir Putin mit seinem verbrecherischen Angriffskrieg die territoriale Integrität der Ukraine infrage. Damit bedroht er auch unsere Freiheit und unseren Wohlstand in Europa. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Konflikts sind deutlich spürbar:

- besonders die steigenden Energiepreise heizen die Inflation an: um 7,8% allein im Mai und damit auf einem Niveau wie zuletzt im Winter 1973/74 während der ersten Ölkrise
- strapazierte Lieferketten und unsichere Transportwege sorgen weiter für Verunsicherung
- Rohstoffe aus Russland werden knapp und Zulieferungen aus der Ukraine müssen zumindest kurzzeitig ersetzt werden
- hinzu kommt: Die zwingend erforderlichen Sanktionen haben den Handel mit Russland einbrechen lassen.

Mein Amt, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), hat einen wichtigen Anteil daran, dass diese Sanktionen in Deutschland umgesetzt werden. Und diese Sanktionen sind wichtig und unverzichtbar und sie zeigen schon sehr deutlich ihre Auswirkungen in Russland. Russische Unternehmen, die auf westliche Technologie angewiesen sind, müssen ihre Produktion teilweise stoppen oder verlagern. Die Inflation des Rubels steigt. Es gibt seriöse Prognosen, die von einer Inflation von 30% bis Ende des Jahres ausgehen. Und lt. dem Internationalen Bankenverband wird das russische Bruttoinlandsprodukt um 30% sinken.

Wie erfolgreich unsere Sanktionen gegen Russland sind, sehen wir auch bei einem kurzen Blick in die Vergangenheit. Die **europäischen** Sanktionen infolge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim haben die russische Rüstungsindustrie stark getroffen. Russland braucht für zahlreiche seiner Hightech-Waffen Komponenten aus dem Ausland. Warum gibt es beispielsweise bisher nur sehr wenige Panzer des Typs T-14, Russlands modernsten Kampfpanzer? Man sieht ihn fast nur – und auch dort nur vereinzelt – auf Militärparaden.

Das ist z.B. **einer** der Erfolge unserer bereits in der Vergangenheit verhängten Sanktionen. Unsere Sanktionen trafen die gesamte russische Rüstungsindustrie und die neuen Sanktionen jetzt ganz Russland.

Warum rede ich heute vor Ihnen über den Krieg in der Ukraine? Der Titel des 33. Europäischen Zollrechtstags hier in Graz lautet: „Verantwortung, Nachhaltigkeit und Menschenrechte – Aufbruch in eine (neue) Zukunft“. Wenn wir über das Thema Menschenrechte sprechen, dann müssen wir **heute** auch über die eklatante Missachtung der Menschenrechte von Wladimir Putin sprechen. Dann müssen wir auch über die Verantwortung der Unternehmen sprechen, die seit Beginn des Kriegs im Jahr 2014 ungebremst mit Russland Handel getrieben haben.

Ja, die gemeinsamen Sanktionen der EU und Amerika stellen auch unsere Unternehmen vor Herausforderungen. So begrenzen z.B. die deutschen Abhängigkeiten von fossilen Energien aus Russland aktuell unseren politischen Handlungsspielraum. Wichtig ist, dass Europa zusammensteht und wir gemeinsam Demokratie und Freiheit für die Zukunft bewahren.

Und damit sind wir bereits in Mitten des Themas des 33. Europäischen Zollrechtstags: „Verantwortung, Nachhaltigkeit und Menschenrechte – Aufbruch in eine (neue) Zukunft“. Aufbruch in eine neue Zukunft, in der wirtschaftliches Handeln von Verantwortung, Nachhaltigkeit und Menschenrechten geprägt ist. Daraus folgt: Aufbruch in eine Zukunft, in der die Unternehmen **nicht ausschließlich** nach Kosteneffizienz und Profit streben.

Viele deutsche Unternehmen haben aus unterschiedlichsten Gründen bereits ihren Aufbruch gestartet und sind schon sehr gut unterwegs. Aber: Es sind noch zu wenige. Deshalb haben wir in Deutschland im letzten Jahr das LkSG verabschiedet, welches zum 1.1.2023 in Kraft treten wird.

Der deutsche Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck hat kürzlich beim Weltwirtschaftsforum in Davos gesagt: De-Globalisierung ist nicht die Lösung, aber: Politische Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass Zusammenarbeit auf Basis von klaren und fairen Regeln im Vordergrund steht. Faire Regeln, die transparent und klar angewandt werden – das ist unser Anliegen bei der Umsetzung des LkSG.

Wir im BAFA verstehen uns als Partner der Unternehmen. Zusammen mit den Unternehmen möchten wir die Menschenrechte in den globalen Lieferketten stärken. Das BAFA ist eine Universalbehörde, eine Behörde, die bereits seit vielen Jahrzehnten in unterschiedlichsten Themen eng und vertrauensvoll mit der Wirtschaft zusammenarbeitet und dabei Dienstleister für die Unternehmen und Menschen in unserem Land ist. Allein im letzten Jahr haben wir beispielsweise mithilfe von zahlreichen Wirtschafts- und Energieförderprogrammen 5,7 Mrd. EUR an Zuschüssen an Unternehmen und Bürger ausgezahlt. Hinzu kamen weitere 48 Mrd. EUR, die wir den deutschen Bundesländern für regional administrierte Förderprogramme überwiesen haben. Damit ist mein Amt die Bundesbehörde mit der größten Lenkungswirkung in Deutschland.

Durch unsere vielfältigen Aufgaben wissen wir, worauf es bei der Umsetzung von gesetzlichen Vorschriften ankommt:

- klare Vorgaben,
- effiziente Verfahren,
- ein gutes Informationsangebot und
- kompetente Experten als Ansprechpartner.

Das sind unsere Zutaten, um Politik im Sinne der Bürger und der Unternehmen in unserem Land in die Praxis umzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass wir die Menschenrechte in den globalen Lieferketten nur zusammen mit den Unternehmen und den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren verbessern können. Daher haben wir im letzten Jahr einen Stakeholder-Prozess initiiert, in dem sowohl die Wirtschaft als auch die Zivilgesellschaft gleichberechtigt ihre Anliegen an das BAFA adressieren können. Wir brauchen eine gemeinsame Vorstellung davon, wie wir die Menschenrechte in den globalen Lieferketten nachhaltig verbessern können, **ohne** die Unternehmen mit unnötigen Auflagen zu belasten. Denn das ist sehr wichtig.

Was würde denn passieren, wenn wir unsere im Bereich der Menschenrechte schon sehr erfolgreich agierenden Unternehmen so belasten würden, dass sie Nachteile auf den Weltmärkten erleiden? Wenn in diese Lücken Unternehmen stoßen würden, die die Menschenrechte missachten, hätten wir unseren Zielen einen Bärendienst erwiesen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das deutsche Gesetz mit Augenmaß umsetzen. Und dafür brauchen wir eine gemeinsame Vorstellung von allen gesellschaftlichen Akteuren. Deshalb hat sich vor wenigen Wochen auch ein Beirat konstituiert, der das BAFA in allen Fragen der Umsetzung unterstützt. In diesem Beirat sind Vertreter der Zivilgesellschaft, der Unternehmen, der Gewerkschaft und der Wissenschaft vertreten.

Wie sieht unsere Vorstellung, unser Leitmotiv von der Umsetzung des LkSG aus? Unsere Vorstellung ist simpel, aber nicht trivial: Starke Unternehmen und starke Menschenrechte gehören zusammen! Denn nur Unternehmen mit fairen, nachhaltigen und robusten Lieferketten sind starke Unternehmen. Und starke deutsche Unternehmen brauchen wir, wenn wir die globalen Menschenrechte stärken wollen.

Also: Starke Unternehmen in Deutschland für starke Menschenrechte weltweit. In diesem Geist wird das BAFA seine gesetzlichen Aufgaben im Rahmen des LkSG wahrnehmen. Und diese Vorstellung wünsche ich mir auch für die künftigen europäischen Regelungen: Starke Unternehmen in Europa für starke Menschenrechte weltweit.

Ab Januar 2023 müssen die größten Unternehmen in Deutschland Sorgfaltspflichten zum Schutz von Menschenrechten in Lieferketten und bestimmte umweltbezogene Pflichten erfüllen. Einige große Unternehmen sind durch die gesetzlichen Anforderungen direkt und unmittelbar betroffen. Aber auch kleinere Unternehmen, die nicht vom Gesetz erfasst sind, kommen nicht umhin, sich mit ihren Lieferketten näher auseinander-

zusetzen. Entweder, weil sie im B2B damit konfrontiert werden oder weil sie absehbar auch unter die Anforderungen fallen – entweder ab 2024 nach der verschärften deutschen Regelung oder künftig im Rahmen einer europäischen Regelung.

Obwohl die EU-Regelung weitreichender sein wird als das deutsche LkSG, liegt hierin auch eine Chance: Unternehmen, welche die gesetzlichen Anforderungen des deutschen LkSG erfüllen, sind für eine kommende EU-Regelung besser gerüstet, als Unternehmen aus Ländern, in denen es keine Lieferkettengesetze gibt. Gemeinsame Regeln auf europäischer Ebene sind wichtig, weil sie für gleiche Spielregeln sorgen. Uns ist bewusst, dass die Anforderungen des Gesetzes eine Herausforderung für die betroffenen Unternehmen darstellen. Und das insbesondere in einer Zeit, die von Corona und dem Krieg in der Ukraine geprägt ist. So manche Unternehmen werden sich anstrengen müssen, ihren Sorgfaltspflichten nachzukommen. Die Umsetzung benötigt Zeit und es müssen Erfahrungen gesammelt werden.

Ich versichere Ihnen: Wir werden diese Anstrengungen der Unternehmen bei unseren Entscheidungen und möglichen Sanktionen, wie z.B. bei den Bußgeldentscheidungen, gebührend beachten. Zudem wird das BAFA die von den Unternehmen ergriffenen Maßnahmen nicht aus einer ex-post-facto-Sicht hinterfragen, denn bekanntermaßen ist man hinterher immer schlauer. All die Unternehmen, die sich ernsthaft und aktiv mit den Anforderungen des Gesetzes beschäftigen, werden diese auch erfüllen können.

Ich versichere Ihnen aber auch: Die Anstrengungen müssen sichtbar sein. Mit Allgemeinplätzen und Ausflüchten werden wir uns nicht zufriedengeben. Wir erwarten auch, dass die ergriffenen Maßnahmen nicht nur angemessen sind, sondern auch wirksam. Das heißt: Die ergriffenen Maßnahmen müssen das Ziel verfolgen, Risiken und Verletzungen zu identifizieren, zu verhindern, zu beenden oder zumindest zu minimieren.

Ich erläutere es Ihnen an einem Beispiel: Unternehmen sind verpflichtet festzulegen, wer innerhalb des Unternehmens dafür zuständig ist, das Risikomanagement zu überwachen. Sie benennen hierfür beispielsweise einen Mitarbeiter aus Ihrer Marketingabteilung.

Wenn diese Person allerdings nicht die notwendige Expertise hat und über keinerlei Ressourcen verfügt, um die Aufgabe zu erfüllen, dann werden wir das nicht als wirksam im Sinne des Gesetzes akzeptieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Kohärenz und den Detailgrad der Berichtspflichten.

Wir werden das Rad nicht neu erfinden, sondern versuchen – soweit es möglich ist – an bestehende Standards anzuknüpfen – beispielsweise an den Berichtsstandard der Global Reporting Initiative (GRI).

In welcher Form ist der Bericht einzureichen? Der Bericht wird aus Antworten eines vorgegebenen strukturierten Fragebogens generiert. Der strukturierte Fragebogen erlaubt uns, die vielen Berichte fair und vergleichbar zu prüfen und zu beurteilen.

Frau Wahidi sprach in ihrem Vortrag davon, dass ein Smart Mix wichtig sei. Das heißt: Die Kombination aus freiwilligen und verpflichtenden Maßnahmen. Teil dieses Smart Mix können Multistakeholder-Initiativen sein. Sie bieten nicht nur die Plattform für einen branchenspezifischen Austausch, sondern sie können sich auch beim LkSG auszahlen. So sieht unser Gesetz z.B. selbst vor, dass eine angemessene Präventionsmaßnahme gegenüber einem mittelbaren Zulieferer etwa die Umsetzung von branchenspezifischen Initiativen sein kann. In vielen Branchen gibt es bereits solche Initiativen und ich empfehle Ihnen, sich über deren Arbeit auf dem Laufenden zu halten oder sogar Mitglied zu werden.

Unsere Kontrollen werden wir risikobasiert ausüben. Das bedeutet, dass das BAFA nicht nur zufällige Stichproben vornehmen wird, sondern: Wir werden uns zunächst auf Fälle mit den schwersten Risiken konzentrieren. Das Prüfkonzept für die risikobasierte Kontrolle wird derzeit erarbeitet. Aber – und das wird Sie nicht überraschen – die Mitgliedschaft in Multistakeholder-Initiativen kann sich risikominimierend auswirken.

Zum Schluss noch ein paar Worte zu den organisatorischen und personellen Herausforderungen zum Start des Gesetzes. Wie Sie wissen, werden wir das LkSG in einer neuen Außenstelle in Sachsen administrieren. Genauer gesagt in Borna, einer Stadt im mitteldeutschen Kohlerevier. Zum 1. Juli werde ich den ersten Mietvertrag unterzeichnen. Die Handwerker sind bereits bestellt und spätestens zum 1. August werden die ersten Mitarbeiter einziehen. Wir haben begonnen, Personal zu rekrutieren und bereits erste sehr gute neue Kollegen aus verschiedenen Fachrichtungen gewinnen können.

Parallel schaffen wir die inhaltlichen Voraussetzungen, um unseren Kontrollauftrag zu erfüllen. Dies betrifft besonders Fragen zur Auslegung des Gesetzes. Hier arbeiten wir eng mit dem Wirtschafts-, Arbeits-, dem Entwicklungshilfeministerium und weiteren Behörden zusammen. Das LkSG bedeutet nicht nur Pflichten für die betroffenen Unternehmen, sondern auch für das BAFA. Wir sind verpflichtet, allgemeine und branchenspezifische Handreichungen zu veröffentlichen. Diese Handreichungen sind für uns ein essenzieller Bestandteil zur erfolgreichen Umsetzung des Gesetzes. Eine erste Handreichung haben wir bereits veröffentlicht: Gemeinsam mit den Ministerien beantworten wir häufig gestellte Fragen in einem FAQ-Katalog, den wir auf unserer Website veröffentlicht haben und fortlaufend erweitern. In Kürze werden wir weitere Handreichungen veröffentlichen – so z.B. zum Thema Risikoanalyse im kommenden Monat.

Besonders Deutschland profitiert als führende Exportnation von globalen Lieferketten. Die Wahrheit ist: Die globale Arbeitsteilung macht es möglich, dass qualitativ hochwertige Güter im Ausland kostengünstiger hergestellt werden, als hier bei uns. Aus diesem Grund tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen, die mit ihren Händen vor Ort die Güter produzieren, die wir in Europa konsumieren.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Mit unserem deutschen Gesetz wollen wir **nicht** deutsche Arbeitnehmerrechte exportieren. Uns geht es um den Schutz von elementarsten Freiheitsrechten und Bedürfnissen der Menschen. Genau das spiegelt

sich im Gesetz wider. Der Weg zu fairen und nachhaltigen Lieferketten ist länger, als wir uns alle wünschen, aber: Im Sinne der Menschen in den Lieferketten ist es es wert, dass wir ihn zusammen gehen.

Und das gilt auch für die betroffenen Unternehmen. Überdehnte und intransparente Lieferketten sind fragil und damit ein Risikofaktor. Das zeigen uns die Corona-Pandemie und die Folgen des furchtbaren Kriegs in der Ukraine.

Noch einmal viele Dank für Ihre Einladung Herr Dr. Harings und ich freue mich jetzt auf eine spannende Diskussion mit Ihnen.

Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit

Dr. Susanne Knöfel
Referat „Gesellschaftsrecht“, GD Justiz und Verbraucher, EU-Kommission,
Brüssel, Belgien

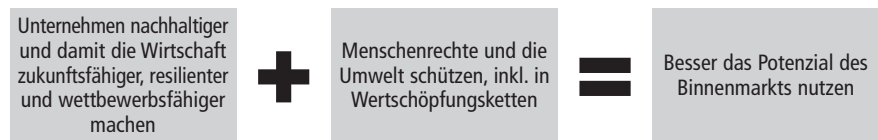
Warum? – Politischer Kontext

- grüner und gerechter Übergang
- Aufrufe der Mitgesetzgeber
- Unterstützung der beteiligten Kreise

Heutige Situation: Internationale freiwillige Standards



Zielsetzung: Warum muss die EU handeln?



Wer?

Persönlicher Anwendungsbereich

| | | Große EU-Unternehmen und Finanzunternehmer | Unternehmen aus Drittländern | Kleine und mittlere Unternehmen |
|-----------------|--|--|------------------------------|---|
| Gruppe 1 | 500+ Beschäftigte und mehr als 150 Mio. EUR Nettoumsatz* | +/- 9.400 Unternehmen | | Mikrounternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen sind von den vorgeschlagenen Vorschriften nicht direkt betroffen |
| | Mehr als 150 Mio. EUR Nettoumsatz* | | +/- 2.600 Unternehmen | |
| Gruppe 2 | 250+ Beschäftigte und mehr als 40 Mio. EUR Nettoumsatz*, tätig in Sektoren mit hohem Schadenspotenzial | +/- 3.400 Unternehmen | | |
| | Mehr als 40 Mio. EUR Nettoumsatz*, tätig in Sektoren mit hohem Schadenspotenzial | | +/- 1.400 Unternehmen | |
| | Die Vorschriften finden zwei Jahre später auf Gruppe 2 als auf Gruppe 1 Anwendung. | | | |

* Umsatz: weltweit für EU-Unternehmen/EU-weit für Unternehmen aus Drittländern

Sektoren mit hohem Schadenspotenzial

- Kleidung und Schuhe: Herstellung von Textilien, Leder und verwandten Erzeugnissen (einschließlich Schuhe) sowie Großhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen
- Landwirtschaft: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei (einschließlich Aquakultur), Herstellung von Lebensmittelprodukten und Großhandel mit landwirtschaftlichen Rohstoffen, lebenden Tieren, Holz, Lebensmitteln und Getränken
- Mineralien: Gewinnung mineralischer Ressourcen, Herstellung von Grundmetallerzeugnissen, sonstigen Erzeugnissen aus nicht metallischen Mineralien und Metallerzeugnissen sowie Großhandel mit mineralischen Rohstoffen, mineralischen Grund-erzeugnissen und Zwischenerzeugnissen

Was sind die Pflichten?

Sorgfaltspflicht für Unternehmer

Negative Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt ermitteln, vermeiden, beheben und dafür einstehen, in Bezug auf eigene Tätigkeiten, Tätigkeiten von Tochterunternehmen und die Wertschöpfungskette („etablierte Geschäftsbeziehungen“).

Pflichten der Mitglieder der Unternehmensleitung

- Sorgfaltspflicht für Unternehmen: Einrichtung und Kontrolle der Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht und Anpassung der Unternehmensstrategie
- Sorgfaltspflicht der Mitglieder der Unternehmensleitung: Folgen der Entscheidungen für Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen.

Besonderes Regime: Klimawandel

Unternehmen der Gruppe 1: Sicherstellen, dass das Geschäftsmodell und die Strategie des Unternehmens mit der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C gemäß dem Übereinkommen von Paris vereinbar sind.

Was? – Sachlicher Anwendungsbereich

Negative Auswirkungen auf Menschenrechte

- **alle Menschenrechte sind erfasst** (Anhang Teil I)
- Abschnitt 2: Liste von Übereinkommen zu Menschenrechten und Grundfreiheiten

Negative Auswirkungen auf die Umwelt

- **zwölf Verstöße gegen in Umweltübereinkommen aufgenommene international anerkannte Ziele und Verbote** (Anhang Teil II)

Wie? – Durchsetzung

Behördliche Überwachung

- Mitgliedstaaten benennen eine oder mehrere **Aufsichtsbehörden**
- **europäisches Netz der Aufsichtsbehörden** für Zusammenarbeit, Koordinierung und Konvergenz auf EU-Ebene

Zivilrechtliche Haftung

- Unternehmen **haften für Schäden**, wenn Nichterfüllung von Verpflichtungen zu einem Schaden geführt hat
- besondere Regelungen für Schäden als Ergebnis der Tätigkeit eines **indirekten Partners**
- **zwingende Anwendung**, wenn das anzuwendende Recht nicht das Recht eines Mitgliedstaats ist

„Toolbox“ der Unterstützungsmaßnahmen

- One-stop shop: Erleichterung/Sammlung von mitgliedstaatlichen und anderen sektor-spezifischen Instrumenten
- Leitlinien:
 - für bestimmte Sektoren
 - allgemeine Leitlinien für die Umsetzung
- Mustervertragsklauseln: Mustervertragsklauseln, um Unternehmen bei der Einhaltung der Sorgfaltspflichten zu unterstützen
- Mitgliedstaatliche Unterstützung:
 - spezielle Websites/Plattformen
 - finanzielle Unterstützung für KMU
- Industrieinitiativen: Unterstützung von Initiativen von Industrie und Interessenträgern, einschließlich Leitlinien für die Eignungsbewertung
- EU-Unterstützung:
 - auf der Grundlage bestehender Maßnahmen
 - in der EU und in Drittländern
- Team Europe: Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Umsetzung der Sorgfaltspflichten in Wertschöpfungsketten

Supply Chain Augmentation – Transparency, Predictability, Trust

Alberto Zamora
Geschäftsführer osapiens Services GmbH, Mannheim

IT-gestützte Implementierung der LkSG-Anforderungen – ein Praxisbeispiel mit dem osapiens HUB

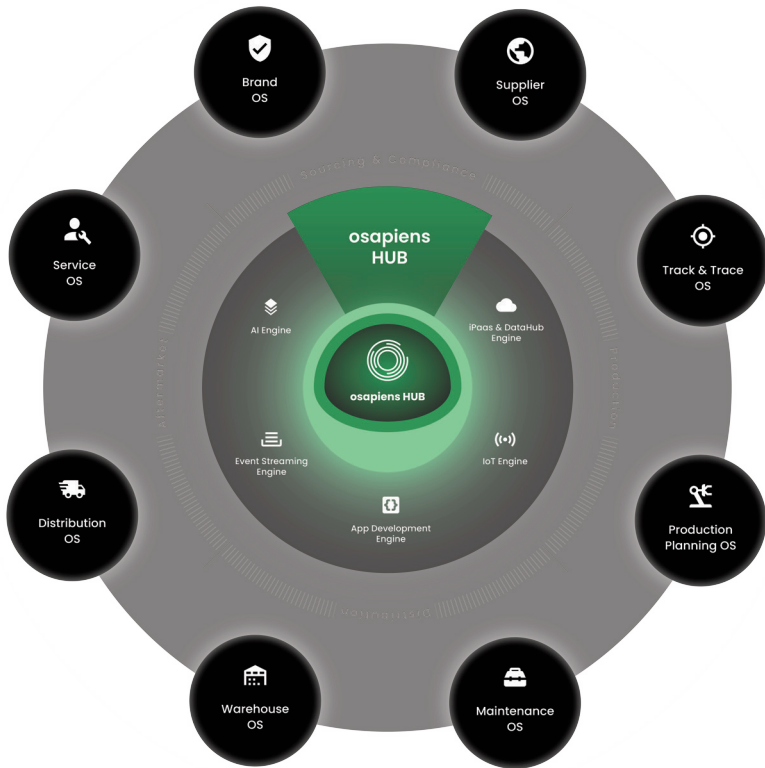
About osapiens

- 120+ osapeers, doing one thing: Supply Chain Augmentation
- Transparency, predictability and trust enabled by:



About our customers

- 500+ successful projects
- > 200 enterprises
- 40+ countries served
- Industries:
 - technical industries
 - manufacturing
 - Consumer goods
 - Pharma and med-tech



Since yesterday: #finalists of the 'German Entrepreneur Award 2022'

We are thrilled to announce that we are among the #finalists of the 'German Entrepreneur Award 2022' in the category 'Rising Star'. The German Entrepreneur Award is the country's most prestigious acknowledgement of #entrepreneurial #excellence and achievement and is initiated by German Stern magazine, Sparkassen, ZDF and Porsche. "The Rising Star Award" distinguishes those entrepreneurs whose companies have achieved phenomenal market growth and have the potential to become market leader', say the organisers.

We will know more on 13 September, when the festive award ceremony will take place in Berlin ... Keep your fingers crossed for now ... we will keep you posted ... (www.deutscher-gruenderpreis.de)

What our Customers Told us They Wanted from a LkSG Compliance Solution

1. Legally safe – mitigate any risks of non-compliance
'The solution needs to be safe so that the risk of non-compliance is close to zero.'
2. Automated – reduce manual work
'Our purchase department is not large and they are already extremely busy today. We need to minimise any manual work.'
3. Fast – to implement 2023/2024!
'Potential fines, reputational and brand damage etc. There is much at risk. We need to be ready for January 2023 so the solution needs to be easy to implement.'

Plus: More than just LkSG

Safe – mitigate any risks of non-compliance

- Born through the collaboration of top LkSG specialised lawyers (GvW) and experienced osapiens software architects. So the osapiens HUB – supplier of solutions includes LkSG legal contents like:
 - Templates for yearly LkSG compliance report, statement of principles, supplier contract clauses ...
 - Templates for corrective and preventive actions
 - Training videos
 - Corrective actions sample workflows

Automated – Reduce Manual Work

- Automated workflow for the Supplier Risk Evaluation
- Automated market surveillance, complaint processing and actions documentation where possible
 - e.g. AI-driven action recommendations
- Automated generation of the yearly LkSG compliance report

Fast – Ready for 2023 with Out-of-the-Box Templates and Connectors

- Out-of-the-Box ERP connectors to extract master data (e.g. SAP certified connector)
- Templates for corrective & preventive actions
 - Training videos
 - Corrective actions sample workflows

+ More than just LkSG

- Business partner screening
- Case management and supplier support
- Supply chain risk management

Three Key Personas

LkSG Compliance Manager

- Responsible for:
 - Supplier on-boarding
 - Risk analysis, risk evaluation
 - Design of supplier self-assessments
 - Design of preventive and corrective actions
 - Generation of LkSG reporting and BAFA audits

Direct Supplier

- Responsible for:
 - Filling the Risk Self-Assessments
 - Engage in preventive and corrective actions
 - Engage with LkSG Compliance Manager when required

Reporter

- Responsible for:
 - Reporting potential CSR violations

Nevertheless, still three problems are to be solved and for them we need Government's help!

Problem 1 – Indirect Suppliers

Our customers only know their direct suppliers but not their indirect suppliers; however, based on the LkSG law, companies also have 'some' due diligence obligations for indirect suppliers.

Problem 2 – Many products without EAN code

Many products do not have EAN codes (fruit, fish, meat, etc.). This is a challenge from the LkSG point of view because without EAN no uniform product number is possible.

Problem 3 – Assessment Tsunami?

All our customers are very concerned that the LkSG law will result in a high number of self-assessment forms being received by our clients that will need to be completed; and today no interoperable standards exists ...

Podiumsdiskussion „Lieferkettengesetz und EU-Richtlinienvorschlag“

**Moderation und Diskussionsleitung: Dr. Lothar Harings
Rechtsanwalt, Graf von Westfalen, Hamburg/Brüssel,
Vorstandsvorsitzender des EFA**

**Zusammengefasst von Prof. Dr. Karina Witte
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Münster**

Die erste Diskussionsrunde des Tages zum Lieferkettengesetz (LkSG) und dem diesbezüglichen EU-Richtlinienvorschlag begann mit der Frage von Herrn Dr. Harings, GvW Graf von Westfalen, Hamburg, was zur Eindämmung eines zu erwartenden „Tsunami an Self Assessments“ getan werden könne. Dies sei insbesondere in Anbetracht der Tatsache wichtig, dass es noch keine verbindlichen Standards für diese Assessments gibt.

Herr Safarik, Präsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Eschborn, ging auf die bestehende Herausforderung ein und wies auf die Bemühungen des BAFA um eine mögliche Automatisierung und evtl. zur Verfügung stehenden Schnittstellen seitens des BAFA hin. Herr Safarik betonte die Komplexität möglicher Vorgaben und die daraus folgende Notwendigkeit, die Erfahrungen der Unternehmen zu nutzen. Dies sei sinnvoller, als seitens der Politik enge Vorgaben zu machen.

Prof. Dr. Scholz, Leiter der Institute for Business Ethics and Sustainable Strategy (IBES) an der FH Wien der WKW, wies auf die Problematik des Begriffs der Angemessenheit hin. Es sei wichtig zu wissen, wie dieser Begriff im Einzelfall auszulegen sei. Dies wurde von Dr. Möllenhoff um den Begriff der Wirksamkeit ergänzt. Insbesondere für mittelständische Unternehmen sei es schwierig zu beurteilen, ob die ergriffenen Maßnahmen angemessen und darüber hinaus wirksam seien. Die Frage sei, ob nicht jedes Unternehmen das in seinem Rahmen zur Verfügung stehende tun solle.

Frau Wahidi, Referatsleiterin beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin, nannte die gesetzlich vorgeschriebenen Tatbestandsmerkmale der Angemessenheit, die in der Folge durch risikobasierte Prüfungen eine Angemessenheitsprüfung im Unternehmen ermöglichten. Diese sind in § 3 des LkSG definiert. Hierbei gebe es bewusst kein „one size fits all“, vielmehr könne der jeweilige Prüfer risikogeneigt anhand der vier Angemessenheitskriterien prüfen. So könne eine Einzelfallgerechtigkeit erreicht werden und die Wirksamkeit ergriffener Maßnahmen geprüft werden. Hierbei wird man sich insbesondere auf den Einfluss des Unternehmens auf die Lieferkette konzentrieren müssen. Dabei könnten die Unternehmen selbst durch die Erarbeitung eigener Standards einen Beitrag leisten.

Frau Knöfel, Head of Unit of the Company Law Unit, Europäische Kommission, Brüssel, berichtete aus der europäischen Sicht und wies auf den „deutschen Vorsprung“ bzgl. der Umsetzung des LkSG hin. Auf europäischer Ebene würde an der Definition der Appropriate Measure gearbeitet und man käme zum jetzigen Zeitpunkt den im LkSG niedergelegten Kriterien sehr nahe. Dazu würden nach Rücksprache mit den Unternehmen konkrete Maßnahmen aufgeführt. Zukünftig würden seitens der Kommission auch Leitlinien erstellt werden.

Herr Safarik betonte, dass zur Vermeidung von Standards schlussendlich seitens des BAFA ein Beirat eingerichtet worden sei, um im Einzelfall eine Entscheidung treffen zu können. Prof. Dr. Witte fragte, ob dieser Beirat im Vorhinein eingeschaltet würde oder ob seine Beurteilung ex post erfolge. Darauf wurde seitens Herrn Safarik darauf verwiesen, dass der Beirat jüngst eingerichtet worden sei und Treffen in engen Zeitabständen stattfinden. Wann immer die Beteiligung des Beirats notwendig sei, würde dieser befragt werden können. Insbesondere müsse vermieden werden, dass einzelne Unternehmen, die sich bemühten, öffentlich an den Pranger gestellt würden.

Zur Abrundung führte Herr Dr. Harings noch einmal aus, dass Unternehmen im Einzelfall angesehen und eventuelle Verstöße danach beurteilt werden, welche Anstrengungen das Unternehmen unternommen habe. Dabei sei das Bemühen der Unternehmen ein sehr wichtiger Punkt, um die Ziele des Gesetzes zu erreichen.

Zollamt Österreich – Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung

Mag. Heike Fetka-Blüthner
Zollamt Österreich

Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung

- Neugestaltung der Behördenstruktur im Finanzressort mit 1.1.2021
- Maßnahme zur Bewältigung externer und interner Herausforderungen
 - Digitalisierung und Globalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft
 - immer komplexer werdende Rechtssysteme
 - steigende Ansprüche an die Verwaltungen
 - zunehmende Aufgaben mit begrenzten Ressourcen
 - Polarisierung der Wirtschaft und Gesellschaft → hohe freiwillige Tax/Customs Compliance vs. organisierte Steuer- und Zollkriminalität
 - demografische Entwicklung
 - ungleiche Arbeitsverteilung

Ziele und Nutzen der Modernisierung im Überblick

Mitarbeiter

- aufgabengerechtes modernes Arbeitsumfeld
- faire Arbeitsverteilung
- qualifizierte und spezialisierte Arbeitsinhalte

Unternehmen sowie Bürger

- Prozessvereinfachung und Digitalisierung
- Serviceorientierung und kooperative Form der Abgabenerhebung
- einfache und automatisierte, digitale Services
- hohe Qualitäts- und Leistungsstandards

Staat

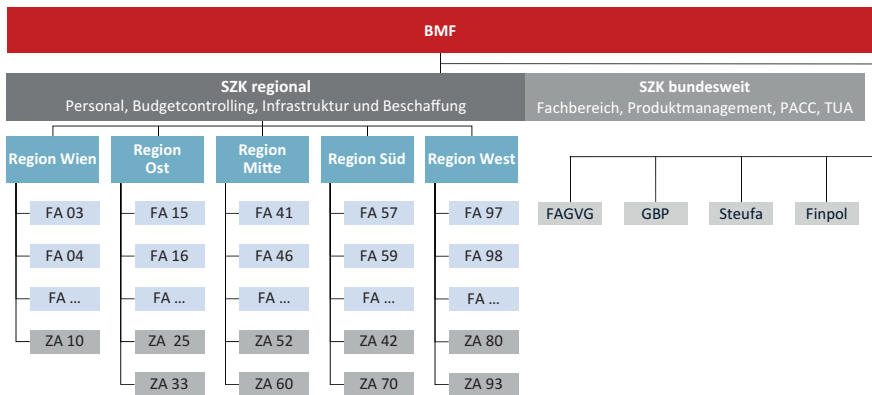
- attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort Österreich
- schlagkräftige Betrugsbekämpfung zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs
- langfristiges Sichern der Steuereinnahmen

Prinzipien der Modernisierung

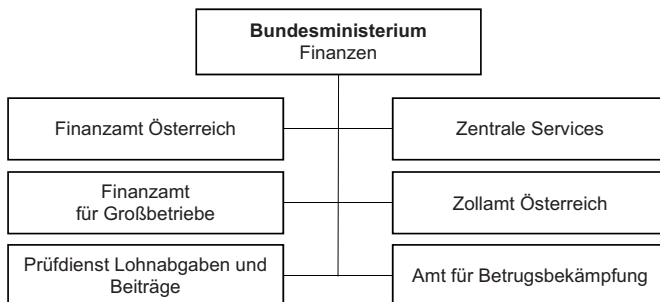
- Trennung zwischen strategischen (BMF) und operativen Aufgaben (neue Ämter)
- Minimierung von Schnittstellen und Beseitigung von Doppelgleisigkeiten innerhalb der Zentralstelle und zu den neuen Ämtern
- funktionale Ausrichtung nach Kundengruppen (bundesweit mit lokalen Dienststellen)
- bundesweite Qualitäts- und Leistungsstandards durch einheitliche Prozesse und Strukturen
- konsequente Zusammenführung von Ressourcen-, Leistungs- und Ergebnisverantwortung

Gesamtstruktur

Bis 31.12.2020

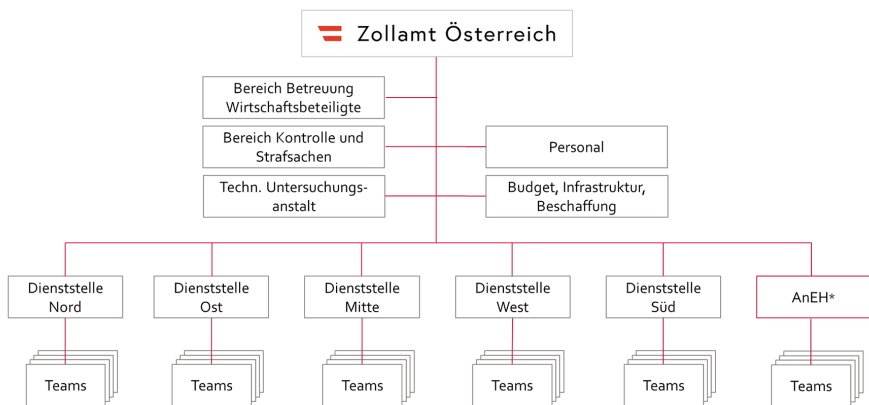


Seit 1.1.2021



- 40 Finanzämter → **Finanzamt Österreich (FAÖ)**
- neun Zollämter → bundesweites **Zollamt Österreich (ZAÖ)**
- für Großbetriebe → **Finanzamt für Großbetriebe (FAG)** als eigene Abgabenbehörde eingerichtet
- Die Finanzpolizei, Steuerfahndung und Finanzstrafbehörde Steuer wurden organisatorisch zu einem **Amt für Betrugsbekämpfung (ABB)** zusammengeführt,
- parallel dazu wurde ein bundesweiter **Prüfdienst für lohnabhängige Abgaben und Beiträge (PLB)** eingerichtet.

Organigramm



*Amt für den nat. Emissionszertifikatehandel

Der innerorganisatorische Aufbau des Zollamts Österreich erfolgt funktional, ausgerichtet nach Kundensegmenten und den für sie relevanten Prozessen. Der innerorganisatorische Aufbau ist dreistufig:

- Vorstand, Geschäftsleitung und Bereiche
- Dienststellen: regionale Zusammenfassung von Zollstellen auf dezentraler Ebene
- Teams: i.d.R. lokale Basisorganisation mit bis zu 30 Mitarbeitern auf Ebene der Dienststellen (Kundenteams, Kundenteam mit Schwerpunkt Reiseverkehr/Mobile Kontrolle, Kundenteam mit Schwerpunkt Verbrauchsteuern, Betriebsprüfung, Abgabensicherung, Zollfahndung, Zollfahndung Internet und Cybercrime, Zollfahndung Observation, Fachbereich, Organisation sowie Competence Center)

Die funktionale und inhaltliche Steuerung der Kernprozesse in den Dienststellen und deren operativer Einheiten erfolgt durch die zwei Bereiche:

- Bereich Betreuung Wirtschaftsbeteiligte
- Bereich Kontrolle und Strafsachen

Die beiden Bereiche steuern funktional bundesweit die Dienststellen und Teams des Zollamts Österreich. Dies umfasst die bundesweite Leistungsplanung und Leistungssteuerung, das bundesweite Controlling, Ablaufprozesse, die Personaleinsatzsteuerung, das Qualitäts- und Wissensmanagement und den 2nd Level Support.

Als Management und Supporteinrichtungen stehen der Leitung des Zollamts Österreich noch die Personalabteilung und die Abteilung Budget, Beschaffung, Controlling und Infrastruktur zur Seite. Im Bereich der Infrastruktur ist das Zollamt Österreich als Shared Service Einrichtung für alle Ämter im nachgeordneten Bereich tätig.

Zollamt Österreich

- umfassende und bundesweite Zuständigkeit für Zoll, Verbrauchsteuern und Altlastensanierungsbeitrag als Abgaben- und Finanzstrafbehörde
- seit 1.5.2022 auch zuständige Behörde im Vollzug des Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetzes (NEHG 2022)
- Aufbau erfolgt innerorganisatorisch funktional, ausgerichtet nach den Kunden und den für sie relevanten Prozessen
- innerhalb des Zollamts erfolgt die Aufgabenzuweisung durch Geschäftsverteilungen

Struktur des Zollamts

- zwei Bereiche steuern (Leistungen, Prozesse, Arbeitsverteilung, Qualitäts- und Wissensmanagement) bundesweit die Dienststellen des Zollamts Österreich
 - Bereich Betreuung Wirtschaftsbeteiligte
 - Kundenteams mit Güterverkehr, Zollrecht und Rechtsservice, Verbrauchsteuern, ALSAG
 - Competence Center, wie z.B. Triple C; Zentrale Taric-Verwaltung, Verbote und Beschränkungen und zentrale Auskunftsstelle Zoll; Zentralstelle für verbindliche Zollarifauskunft
 - Bereich Kontrolle und Strafsachen
 - Kundenteams Reiseverkehr und mobile Kontrollen
 - BPZ (Betriebsprüfung Zoll), Zollfahndung (ZoFa), Strafsachen (StraSa) und Abgabensicherung
- Bereich Personal

- Bereich Budget/Beschaffung/Controlling und Infrastruktur
- TUA (technische Untersuchungsanstalt) als Service-Einheit für alle Dienststellen
- bisherige Zollämter als Dienststellen
- mit 1.5.2022 → Amt für nationalen Emissionszertifikatehandel im Zollamt Österreich

Aufgabenbereiche

- die Vollziehung des Zollrechts
- die Vollziehung der Gemeinsamen Marktordnungsorganisation
- Überwachung der Verbote und Beschränkungen
- die Vollziehung der Verbrauchsteuervorschriften
- die Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer
- die Erhebung der Kfz-Steuer im grenzüberschreitenden Verkehr für ein in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassenes Kfz
- die Vollziehung von Teilen des Tabak- und Nichtraucherschutzgesetzes
- die Vollziehung des Tabakmonopolgesetzes
- Erhebung des Altlastenbeitrags
- Vollzug der Punzierungskontrolle
- Überwachung des grenzüberschreitenden Barmittelverkehrs
- die Vollziehung der zwischenstaatlichen Amtshilfe
- die Betrugsbekämpfung
- die Vollziehung des Finanzstrafgesetzes
- mit 1.5.2022 auch die Vollziehung des Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetzes 2022 (NEHG 2022) als zuständige Behörde

Wesentliche Eckpunkte

- bundesweite Zuständigkeit und funktionale Ausrichtung
- bundesweite Qualitäts- und Leistungsstandards durch einheitliche Prozesse und Strukturen
- Bündelung von gleichartigen Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen zur Nutzung von Skaleneffekten sowie Erhöhung der fachlichen Qualität, Möglichkeit zur Stärkung (strukturschwacher) Regionen und der Spezialisierung
 - Schwerpunktteams Reiseverkehr/Mobile Kontrolle und Verbrauchsteuern
 - konzentrierte Aufgabenwahrnehmung
- bundesweite Arbeitsverteilung bei digitalen Prozessen – laufendes Monitoring

- Kundenorientierung/-ausrichtung stärken
 - Sicherstellung der Abfertigungen 24/7
 - fachliche Spezialisierung
 - Kundenbetreuung in den Kundenteams
 - Kommunikationsformate für regelmäßigen Austausch
- Flexibilität bei Aufgabenwahrnehmung

Herausforderungen in der Umsetzung

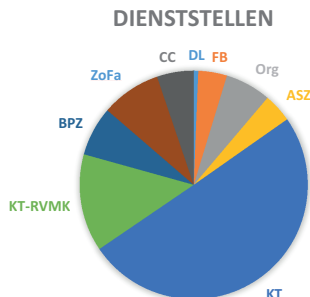
- Änderung der Aufbaustruktur und Ablaufprozesse einschließlich Schnittstellen
- COVID-19-Pandemie
- Auslaufen der Brexit-Übergangsregelung mit 1.1.2021
- Wegfall der Steuerfreiheit für Kleinsendungen bis 22 EUR mit 1.7.2021

Noch nicht abgeschlossen

- Kulturwandel – ein Zollamt Österreich mit bundesweiter Zuständigkeit
- Vereinfachung von Prozessen und Digitalisierung
- Thema Personal/demografische Entwicklung und Wissenstransfer

Daten

- 1.708 Mitarbeiter bundesweit
 - 140 auf Managementebene
 - 1.568 auf Dienststellenebene
- 36,8% Frauenanteil bundesweit
 - Managementebene 39%
 - Dienststellenebene 36,5%
- Durchschnittsalter 47 Jahre
- fünf Dienststellen mit 70 Zollstellen



Modernisierung der österreichischen Zollverwaltung aus Sicht eines Wirtschaftsbeteiligten und allgemeine Herausforderungen in der Customs Compliance

Gerald Lorbek

Magna Steyr Fahrzeugtechnik AG & Co. KG, Graz, Österreich

Anfang des Jahres 2021 fand in Österreich eine Modernisierung der Zollverwaltung statt. Grundsätzlich bestand auf nationaler und regionaler Ebene immer eine sehr gute Vernetzung zwischen der österreichischen Zollverwaltung und den Wirtschaftstreibenden mit regelmäßigen Abstimmungen. Diese Modernisierung warf jedoch bereits im Vorfeld zahlreiche Fragen auf, etwa ob es dadurch für uns als Unternehmen zu Einschränkungen aufgrund geänderter Abfertigungszeiten, Referentenwechsel oder anderer Änderungen kommen könnte. Da auch die zollrechtlichen Bewilligungen seit Jahren über das österreichische Portal USP/CDA online abgewickelt wurden, musste auch hier mit Veränderungen gerechnet werden.

Neben der Umstellung der Zollverwaltung gab es für die Magna Steyr Fahrzeugtechnik AG & Co. KG noch weitere Herausforderungen im Bereich Customs Compliance, die einerseits auf den Brexit und andererseits auf das erhöhte E-Commerce-Aufkommen und einer damit einhergehenden Mehrbelastung für das IT-System der Zollverwaltung zurückzuführen waren.

Einen Sonderfall stellt die Präferenzkalkulation für E-Fahrzeuge dar, die aufgrund ihrer Komplexität sehr herausfordernd ist.

Zusätzlich stellt die EU-weite Ausrollung des UZK-Programms (Import/Export/NCTS etc.) eine Herausforderung für Unternehmen dar. Dies betrifft vor allem die Umstellung und Migration der Daten im laufenden Betrieb sowie die Anpassung der innerbetrieblichen IT-Schnittstellen an die neuen Prozesse.

Magna Steyr Fahrzeugtechnik

From ideas to reality

Mobilität verändert sich:

- Digitalisierung
- Elektrisierung
- autonomes Fahren
- neue Akteure in der Branche

Von der Idee zur Realität:

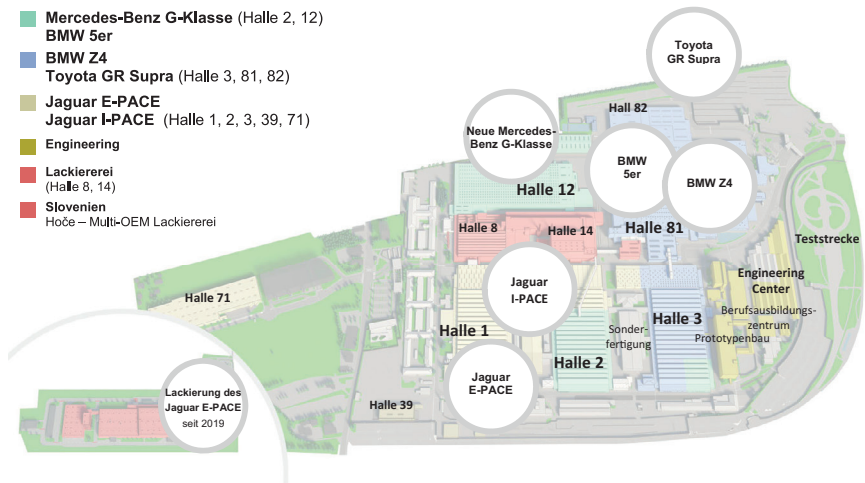
- Abdeckung des gesamten Produktentwicklungsprozesses
- traditionelle und virtuelle Methoden für die Entwicklung und Validierung
- Weltklasse-Fertigung vom Rohbau bis zur allgemeinen Montage

Globale Fertigungspräsenz

- über 120 Jahre Erfahrung in der Automobilindustrie
- über 3,7 Mio. Fahrzeuge, produziert von zehn Originalgeräteherstellern
- 40 Automobilprojekte in den letzten 20 Jahren
- Partner für neue Marktteilnehmer

Ein echter One Stop Shop!

One Stop Shop – von der Entwicklung bis zur Produktion



Customs Compliance bei Magna Steyr

Unterschiedliche Auftragsfertigungsprodukte/Auftraggeber verlangen unterschiedliche Zollprozesse! → Ein ERP/Zollsystem!

| Zollbewilligungen | Einführen | Ausführen |
|---|--------------|---------------|
| <ul style="list-style-type: none"> • AEOS/C • zugelassener Empfänger • aktive Veredelung (dreimal) auch EU grenzüberschreitend • Endverwendung • Warenortbewilligung • REX/ermächtigter Exporteur | > 9.000/Jahr | > 50.000/Jahr |

Quartal 4 2021

Ausgangsbasis: Langjährige sehr gute Vernetzung Wirtschaft/Zollverwaltung in Österreich

Nationale Ebene: seit mehr als 20 Jahren **e-zoll Forum Wirtschaft (Salzburg)** ca. 3-4/Jahr (seit COVID 19 auch virtuell) – am 29.4.22 war das 65. e-zoll Forum

- Teilnahme BMF/Zollverwaltung/WKO/IT-Zollsoftwareanbieter und Wirtschaft
- Präsentation der aktuellen/künftigen Projekte durch das BMF/Zollverwaltung
- Informationsaustausch
- gemeinsame Erarbeitung von Umsetzungen
- Q&A

Regionale Ebene: ERFA-Arbeitsgruppe ca. 3-4/Jahr

- Teilnahme WKO, Mitgliedsunternehmen und Zollamt Graz
- Überblick aktuelle Themen und Q&A

Herausforderung in der Customs Compliance

- Modernisierung der österreichischen Zollverwaltung (Januar 2021)
- Brexit (Januar 2021)
- E-Commerce und die dadurch höhere Anzahl an Abfertigungen und somit mögliche Mehrbelastung des österreichischen E-Zollsystems (Juli 2021)
- Präferenzkalkulation für E-Fahrzeuge
- UZK-Programm/e-zoll 2.0

Modernisierung der österreichische Zollverwaltung (Januar 2021)

Erwartete Herausforderungen im Vorfeld

- Änderung der Ansprechpartner für das Unternehmen bzw. speziell bei der operativen Zollabwicklung bei Randzeiten
- mögliche Einschränkungen bzgl. Abfertigungszeiten (24/7)
- Referentenwechsel am Zollamt Österreich und damit ein einhergehender Wissensverlust bzgl. unserer firmenspezifischen Themen (Bewilligungen, Prozesse und dergleichen)
- Mögliche Probleme bei Abfertigungen durch neue Zuordnungslogiken das eigene Unternehmen betreffend im System der Zollverwaltung (EORI, UID ...)

Ausgangssituation

- Sämtliche zollrechtliche Entscheidungen/Bewilligungen werden bereits seit Jahren über das österreichische Portal USP/CDA online abgewickelt.
- Zollverwaltung ist in Österreich über Kundenteams organisiert und es gibt definierte Kundenteambetreuer für die einzelnen Unternehmen.

Fazit

- keine Änderung bzgl. Zuständigkeiten für unser Unternehmen bei der Zollstelle Graz
- anfangs geringfügige Probleme bzgl. telefonischer Erreichbarkeit
- weiterhin 24/7-Zollabwicklung möglich
- sonst gewohnt guter Service durch das Zollamt Österreich/Zollstelle Graz

Brexit (Januar 2021)

Fazit – keine Verzögerungen bei Magna Steyr im Zuge der Zolleinfuhr- und Ausfuhren!

- vorausschauende Planung, unzählige Vorabstimmungen mit GB-Lieferanten, Spediteuren und Leistungstests
- E-Zollperformance (Behördenzollsystem) wie gewohnt trotz der Zunahme an Zollsendungen in Österreich – bei der Magna Steyr Fahrzeugtechnik (ca. + 30%) – keine Ausfälle und Einschränkungen

E-Commerce (Juli 2021)

Fazit

- keine Auswirkungen auf die Performance des österreichischen IT E-Zollsystems festgestellt
- trotz der starken Zunahme der Anmeldungen

Präferenzkalkulation für E-Fahrzeuge

- komplexe Ursprungsregeln der einzelnen Freihandelsabkommen
- globalisierte Lieferkette und Wegfall klassisch in der EU gefertigter Komponenten (Verbrennungsmotor, Getriebe ...) und Verwendung von HV-Batterien, E-Antriebe usw.
- Bottom-Up-Kalkulationen (Baugruppen)
- fahrzeugbestimmungsbezogene Präferenzeinzelkalkulationen
- Fokus auch auf „Low-cost“-Komponenten
- anteilige EU-Präferenz für Komponenten (LOP's)
- mehrmalige Kalkulationen für 100% der produzierten Fahrzeuge

UZK-Programm – Import/Export/NCTS/Herausforderungen

- Umstellungszeitpunkt – im laufenden Betrieb/Migration der „Altdaten“
- unterschiedliche Umstellungszeitpunkte in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten
- rechtzeitige innerbetriebliche Ausrollung der geänderten Prozesse und der Zollapplikation mit notwendigen Anpassungen an die innerbetrieblichen Schnittstellen
- ausreichend Zeit für das Testen der Prozesse/Systeme
- E-Zollforum Wirtschaft/ERFA-Arbeitsgruppe kommt dieser IT-Umstellung wesentliche Bedeutung bei

Erwartung

- dass das UK-TCA-Freihandelsabkommen weiterhin uneingeschränkt nutzbar bleibt (Stichwort: einseitige Aussetzung Nordirland-Protokoll)
- praxistaugliche Umsetzung der Transitional Rules (alternativ geltende Ursprungsregeln zum Regionalen Übereinkommen)
- dass die künftigen IT-Verfahren (UZK-Programm) mit ausreichender Vorlaufzeit für die Wirtschaft implementiert werden und Kosten planbar bleiben → EU Basis-IT-Programm mit nationalen Add-ons wünschenswert ...
- dass künftig Modernisierungen innerhalb der österreichischen Zollverwaltung weiterhin den Wirtschaftsstandort in Österreich stärken

Globale Präsenz der Magna Steyr

Stand 1. Quartal 2022

- ~ 11.800 Mitarbeiter
- fünf Produktionsstandorte
- 19 Engineering/Vertrieb-Standorte

| Nordamerika | | | |
|-------------|--|---|---|
| 1 | Engineering/Produktentwicklung/Vertrieb | | |
| Standort | Detroit | | |
| Europa | | | |
| 4 | Produktion/Montage | | |
| 11 | Engineering/Produktentwicklung/Vertrieb | | |
| Standorte | Étupes Graz Hambach Heilbronn Hoče | Ingolstadt Mühlhausen München Paris Renningen | Sailauf Sindelfingen Turin Wien Wolfsburg |
| Afrika | | | |
| 1 | Engineering/Produktentwicklung/Vertrieb | | |
| Standort | Casablanca | | |
| Asien | | | |
| 1 | Produktion/Montage | | |
| 6 | Engineering/Produktentwicklung/Vertrieb | | |
| Standorte | Peking Pune Shanghai Shenyang | Shin-Yokohama Wuhan Zhenjiang | |

Maßgeschneiderte Lösungen über das gesamte Leistungsspektrum (Werk Graz)



Podiumsdiskussion „Organisation der Zollverwaltung – ein Zwischenfazit: Ansätze in Österreich, Schweiz und Deutschland“

**Moderation und Diskussionsleitung: Dr. Thomas Weiß
Rechtsanwalt, Osnabrück, Schatzmeister des EFA**

**Zusammengefasst von Prof. Dr. Karina Witte
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Münster**

In der folgenden Diskussionsrunde bestand die Bitte, das genannte Konzept der Kundenbetreuung näher zu erläutern. Mag. Fetka-Blüthner, Zollamt Österreich, wies darauf hin, dass es für die österreichische Zollverwaltung entscheidend sei, stets den gesamten Prozess mitzudenken, anstatt sich allein auf die fachlich zutreffenden Lösungen zu beschränken. Falls der Prozess auf der ersten Ebene nicht zufriedenstellend geklärt werden könne, seien auch die Kollegen vom Bundesministerium der Finanzen hinzuzuziehen.

Frau Hermann stellte die Frage nach den ErfA, einem Gremium zum Erfahrungsaustausch. In diesem Forum würden aktuelle Themen und Entwicklungen besprochen, ohne dass es eine Möglichkeit zur Klärung von Einzelfällen darstelle.

Eine weitere Frage betraf die Tatsache, dass es trotz einer eklatanten Steigerung der Abfertigungszahlen keine nennenswerten Abfertigungsverzögerungen zu verzeichnen gab. Mag. Fetka-Blüthner wies darauf hin, dass gute Prozesse organisiert und digitalisiert worden seien, dass aber auch die österreichische Zollverwaltung personell an der Belastungsgrenze arbeite.

Talkrunde: Umsatzsteuer-Digitalpaket und E-Commerce

Oliver Brodersen
Generalzolldirektion, Direktion V, Hamburg

Abfertigung grenzüberschreitender Warenverkehr

Der Zoll hat 2021 über 352 Mio. Warensendungen abgefertigt, eine Steigerung von rund 40% gegenüber dem Vorjahr. Dabei nahmen sowohl die Einfuhren als auch die Ausfuhren erheblich zu.

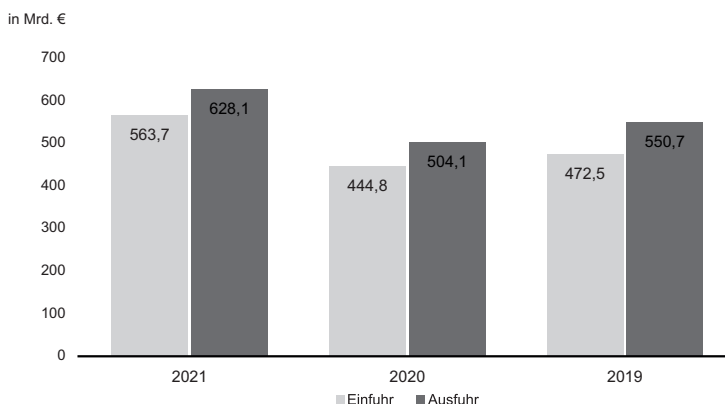
2021 wurden im Vergleich zum Vorjahr 76 Mio. mehr Ausfuhrsendungen abgefertigt.

Das Gesamtvolumen der zur Ein- bzw. Ausfuhr abgefertigten Waren betrug knapp 1,2 Billionen EUR.

Anzahl der Zollabfertigungen

| in Mio. | | | |
|---|-------|-------|-------|
| | 2021 | 2020 | 2019 |
| Einfuhr (zum freien Verkehr) | 103,4 | 79,8 | 85,3 |
| Versandverfahren (eingehende und eröffnete) | 7,9 | 6,4 | 7,3 |
| Ausfuhr | 241,1 | 165,0 | 163,2 |

Wert der abgefertigten Waren

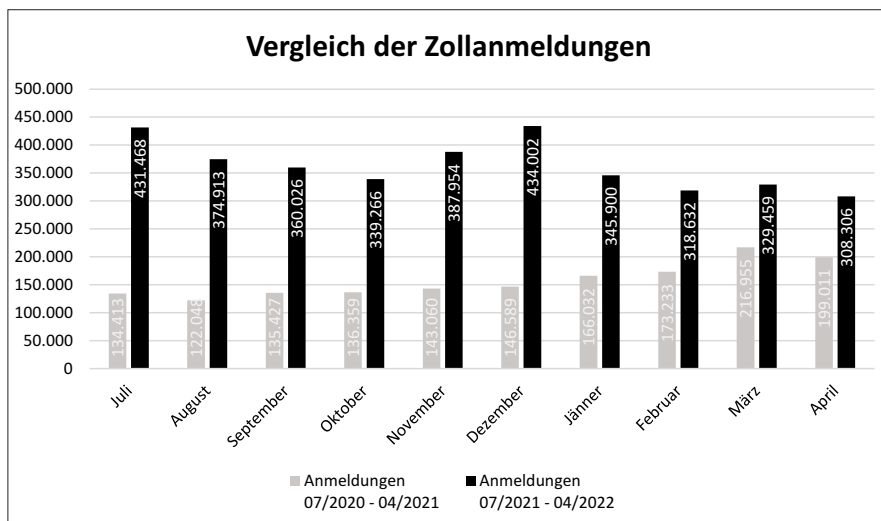


E-Commerce in Österreich

Manfred Winterleitner

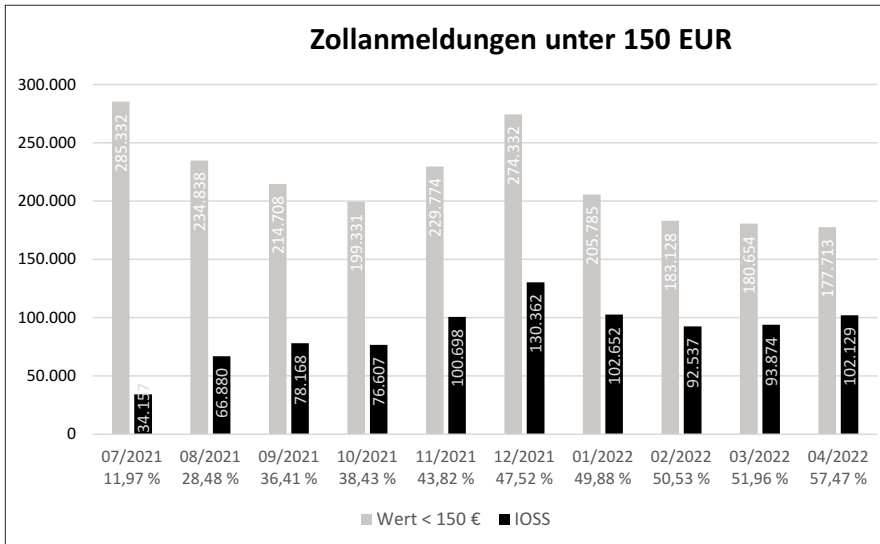
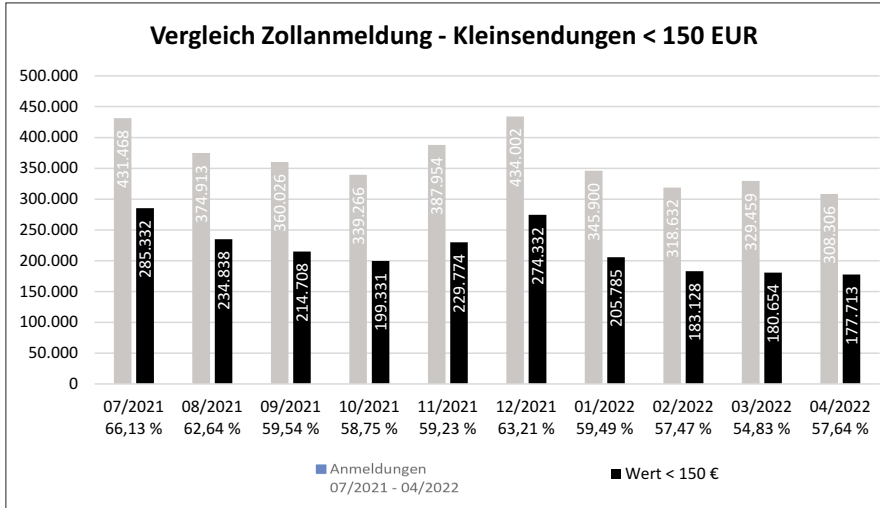
Abteilung III/10, Bundesministerium für Finanzen, Wien, Österreich

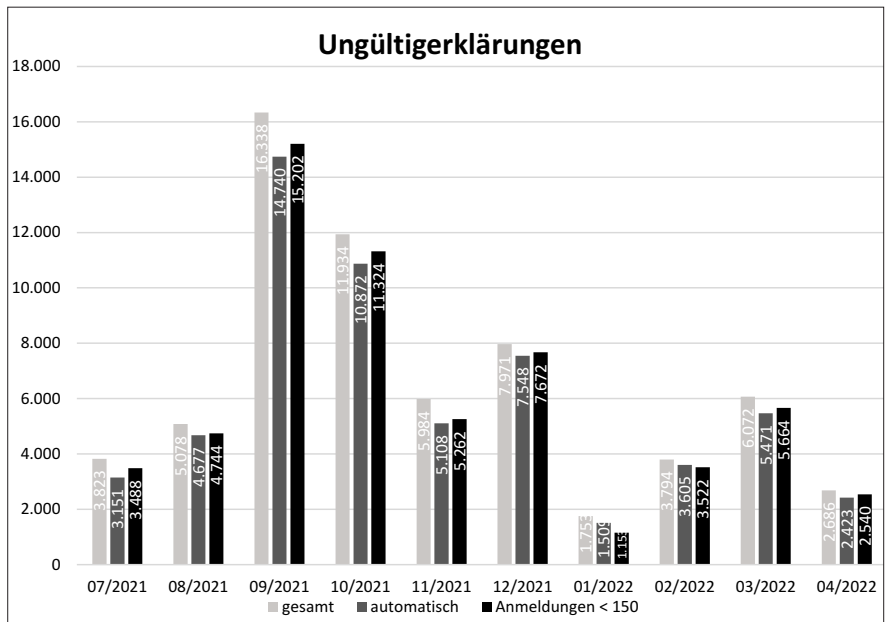
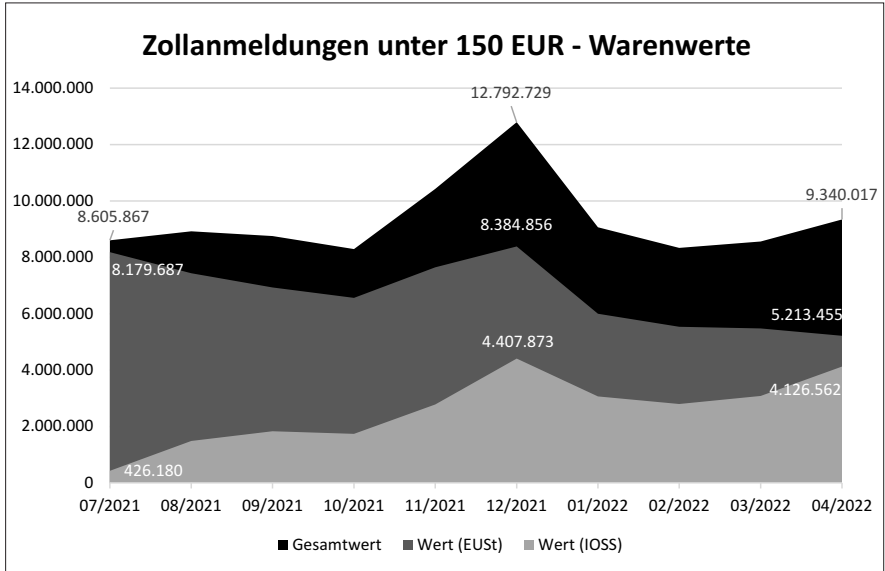
Mit Einführung des E-Commerce-Pakets ist die Anzahl der Zollanmeldungen in Österreich massiv angestiegen und hat sich fast verdreifacht. Der Anteil der Zollanmeldungen für Kleinsendungen bis 150 EUR liegt somit über dem Anteil der Zollanmeldung für andere Waren.



Der befürchtete Anstieg der Anzahl der Zollanmeldung um das Fünf- bzw. Sechsfache hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet und ist wohl auch auf die Anwendung von IOSS zurückzuführen, welche die Zollabfertigung auch in anderen Mitgliedstaaten ermöglicht. Dennoch bestand die **Herausforderung**, zum einen das Zollsystem entsprechend anzupassen, um diese zusätzlichen Mengen an Zollanmeldungen bewältigen zu können, und zum anderen eine IOSS-Datenbank zu schaffen, in der sämtliche IOSS-Nummern für Prüfungszwecke abgefragt werden können.

Innerhalb der Kleinsendungen bewegt sich der Anteil der Zollanmeldungen mit Anwendung des **IOSS-Systems** nach anfänglichen 11% nun bei etwas über 50% mit weiterhin steigender Tendenz.





Nebeneffekt des Anstiegs der Anzahl der Zollanmeldungen ist auch ein Anstieg der Anträge auf **Ungültigerklärung**, da Erfahrungswerten aus der Praxis zufolge zwischen 40% und 50% der Warensendungen wieder zurückgeschickt werden.

Aus steuerrechtlicher Sicht genügt für die Rückzahlung der Mehrwertsteuer grundsätzlich der Nachweis der Rücksendung, während im Zollbereich eine Erstattung nur vorgesehen ist, sofern die seinerzeitige Einfuhranmeldung für ungültig erklärt wird.

Dadurch ist bei IOSS-Importen die **Rückzahlung** der Mehrwertsteuer an den Empfänger durch die Plattform relativ vereinfacht möglich, während bei im Zuge der Einfuhrabfertigung versteuerten Waren eine Erstattung nur über den Umweg einer tatsächlichen Ausfuhr, eines Antrags auf Ungültigerklärung sowie eines Antrags auf Erstattung erlangt werden kann.

Eine **Vernichtung bzw. Zerstörung** ist derzeit weder im Steuer- noch im Zollbereich eine zulässige Voraussetzung für die Erstattung der Mehrwertsteuer, obwohl eine große Anzahl der Versender eine Vernichtung der Waren veranlasst, da eine Rücksendung wirtschaftlich nicht rentabel ist.

Für die Zukunft wird bereits eine **Anhebung der Wertgrenze** für die Anwendung des IOSS-Systems überlegt, da im E-Commerce-Bereich auch Sendungen mit einem Wert über 150 EUR verschickt werden.

Dies bringt weitere Herausforderungen mit sich, da gerade im IOSS-Bereich sodann eine getrennte Einhebung der Mehrwertsteuer (durch die Plattform) und der Zollabgaben (durch den Zoll) vorgesehen werden muss. Gefahr dabei liegt auch darin, dass dies eine mögliche ungleiche Besteuerung bei IOSS-Sendungen und Nicht-IOSS-Sendungen mit sich bringt, da die Zollabgaben auch Teil der Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer sind und nicht sichergestellt werden kann, dass die Plattform diese bei der Mehrwertsteuerberechnung berücksichtigt.

Podiumsdiskussion „Talkrunde: Umsatzsteuer-Digitalpaket und E-Commerce“

**Moderation und Diskussionsleitung: Frank Görtz, stellvertretender
Vorsitzender, Hamburg**

**Zusammengefasst von Prof. Dr. Karina Witte
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Münster**

In der der Talkrunde folgenden Diskussion wurde die Frage gestellt, welche Probleme es gerade im Zusammenhang mit häufiger vorkommenden Ungültigkeitserklärungen gebe. Herr Winterleitner, Bundesministerium für Finanzen, Abteilung III/10, Wien, bestätigte diesen massiven Anstieg und führte aus, dass der Aufwand, der in diesem Zusammenhang betrieben würde, den Erstattungsbeitrag um ein Vielfaches überstiege.

Eine weitere Frage betraf das Prozedere mit nicht angenommenen Sendungen. Herr Winterleitner führte aus, dass nach den Bestimmungen die Sendung wieder zum Versender selbst oder zu einer von ihm bekanntgegebenen Adresse versandt werden müsse. Die Frage, ob es ökologisch sinnvoller sei, die Ware zurückzusenden oder diese vor Ort zu vernichten oder ob es eine andere Lösung gebe, könne an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Bis jetzt sei nur die Erstattung bei Rücksendung gesetzlich gedeckt.

Herr Fischer, Deutsche Post/DHL, Bonn, wies abschließend darauf hin, dass die EU in Zeiten der Globalisierung keine zu hohen bürokratischen Hürden für die Unternehmen kreieren dürfe.

Russlandsanktionen – Bestandsaufnahme und Ausblick

Thomas Barowski

Referatsleiter, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn

Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland

- Restriktive Maßnahmen gegen Russland: Sechs Sanktionspakete zur Verschärfung der seit 2014 geltenden VO (EU) Nr. 833/2014
- Maßnahmen zur territorialen Unversehrtheit der Ukraine (VO (EU) Nr. 269/2014)
- Krim/Sewastopol (VO (EU) Nr. 692/2014)
- Restriktive Maßnahmen im Bezug zu Donezk und Luhansk (VO (EU) 2022/263)

Embargos

- sind keine „reguläre Exportkontrolle“ – spezialgesetzliche Regelungen
- bestehen aus einer Vielzahl von Einzelvorschriften
- unterliegen häufigen Rechtsänderungen
- beinhalten Verbote und Genehmigungspflichten
- nicht nur für die Ausfuhr, sondern vielfältige Handelsaktivitäten (z.B. Vertragsschluss/ Kapital- und Zahlungsverkehr)
- betreffen vielfältige Güterkreise/beinhalten auch Personenlisten
- z.T. Ausnahmen für Altverträge (vor Inkrafttreten des Embargos geschlossen)
- Unterscheidung zwischen Verbot vs. Genehmigungspflicht
- Alle Sanktionen gegenüber Russland sind mit Inkrafttreten unmittelbar geltendes Recht. Es bedarf keinerlei zusätzlicher Rechtsakte auf deutscher Ebene für ihre Wirksamkeit.
- Es sind vielfältigste Güter und Dienstleistungen betroffen.
- Finanzsanktionen/Bereitstellungsverbote
- bislang keine abschließenden Ketten von Sanktionspaketen; dadurch ist in Teilbereichen immer wieder eine erneute Prüfung der Betroffenheit erforderlich
- BAFA-Bescheide, dass Exporte keine Beschränkungen haben, nur eine zeitlich geringe Haltbarkeit/Aussagekraft
- Ergänzend gilt die klassische Exportkontrolle, insbesondere Art. 4 Abs. 1b EU-Dual-Use-VO: militärische Endverwendung in Waffenembargoländern.

Güterbezogene Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland

Ausfuhrverbote

- Rüstungsgüter
- gelistete Dual-Use-Güter
- Hochtechnologiegüter (Anhang VII)
- Ausrüstung im Bereich Erdölexploration (Anhang II)
- Erdölraffination und Erdgasverflüssigung (Anhang X)
- Luft- und Raumfahrtindustrie und Fluggasturbinenkraftstoffe (Anhänge XI und XX)
- Güter der Seeschifffahrt (Anhang XVI)
- Luxusgüter (Anhang XVIII)
- Güter zur Stärkung der industriellen Kapazitäten Russlands (Anhang XXIII)
- Verbote von Transaktionen mit staatlich kontrollierten Unternehmen (Anhang XIX)

Einfuhrverbote

- Rüstungsgüter
- Eisen- und Stahlerzeugnisse (Anhang XXVII)
- Güter, die Russland erhebliche Einnahmen bringen (Anhang XXI)
- Kohle und fossile Brennstoffe (Anhang XXII)
- Rohöl (Anhang XXIV)

Dienstleistungsverbote

- technische Unterstützung im Zusammenhang mit embargobehafteten Gütern
- Start-, Lande- und Überflugverbote für russische Flugzeuge
- Hafenzugang für russische Schiffe
- Beförderungen durch russische Kraftverkehrsunternehmen
- Vergabe öffentlicher Aufträge
- Wirtschaftsprüfungen und Steuerberatung

Altvertrag

Ausnahmen für Altverträge (vor Inkrafttreten des Embargos geschlossen)

- Grundsätzlich werden nur diejenigen Altverträge bzw. Lieferungen begünstigt, bei welchen die schuldrechtliche Leistungspflicht, d.h. die konkrete Lieferverpflichtung bereits vor dem Stichtag entstanden ist.

- Änderungen der Lieferverpflichtung nach dem Stichtag sind nicht als Altvertrag zu bewerten
- Bei einem unverbindlichen Vorvertrag oder nur allgemeinen Rahmenvertrag ohne konkrete Lieferverpflichtung zu einem konkreten Lieferzeitpunkt fehlt auch die unbedingte Abnahmeverpflichtung.
= kein Altvertrag im Sinne der Sanktionsvorschriften
- Nutzung der Altvertragsregelung regelmäßig ohne BAFA-Genehmigung möglich (außer bei gelisteten Dual-Use-Gütern und Gütern des Anhangs VII)

Weitere Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland

Neben güterbezogenen Beschränkungen

- Beschränkungen im Bezug auf bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen (Einreisebeschränkungen, Einfrieren von in der EU belegenen Vermögenswerten sowie Bereitstellungsverbot)
- Grundlage: Beschluss 2014/145/GASP (Umsetzung durch VO (EU) Nr. 269/2014 in unmittelbar geltendes Recht)
- Sanktionierte werden im Anhang I („Namensliste“) der VO (EU) Nr. 269/2014 aufgeführt.
- diverse Beschränkungen im Bereich Geld- und Kapitalverkehr

Umsetzung in der Praxis

Informationsquellen über Rechtsgrundlagen

- Website des BAFA: Rechtsgrundlagen und Verfahren (Reiter: Außenwirtschaft > Embargos > Russland) www.bafa.de/DE/Aussenwirtschaft/Ausfuhrkontrolle/Embargos/Russland/russland_node.html
 - Ausführungen werden regelmäßig aktualisiert (insbesondere FAQ-Bereich, auch beim BMWK und der EU)
- Aktuelle konsolidierte Fassung der VO (EU) 833/2014 (Russland-Embargoverordnung)
 - Russland:
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:02014R0833-20220413&qid=1650868960145>
 - Belarus:
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:02006R0765-20220413&qid=1650869159200>
- EU Sanctions Map: www.sanctionsmap.eu/#/main

Ansprechpartner im BAFA

- Frau Kochendörfer
Gelistete Dual-Use-Güter
E-Mail: mirjam.kochendoerfer@bafa.bund.de
- Herr Bonin
Nicht-gelistete Güter
E-Mail: uwe.bonin@bafa.bund.de
- Herr Barowski/Frau Romano
Grundsatzfragen
E-Mail: thomas.barowski@bafa.bund.de
E-Mail: giulia.romano@bafa.bund.de
- Herr Hackert
Beförderungsgenehmigungen
E-Mail: falko.hackert@bafa.bund.de

Alle Aussagen spiegeln den Sachstand zum 14.6.2022 wider. Sie sind rechtlich nicht verbindlich.

Russia Sanctions and Export Controls: Current U.S. Status and Perspectives

Douglas N. Jacobson
Jacobson Burton Kelley PLLC, Washington, D.C., USA

‘Russia is now the world’s most sanctioned country

Russia is now the single largest target of global sanctions. The crippling economic sanctions which target Iran were adopted over the course of ten years. The same type of sanctions adopted against Russia have been implemented in the course of ten days.

Russia is now subject to over 5 000 different targeted sanctions, more than Iran, Venezuela, Myanmar and Cuba combined. (...)

(Spencer Vuksic: Russia is now the world’s most sanctioned country. In: Castellum.AI, 8 March 2022)

Sanctions and Export Controls can be Effective Tools, but Take Time

| Month | Exports | Imports | Balance |
|---------------|---------|---------|----------|
| January 2022 | 396.8 | 1 959.4 | -1 562.5 |
| February 2022 | 497.5 | 2 577.8 | -2 080.3 |
| March 2022 | 101.1 | 2 746.3 | -2 645.2 |
| April 2022 | 89.1 | 2 082.7 | -1 993.6 |
| TOTAL 2022 | 1 084.4 | 9 356.2 | -8 281.7 |

Note: All figures are in millions of U.S. dollars on a nominal basis, not seasonally adjusted unless otherwise specified. Details may not equal totals due to rounding. Table reflects only those months for which there was trade. Source: U.S. Census Bureau.

Key U.S. Sanctions Issues and Observations

Russia-Related Issues and Observations from the Past Three Months

1. Despite perceptions, Russia is not subject to comprehensive U.S. sanctions or export controls. The total number of sanctions does not tell the complete story.
2. While several sectors of Russia’s economy are subject to U.S. sanctions, the sectors are relatively limited in scope (energy, financial sector and the recently imposed

sanctions on accounting, trust and corporate formation services and management consulting services in Russia or for persons in Russia).

3. A small number of Russian banks have been added to OFAC's SDN List (VTB, Sberbank, Alfa-Bank, etc.) and de-SWIFTED. There are still many banks in Russia that are able to process payments with the U.S.
4. Many U.S. and European companies have made business decisions to completely withdraw from or wind down their operations in Russia due to the practical difficulties in logistics and payments, de-risking as well as reputational concerns.
5. Enforcement of U.S. sanctions laws is now a high priority of both OFAC and the U.S. Department of Justice:
The Deputy Attorney General recently stated that 'sanctions should be at the forefront of [a company's] approach to compliance' and sanctions are 'the new FCPA'.
6. 2/3 of OFAC staff are currently working on Russia-related issues, including identifying new sanctionable activities and SDNs.
7. OFAC has issued numerous FAQs and guidance on Russia sanctions to help companies and FIs comply.
8. On 6 June 2022, OFAC issued FAQs regarding the bans on 'new investment' in Russia, including examples of what OFAC considers to be new investment and confirming that. See FAQs 1049 – 1055.
9. OFAC has received numerous licence applications and processing times are long.
10. While the US sanctions and export controls have been coordinated with the EU and UK, there are differences in the scope of sanctions and lists of blocked persons.
11. Additional sector and targeted sanctions are expected.

U.S. Secondary Sanctions on Russia

- 'Secondary sanctions' are political tools that the U.S. Government can use to deter third parties who are not directly subject to U.S. jurisdiction from engaging in activities that may be contrary to U.S. policies or objectives.
- U.S. secondary sanctions are political, not legal, determinations.
- Unlike U.S. primary sanctions, civil or criminal penalties cannot be imposed on non-U.S. persons or financial institutions that engage in activities that are the subject of U.S. secondary sanctions.
- The potential sanctions could include non-U.S. persons being added to OFAC's SDN List.
- The 2017 **CAATSA** law authorised secondary sanctions to be imposed on certain non-U.S. activities involving Russia.
- **CAATSA Section 226** – 'foreign financial institutions' can be subject to sanctions if it is determined that it has knowingly facilitated 'significant financial transactions'

on behalf of any Russian person that was added to OFAC's SDN List under the Russia-related Executive Orders related to Russia's involvement in Ukraine.

- **CAATSA Section 228** – authorises sanctions on foreign persons who knowingly 'materially violates' the Ukraine/Russia-related sanctions or 'facilitates a significant transaction or transactions, including deceptive or structured transactions,' for individuals, their family members and entities subject to U.S. sanctions on Russia that are included on OFAC's SDN List.
- To date, the U.S. Government has **never** imposed secondary sanctions pursuant to CAATSA Section 228 'against foreign persons that facilitate significant transactions or sanctions evasion for Russia-related designees'.
- No foreign financial institution has been subject to secondary sanctions under CAATSA Section 226.
- The Biden Administration will likely use secondary sanctions sparingly, although on 2 June 2022 OFAC added companies in Cyprus and Russia to the SDN List for providing material support to Putin pursuant to EO 14024.

U.S. Import Prohibitions

- 8 March 2022 – Executive Order 14066 issued prohibiting importation into the U.S. of Russian **oil, gas and other energy products**.
- 11 March 2022 – Executive Order 14068 issued prohibiting importation into the U.S. of Russian **alcoholic beverages, fish, seafood, non-industrial diamonds** and any other products of Russian origin as may be determined in the future.

Note: To date, no other Russian products have been included on the prohibited import list.

Revocation of Russia and Belarus' NTR Treatment

Pursuant to Public Law 117-110 (signed 8 April 2022), normal trade relations treatment is suspended and column 2 duty rates now apply to imports of products from Russia and Belarus.

Key U.S. Export Control Issues and Observations

Key Russia-Related Export Control Issues and Observations from the Past Three Months

Harmonized Tariff Schedule of the United States Revision 5 (2022)
Annotated for Statistical Reporting Purposes

↓

II
10-2

| Heading/ Subheading | Stat. Suf- fix | Article Description | Unit of Quantity | Rates of Duty | |
|------------------------|----------------------|---------------------------|------------------------|------------------------|---|
| | | | | 1 General | 2 Special |
| 1001 | | Wheat and meslin: | | | |
| 1001.11.00 | 00 | Durum wheat: Seed..... | kg..... | 0.65¢/kg ^{1L} | Free (A+, AU, BH, CL, CO, D, E, IL, JO, KR, MA, OM, P, PA, PE, S, SG) |
| 1001.19.00 | | Other..... | | 0.65¢/kg ^{2L} | Free (A+, AU, BH, CL, CO, D, E, IL, JO, KR, MA, OM, P, PA, PE, S, SG) |

1. While BIS has imposed restrictions on the export/re-export to Russia of all items on the CCL, there are few restrictions on the export of EAR99 items to Russia.
2. BIS leadership has stated that 'U.S. exports to Russia for the items subject to new U.S. controls have decreased around 97% compared to the same time last year'.
3. BIS has also stated that it is committed to supporting sectors in Russia essential to humanitarian activities and is prepared to issue licences related to 'the safety of flight and civil nuclear safety and items that enable telecommunications services to support the flow of accurate information and access to the internet'.
4. The restrictions on EAR99 items are included in BIS's Russian Industry Sector Sanctions List, found in Supplement No 2 to Part 746 and in Supplement No 4 to Part 746.
5. BIS's Office of Export Enforcement is currently investigating how U.S. origin items have reached Russia, since U.S. origin chips and other items have been found in Russian military hardware.

| Schedule B | Schedule B Description | HTS Code | HTS Description |
|------------|--|----------|---|
| 3815190000 | Supported Catalysts, Nesoi | 381519 | Supported Catalysts, Nesoi |
| 4408100100 | Veneer Sheets And Sheets For Plywood And Other Wood Sawn Lengthwise, Sliced Or Peeled, Thickness Not Over 6 Mm, Coniferous | 440810 | Veneer Sheet Etc, Not Over 6mm Thick, Coniferous |
| 4408900105 | Ash Veneer Sheets And Sheets For Plywood And Other Wood, Sawn Lengthwise, Sliced Or Peeled, Thickness Not Exceeding 6 Mm, Spliced Or End-jointed | 440890 | Veneer Sheet Etc, Not Ov 6mm, Nonconiferous Nesoi |

6. Diversion/Transshipment of U.S. origin items to Russia is also a high priority of OEE and there are joint efforts underway with various law enforcement agencies in countries outside the U.S.

7. The BIS Entity List has been used with increased frequency. BIS has added more than 300 parties to the Entity List for supporting Russia’s Military since 24 February 2022.
8. On 2 March 2022, BIS revoked licence exception AVS for aircraft subject to the EAR registered in Russia or owned by Russian nationals. Thus, any U.S. origin aircraft or foreign-origin aircraft that includes more than 25% controlled U.S. origin content and that is registered in, owned or controlled by or under charter or lease by Russia or Belarus before it can travel to Russia or Belarus.
9. More than 150 Russian aircraft subject to the EAR have been identified by BIS as being Russian-owned or operated and included on a list issued by OEE:
10. Thus, any actions taken with these aircraft, even by non-US persons, including re-fueling, maintenance, repair or the provision of spare parts or services, are subject to the prohibitions General Prohibition Ten of the EAR.

| Owner or Operator | Country | Tail Number | Serial Number | Aircraft Type |
|--------------------------|---------------|-------------------|---------------|--------------------------------|
| Abramovich, Roman | Russia | P4-BDL | 37306 | 787-8 Dreamliner (B788) |
| Abramovich, Roman | Russia | LX-RAY | 6417 | G650ER |
| Aeroflot | Russia | VQ-BFK / RA-73158 | 65308 | 777-300 (ER) (B77W) |
| Aeroflot | Russia | VP-BMM / RA-73107 | 44439 | 737-8MC (B738) |
| Aeroflot | Russia | VQ-BWD / RA-73128 | 41211 | 737-8LJ (B738) |
| Aeroflot | Russia | VP-BON / RA-73112 | 41200 | 737-8LJ (B738) |
| Aeroflot | Russia | VP-BMB / RA-73103 | 41231 | 737-8LJ (B738) |
| Aeroflot | Russia | VP-BCD / RA-73093 | 41215 | 737-8LJ (B738) |
| Aeroflot | Russia | VP-BMO / RA-73108 | 41233 | 737-8LJ (B738) |

11. The EAR’s Foreign-Direct Product Rules are now all in section 734.9 and now include the following:
 - The National Security FDP Rule
 - 9x515 FDP rule
 - 600 series FDP rule
 - Entity List FDP rule (Huawei)
 - Russia/Belarus FDP rule
 - Russia/Belarus-Military End User FDP Rule

Modernisation of the Revised Kyoto Convention

Dr. Kerstin Harden

AWB Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Münster

Prof. Dr. Achim Rogmann, LL.M. (Murdoch)

Brunswick European Law School (BELS), Wolfenbüttel

Overview: World Customs Organization (WCO), Kyoto Convention (KC) and Revised Kyoto Convention (RKC)

The World Customs Organization (WCO)

Today's World Customs Organization (WCO) emerged from the Customs Cooperation Council (CCC), which was founded in 1952¹⁾. In 1995, at the same time as the founding of the World Trade Organisation (WTO), which in turn emerged from the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), the CCC was renamed the WCO, although the official name is still CCC due to the lack of a change in the founding act under international law.

The core mission of the WCO is to develop international standards, strengthen cooperation between customs administrations and build capacity to facilitate legitimate trade while ensuring proper collection of duties and protection of the public. At the same time, the WCO should provide leadership to customs administrations and support them in fulfilling their multiple roles. The Kyoto Convention must also be guided by these objectives and, in particular, master the balancing act between facilitating legitimate trade while ensuring a high level of protection of customs controls. Today, the WCO counts no less than 184 Members responsible for managing 98% of world trade. Unlike under WTO membership, where members have to accept all multilateral Agreements, the Membership to the WCO does not impose any specific obligations on Contracting Parties (CPs) except payment of contributions. As a consequence, for WCO Members accession to any of the Conventions administered by the WCO is not mandatory and negotiators have to make sure that any convention developed under the umbrella of WCO is attractive for accession by as many CPs as possible.

The Kyoto Convention

First steps for setting international standards towards simplification of customs rules were taken already long before the WCO was founded.²⁾ In 1923, the International Con-

1) For a brief overview of WCO's history refer to Yamaoka, *The De Facto Accession of the European Communities to the World Customs Organization: Process and Significance*, GTCJ (2013), pp. 92f.

2) Asakura, *World History of the Customs and Tariffs* (2003), p. 272.

vention relating to the Simplification of Customs Formalities was established by the League of Nations. However, this convention did not prove to be a sufficient basis for comprehensive harmonisation. It required the CCC's commitment to take a more comprehensive approach for global harmonisation of customs rules.³⁾

In the years between its foundation and the beginning of the 1970s, the WCO made rather selective efforts to develop international standards in order to cope with the constantly new challenges in international trade in goods. Naturally, no systematic set of rules covering all problems could emerge from this. Within the framework of the WCO, it was therefore decided to draw up an international convention that would cover all facets of customs techniques – and inevitably also customs law – and summarise them in a systematic form. The work led to the adoption of the 'Convention on the Simplification and Harmonisation of Customs Procedures' at the 1973 annual meeting of the WCO in Kyoto (which explains its name as Kyoto Convention) with the objective to enhance the universal harmonisation of customs procedures, other than classification and valuation⁴⁾. The convention entered into force in September 1974 and attracted a total of 63 CPs until 1999.

The actual regulations on customs procedures were found in the annexes to the convention. However, the CPs were only obliged to accept a single annex in addition to the basic convention⁵⁾. Thus, when the European Communities acceded to the Convention, they only adopted the annex on the customs warehousing procedure⁶⁾. Reservations could be entered against both Standards and Recommended Practices of the annex(es) accepted. This overall structure made the KC to a quite weak convention⁷⁾.

Due to the only weakly developed obligation to adopt the annexes and the high flexibility in the application of core principles, the Kyoto Convention was only able to fulfil its function of simplifying and harmonising customs procedures to a very limited extent. In particular, the steadily increasing global trade volume and the growing importance of information technology highlighted the need to modernise and further simplify customs procedures. In addition, customs formalities were identified as one of the biggest non-tariff trade barriers in the Uruguay Round of the GATT. Therefore, it was decided by the RCC in 1994 to undertake a comprehensive revision of the Kyoto Convention in order to further develop the Kyoto Convention into a blueprint for simple and efficient

3) *Herschbach*, Die Reform der revidierten Kyoto-Konvention – Ein Überblick im Vergleich mit den Zollverfahren des UZK, ZfZ (2022), p. 170.

4) *Wolfgang/Fischer-Zach*, Die revidierte Kyoto-Konvention von 1999, ZfZ (2003), pp. 84f.

5) *Wolfgang/Fischer-Zach*, Die revidierte Kyoto-Konvention von 1999, ZfZ (2003), p. 85.

6) Council Decision of 18 March 1975 concluding an international convention on the simplification and harmonization of customs procedures and accepting the Annex thereto concerning customs warehouses, OJ EC 1975 No L 100/1.

7) *Wolfgang/Fischer-Zach*, Die revidierte Kyoto-Konvention von 1999, ZfZ (2003), pp. 84f.; *Herschbach*, Die Reform der revidierten Kyoto-Konvention – Ein Überblick im Vergleich mit den Zollverfahren des UZK, ZfZ (2022), p. 170.

customs procedures⁸⁾. A revision was decided – which in international law means nothing other than a comprehensive revision of the entire treaty text, whereas an amendment would only cover individual treaty provisions.

The Revised Kyoto Convention (RKC)

After four years of detailed review work, the Revised Kyoto Convention (RKC 1999) was adopted by the WCO Council in June 1999. The details of the revision were set out in the Protocol of Amendment, which contains the text of the 1999 RKC as Annexes I to III and which had to be ratified by the Parties to the original Kyoto Convention in order to transfer to the RKC. For the RKC to enter into force, 40 Parties were required to accede to the Protocol of Amendment, including Annexes I (Basic Convention) and II (General Annex).

The RKC as amendment of the international convention on the simplification and harmonisation of Customs procedures entered into force on 3 February 2006. Its targets are to promote trade facilitation and effective controls through its legal provisions that detail the application of simple and efficient procedures⁹⁾. The possibility to join the original convention was terminated. The RKC aims in particular to develop predictable and transparent customs procedures based on the use of IT, risk management and control mechanisms coordinated with other government agencies as well as partnership with trade. In addition, modern customs control technology such as risk assessment and customs controls through operational audits are intended to enable faster customs clearance of goods. In June 2022, the RKC had 133 CPs including the EU and all of its Member States. Two of the CPs are not WCO Members¹⁰⁾.

Structure of the RKC

The RKC consists of three parts¹¹⁾:

1. The Body (text of the convention),
2. a General Annex (GA) with ten Chapters and
3. ten Specific Annexes (SAs).

8) *Dorji*, Revised Kyoto Convention: Customs' blueprint journey towards further simplification and harmonization of Customs procedures, WCO News No 92, pp. 70f.

9) Preamble of the RKC.

10) See the list of CPs to the RKC at www.wcoomd.org/Topics/Facilitation/Instrument%20and%20Tools/Conventions/pf_revised_kyoto_conv/Instruments.

11) For more details on the structure of the RKC see *Wolfgang/Fischer-Zach*, Die revidierte Kyoto-Konvention von 1999, ZfZ (2003), pp. 84, 85ff. and pp. 114ff.; *Hossain*, Revised Kyoto Convention: The Best Practice Guide for Customs, GTCJ (2008), pp. 383, 384f.

The Body and the GA are binding on all CPs which means that no reservations are possible.¹²⁾ The acceptance of the SAs or parts of it is only optional and reservations to Recommended Practices can be submitted.

Whereas the GA aims at cross-cutting aspects of customs procedures, the ten SAs deal with treatment of goods under customs control:

- Specific Annex A – Arrival of goods in a customs territory
- Specific Annex B – Importation
- Specific Annex C – Exportation
- Specific Annex D – Customs warehouses and free zones
- Specific Annex E – Transit
- Specific Annex F – Processing
- Specific Annex G – Temporary admission
- Specific Annex H – Offences
- Specific Annex J – Special Procedures (Travelers, Postal Traffic, Means of Transport ...)
- Specific Annex K – Origin

Even with 133 CPs no part of the SAs could attract more than 49 acceptances. The EU did not accept any parts of the SAs yet.¹³⁾

| Contracting Parties | Number of Chapters accepted | Specific Annexes/Chapters | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------|-----------------------------|---------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|--|---|--|---|--|--|--|--|---|--|--|
| | | A | | | | | B | | | | | C | | | | | D | | | | | E | | | | | F | | | | | G | | H | | J | | | | | K | | |
| | | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 3 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 3 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 3 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 3 | Chapter 4 | Chapter 1 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 3 | Chapter 4 | Chapter 5 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 3 | Chapter 4 | Chapter 5 | Chapter 1 | Chapter 2 | Chapter 3 | | | | | | | | | | | |
| Without reservation | 41 | 41 | 42 | 29 | 33 | 38 | 31 | 25 | 30 | 32 | 23 | 26 | 27 | 22 | 22 | 26 | 29 | 28 | 29 | 33 | 32 | 31 | 33 | 27 | 24 | 26 | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| With reservations | 6 | 3 | 1 | 4 | 6 | 2 | 8 | 6 | 8 | 5 | 6 | 6 | 4 | 8 | 1 | 9 | 3 | 8 | 0 | 2 | 4 | 3 | 0 | 3 | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| TOTAL | 47 | 44 | 43 | 33 | 39 | 40 | 39 | 31 | 38 | 37 | 29 | 32 | 31 | 30 | 27 | 38 | 31 | 37 | 33 | 34 | 35 | 36 | 27 | 27 | 27 | 27 | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Source: WCO Secretariat, PG0321Ea, reflecting adoptions of 131 CPs.

In the 20 years since the adoption of the RKC in 1999, there has been no change to the Convention, although the wheel of further development of the framework conditions for international trade has been turning ever faster. This has been fuelled by the ever-increasing trend towards digitalisation of the economy and trade in services, greater regional rather than multilateral integration, the increased security requirements resulting from the terrorist attacks of 11 September 2001, the ever-increasing use of e-com-

12) *Wolfgang/Fischer-Zach*, Die revidierte Kyoto-Konvention von 1999, *ZfZ* (2003), p. 85.

13) See Council Decision of 17.3.2003 concerning the accession of the European Communities to the Protocol of Amendment to the International Convention on the simplification and harmonisation of customs procedures (Kyoto Convention, OJ EU No L 86, 21 of 3.4.2003).

merce and the heightened sensitivity to issues of climate protection and sustainability. However, the guidelines to the 1999 RKC have been updated in the meantime, especially those on information and communication technology and postal traffic. In response to the changed requirements for the management of international trade in goods, the SAFE Framework, the Framework of Standards on Cross-Border E-Commerce, the WCO Single Window Compendium and the WCO Data Model were created. However, at the same time, these instruments, all of which are not legally binding, made it clear that the RKC 1999 could no longer take into account the growing challenges of global trade and that a comprehensive coverage of all aspects for trade simplification cannot be achieved by the current convention. In the mid-2010s, there were increasing discussions about whether a revision of the 1999 RKC was necessary¹⁴⁾.

Article 6 para. 1 of the 1999 Basic Convention provides for the formation of a separate Management Committee for the 1999 RKC which has the task of keeping the provisions of the Convention up to date. Members of this Committee are again the RKC CPs. In principle, the formal amendment procedure must be carried out for modifications. However, the Administrative Committee may decide to modify a Recommended Practice or to insert new Recommended Practices in a Specific Annex or Chapter without following this procedure. Parties must enter a reservation if the amendment is not to be considered as accepted by them (Art. 16 Basic Convention 1999). This alone cannot bring about a fundamental update of the 1999 RKC. This is because this form of further development only has a selective effect and offers too many loopholes, as it does not entail any legally binding force.

Revision Process of the RKC

Main Reasons for the review process

Since 2016, the RKC Management Committee (RKC/MC) has been discussing a renewed revision of the Convention. Based on recommendations of the Committee, WCO Policy Commission approved and established in June 2018 the Working Group on the Comprehensive Review of the Revised Kyoto Convention, covering both the structure and the content of all parts of the Convention and the Guidelines. The main reasons for the review are the rapid change of the international trading landscape with its different trade challenges and to keep the RKC as WCO flagship convention and a blueprint for modern and efficient customs procedures in the 21st century.

Trade challenges

Global trade challenges, such as the growing importance of global value chains, the burgeoning corpus of bilateral and regional free trade agreements, digitalisation and

14) *Dorji*, Revised Kyoto Convention: Customs' blueprint journey towards further simplification and harmonization of Customs procedures, WCO News No 92, pp. 70f.

the other significant technological developments of the past years¹⁵⁾, are the core reasons for starting a renewed review process. Moreover, there are several other socio-economic developments with significant effects on customs and international trade, such as increasing populations, shifts in economic and political centres of power, the lack of sustainable economic development, the need to protect the environment, risks associated with international supply chains and nationalisation tendencies or misgivings about globalisation.

Objectives

The main objectives of the review are to enhance RKC's role in trade facilitation. The intention is to secure the future proofing of the convention while considering the time consuming procedure (negotiations/ratifications) for essential modifications. Future proofing in this context means the WCO wants to ensure that it anticipates future developments and processes in advance so the convention is not already outdated when it comes into force.

Institutions and mandate

In June 2018 the WCO Policy Commission and Council approved the setting up of the Working Group on the comprehensive review of the RKC (WGRKC), based on recommendations made by the RKC Management Committee (RKC/MC).

The mandate that the WGRKC was given is to conduct a comprehensive review of the RKC that will cover both, the structure and the content of all provisions, including the Body of the RKC, the General Annex (GA), the Specific Annexes (SAs) and the Guidelines. The motivation for such an extensive review is that the RKC, which entered into force in 2006 and has not been reviewed yet, should be adapted to meet today's needs and challenges.

During the meetings of the WGRKC held in 2018 delegates raised several essential future issues requiring in-depth discussion. The review process identified principles and challenges that are fundamental to the work. These horizontal issues¹⁶⁾ include:

- Importance of the RKC's role for modern and efficient customs procedures, while addressing the need to maintain the right balance between trade facilitation and ensuring security;
- Need to reflect the extensive use of electronic data submission rather than paper documents throughout customs procedures as a whole;

15) For information on trade challenges see *Wolfgang/Rogmann*, On the future of the WCO Revised Kyoto Convention, WCO News No 88 (2019), p. 79ff.

16) Note: These horizontal issues are general problems or challenges that go along with every international convention. This means that not only the WCO is confronted with these aspects. At the same time, it is clear that the different issues cannot be treated independently. They are quite complex in handling and often there are interactions between these horizontal issues themselves.

- Significance/strengths of the binding nature of RKC and its different parts (soft law vs. hard law);
- Need for an embedded and periodical review mechanism/monitoring;
- Necessity for a robust implementation mechanism, technical assistance, capacity building;
- Use of electronic data submission.

Similar input also resulted from the WCO Global Conference on the comprehensive review of the RKC. The conference took place in November 2018. About 150 experts from Customs administrations, international and regional organisations, industry associations, the private sector, development partners and academia raised ideas and inputs for the review of the RKC by deliberating on a 'Customs of the future' model. The main take-away from the deliberations that would be part of the discussion on the RKC review was: Use of technology, customs role of security, importance of monitoring and implementation as well as the importance of cooperation and partnership with external stakeholders.¹⁷⁾

Method: Comprehensive Review

In front of the challenges and reasons for the review that have been described above, it was necessary to ensure the up-to-dateness of the convention and to have a good and useful – a manageable – tool to cope with the wide scope of challenges of trade and customs. This is why the WCO recognised the need for a comprehensive review that covers all the content and provisions of the RKC in order to ensure that the RKC remains this blueprint for modern and efficient customs procedures in the 21st century. Consequently, it has to be progressive and flexible enough to meet these requirements and expectations.

The goal of the current review is to ensure an overall analysis of gaps and identify the need to accommodate updated or new concepts in WCO instruments and tools. For this reason, all provisions (standards, recommended practices etc.) as well as the structural system of the current version are mooted. This goal is also officially laid down in the Terms of Reference of the WGRKC. This means the review will cover both the structure and the content of all provisions including all parts of the convention.

Against this background, a review process was started. After having agreed on a general way of proceeding, the WCO called for proposals for improving or changing the RKC. To ensure an inclusive approach to the review, external stakeholders – such as other international organisations, regional organisations, industry associations, the private sector, development partners and academia – were encouraged to participate and engage.

17) For more information and the different issues raised at the conference and the conference material see the event webpage of the WCO: www.wcoomd.org/en/events/event-history/2018/wco-global-conference-on-the-comprehensive-review-of-the-rkc.aspx (as at 22.9.2022).

Working Group Phase

During the working group phase the WGRKC held eight meetings between September 2018 and October 2021. Within this phase the WGRKC acted in three Sub-Groups that worked inter-sessionally in order to ensure the timetable of the review process:

Sub-Group I – The RKC Body and relevant horizontal issues

Sub-Group II – The RKC General Annex (GA) and its Guidelines

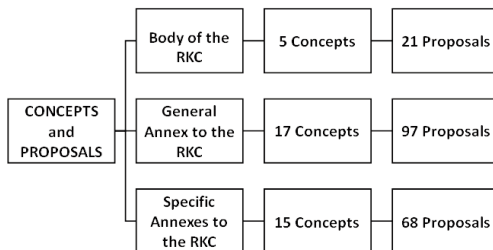
Sub-Group III – The RKC Specific Annexes (SAs) and their Guidelines

In the first four meetings, ideas, concepts and proposals of the members have been submitted, exchanged and discussed. Starting from the fifth meeting external stakeholders were involved to ensure an all-inclusive approach to a comprehensive review of the RKC and to acknowledge the importance of the cooperation and partnership between the WCO and these external stakeholders.

Concepts and proposals

Over the course of the eight different WGRKC meetings, a total of 186 proposals have been submitted, presented and discussed, categorised across 37 broad concepts. They referred to the different parts of the RKC (Body, GA, SAs and Guidelines). 140 of the proposals came from members and 46 from external stakeholders.

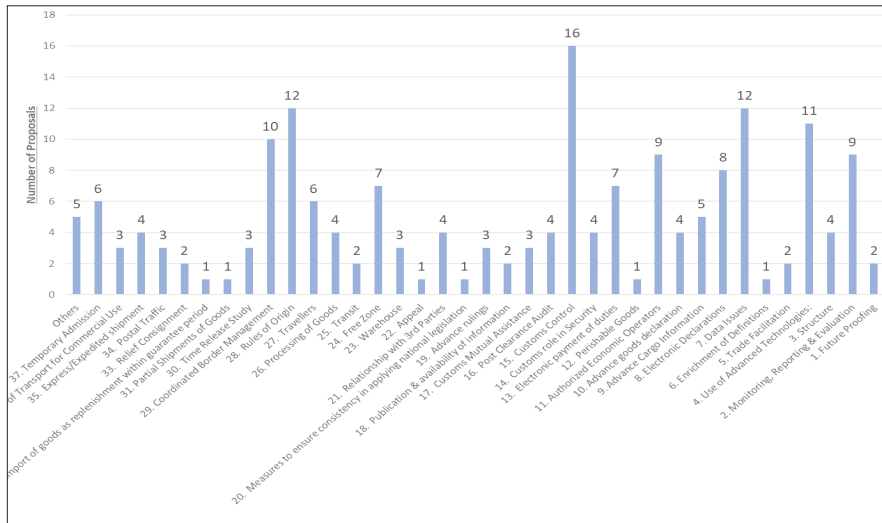
This means that one third of the proposals came from external stakeholders. Another interesting figure is that through these proposals 21 members and 13 external stakeholders have contributed to the review. More than half of the proposals refer to the GA, one third to the SAs and around 20 – a minor part – to the Body of the Convention. This is not surprising because the details are regulated in the Annexes so that the request for a review is stronger here.



Source: Final Report of WGRCK, PR0041E.

The concepts with the largest number of proposal concern are customs control (16 with regard to security and risk management), rules of origin (twelve, which aim to strengthen existing Specific Annex K, covering proposals on self-certification, the direct trans-

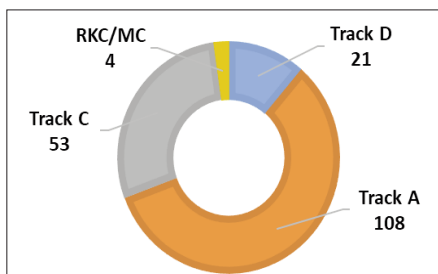
port rule, preferential and non-preferential origin of goods etc.), followed by data issues (twelve) and the use of advanced technologies (eleven), such as digital customs, blockchain, artificial intelligence (AI), non-intrusive inspection equipment or 3D printing. The concept of coordinated border management that focusses on coordination and cooperation, as well as on Single Window principle combines ten proposals, followed by Authorized Economic Operator (nine), monitoring, reporting and evaluation (nine), electronic declaration (eight) and the electronic payment of duties (seven). Proposals under the other concepts that are not named here relate mainly to the future proofing of the RKC, to e-commerce and electronic transactions or to procedures and formalities regarding free zones, customs warehousing or travellers.



Source: Final Report of WGRCK, PR0041E.

For the purposes of classification and in order to handle the high amount of proposals, a tracking system has been established that categorises and ranks the different suggestions according to their level of maturity. This allowed the proponents to review, adjust or add their proposals where necessary. In the course of the review process the proposals have been categorized in the different tracks (Track D/A/C/B). Track D proposals are ready to be reported to the RKC Management Committee (RKC/MC). This track indicates the highest maturity level. In addition, all proposals and concepts that have been classified in or upgraded to the 'A' category (meaning that there is a general agreement regarding the content and the intention of these proposals) moved on to the next stage of the review process and have been subject to more concrete measures.

On the other hand, proposals that held the status of Track B or C were not (yet) suitable to be reported so that they were finally regarded as non-active and dismissed from the further revision process.



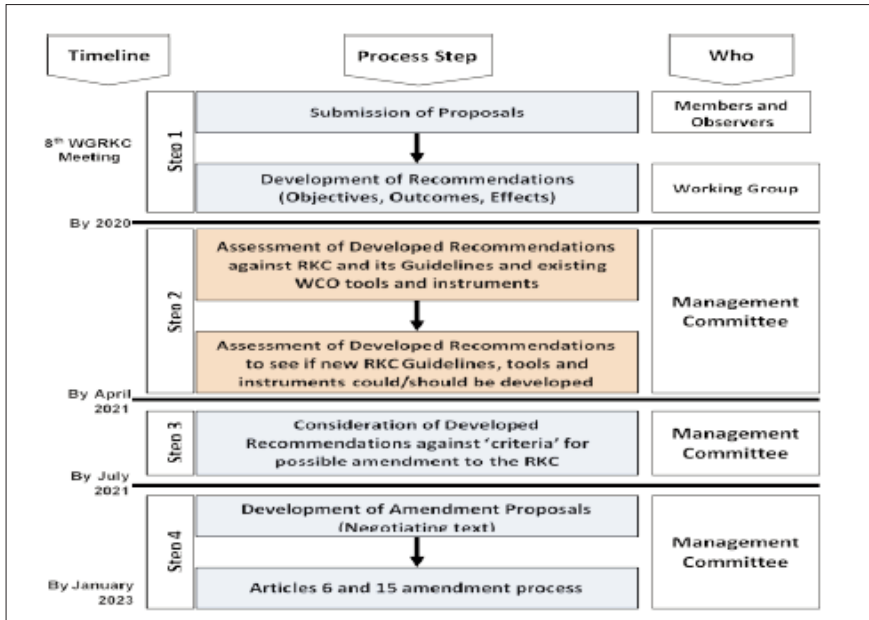
Source: Final Report of WGRCK, PR0041E.

Way forward: Four-Step-Framework of the RKC/MC

In order to foster the amendment process and the review, the RKC/MC decided to continue the RKC review process under a so called 'four-step framework'. First of all, this included that the timeline for conducting and finalising the RKC review process has been extended until January 2023 at the earliest. This is due to the outbreak of the pandemic and also because the former timeline was quite ambitious and (fortunately) the number of concepts and proposals was very large.

Step 1 has already been carried out and contained the discussing and assessing over the 184 proposals relating to 37 Concepts. This step was finalized in the eighth WGRKC meeting. From now on the RKC/MC went on with the work of completing the RKC review work under Steps 2, 3 and 4 alone.

Under Step 2, the assessment of the recommendations developed in Step 1 have been carried out against the RKC, its Guidelines, and the existing WCO instruments and tools. Then, possible further assessment has been considered to see whether an amendment of the RKC was required or not and/or whether the development of new instruments or tools was needed. In the case of Step 3, the developed recommendations – that have been filtered through Step 2 – were further tested against the Criteria established by the RKC/MC to determine which recommendations require possible amendments of the RKC. If such a recommendation has been passed successfully through the first three steps, the final step, Step 4, will work on the development of proposals for amendment that would go through the amendment process stipulated under Arts 6 and 15 of the RKC which regulate the amendment process for the Body, the GAs and the SAs, the timelines, the effective date of the new amendments and the procedure regarding possible objections by the CPs. Only then, the final text and wording will be subject of the formal negotiations.



Source: Final Report of WGRCK, PR0041E.

The regulations for the formal amendment procedure are derived from Art. 15 of the 1999 Basic Convention. According to this, it is the task of the Administrative Committee to recommend amendments to the Convention to the CPs, which are communicated by the Secretary General of the WCO to the Contracting Parties and to the Member States that are not RKC CPs (Art. 6 para. 5 in conjunction with Art. 15 para. 1). The amendments shall enter into force for all CPs twelve months after the deposit of the instruments of acceptance of those CPs who were present at the meeting of the Administrative Committee at which the amendments were recommended, unless one of the CPs objects within twelve months of the date of communication of the amendments in question. However, recommended amendments to the General Annex or the Specific Annexes shall be deemed to have been accepted six months after the date of their communication to the CPs, unless a CP objects or advises that the conditions for acceptance have not yet been met. Amendments to which objection is made shall be deemed not to have been accepted and shall have no effect. Any amendment to the Annexes deemed to have been accepted shall, in principle, enter into force six months after the date on which it is deemed to have been accepted (Art. 15 para. 2 to 7 of the 1999 Basic Convention).

Status quo of the negotiations

The discussions in the meetings of the RKC/MC showed that not all men were happy with the drafts developed in the four-step framework. Many of the concepts were taken aside for consideration at a later stage of the review process. Some CPs raised concerns whether it is necessary to adopt a revision of the existing RKC as it is a powerful and globally recognised tool for trade facilitation. In this context it has been discussed whether it would be sufficient to work on enhancement of the non-binding RKC Guidelines in order to cope with the changed trade environment.

During the 30th meeting of the RKC/MC in late September 2022 it was decided that the current review of the RKC will be extended so that the mandate of the review can be completed. The CPs agreed to extend the timelines for conducting the RKC review process under the 'four-step framework' until December 2023, during which the review of the RKC Guidelines would be finalised and the already discussed potential draft texts (both of the General Annex and Specific Annexes) would be further reviewed by proponents and interested parties. WCO Secretariat will compile by December 2023 a list of the potential draft texts to the RKC/MC for its consideration on the way forward based on the results of the review.

General/Cross-cutting Issues

As examples, interesting aspects were identified in the current draft text that will most likely be included in a future RKC. However, as these are draft texts, no final statements can be made at this stage, but only an interim estimate can be presented.

General structure

Revising the RKC leads to discussion whether the future convention should have more binding provisions as a more 'hard law' nature would lead to a higher degree of harmonisation. On the other hand, 'soft law' gives more flexibility to the wide range of stakeholders involved in international trade and makes it easier to governments to get the parliamentary consent for accession to the international agreement as the feared loss of national autonomy might be smaller than with the ratification of hard law instruments¹⁸⁾. Hence, strengthening the binding nature of the Convention could lead to a stronger harmonising effect, but deter members from adopting the RKC as such or at least of the non-binding parts.

With a view to the currently available draft texts, it seems to be unlikely that the general structure of the RKC will be changed. This means that the Body and GA will remain as binding elements (CPs have to comply with all of the Standards and Transitional Standards therein), whereas the SAs or any part of it will remain as being subject of optional

18) *Abbott/Snidal*, *Hard and Soft Law in International Governance*, International Organization (2000), pp. 421, 423.

adoption while the numerous Guidelines will provide explanation by way of best practices and examples. However, the number of SAs could be reduced by transferring the relevant standards to the level of the GA. This transfer would extend the legal binding content of the RKC and could form an important contribution to global harmonisation.

In this context, however, the question arises as to whether the intended future proofing of the convention can be adhered to. This has been defined to avoid long periods of time for negotiating and implementing amendments periodical update mechanism and flexibility in adapting to future developments are proposed.

Regulatory intensity of new and revised provisions

In relation to numerous of the proposed concepts, it was discussed to what extent the future convention should limit itself to the question of what is to be regulated (the 'what') or whether it already provides concrete regulations (the 'how'). For example, it can only be specified that the CPs should determine who is responsible for paying the duties and taxes. However, the convention can also be expanded accordingly and already stipulate those responsible while giving some flexibility for implementation.

Future proofing of the Convention

The lengthy and burdensome way to work on a future RKC makes visible that the current way towards amending the Convention is far too time intensive to cope with the challenges of an always faster changing world trade. Hence, periodical update mechanism and flexibility in adapting to new developments were among the proposals to address this issue. It is seen as appropriate to consider a way in which a solid periodical review cycle mechanism of the RKC will be established without an amendment to the Body by a consensus among the CPs.

It was also proposed to add a provision on monitoring to the Terms of Reference of the RKC/MC in the Body of the RKC. This could be the basis for introducing a monitoring process on the basis of self-monitoring and evaluation tool. This monitoring could be an effective tool in order to achieve a high level of consistency in implementing of RKC rules and that customs legislation is applied in a predictable and transparent manner.

Core Discussions Related to the Body/General Annex (Binding Elements)

Customs Declarations

In the run-up to the revision, the need was identified to say goodbye to the paper-based system of customs declaration that still prevailed at the time. Even if electronic customs declarations are nowadays standard in many countries (e.g. under Art. 6 of the Unions Customs Code, UCC), numerous CPs still struggle with the digitalisation of customs processes. In the future, data should be transmitted electronically as far as possible in

order to enable overarching functions, including the use of the data pipeline concept and a more intensive evaluation of the data. This should also include advanced technologies such as blockchain and artificial intelligence. However, under the current draft no general obligation to use electronic means of communication for customs declaration shall be established.

The current status quo in Standard 3.11 stipulates that: 'The contents of the Goods declaration shall be prescribed by the Customs. The paper format of the Goods declaration shall conform to the UN-layout key'. From the drafts it can be seen that there is agreement with regard to a goods declaration by electronic means that shall be established as a standard. The information required in this context shall be based on the instrument of the WCO Data Model that would thus be implemented as binding standard into the future convention.

In addition to this, the drafts show that there is the wish to permit the lodgment of supporting documents in a non-editable format or scanned copies thereof by electronic means¹⁹⁾, which is already established in Art. 10.2 of the Trade Facilitation Agreement (TFA) and to permit the lodgment of electronic declarations at any time²⁰⁾. Following a proposal, scanned copies of supporting documents shall be accepted as sufficient. Moreover, a central customs clearance is intended to be implemented as it is already mentioned in Art. 179 of the UCC.

Still at issue, due to national peculiarities, is the question whether an amendment of the declaration after the release of goods should be allowed or not and whether the declarant shall be allowed to withdraw declaration before the goods exit the customs territory.

Risk Management

The current regulations on risk management can be found in Chapter 6 of the RKC. A definition of the central term 'risk' is not yet available, which is why such a definition is to be added to Chapter 2 (Definitions). The following wordings are inter alia proposed for discussion: 'the potential for non-compliance with national legislation'²¹⁾ or 'effect of uncertainty on objectives'²²⁾. The EU suggested the following definition: 'Risk means the likelihood and the impact of an event occurring, with regard to the entry, exit, transit, movement or end-use of goods, articles and cross-border means of transport moved between the customs territory and countries or territories outside that territory and to the presence within the customs territory of these goods, which would: (a) prevent the

19) At the moment Standard 3.18 has the wording: 'The Customs shall permit the lodgment of supporting documents by electronic means.'

20) At the moment Standard 3.22 has the wording: 'The Goods declaration shall be lodged during the hours designated by the Customs.'

21) Cf. GA Guidelines to Chapter 6.

22) Cf. WCO Customs Risk Management Compendium.

correct application of national measures; (b) compromise the financial interests of the said customs territory, or the financial interests of the country or countries of the said customs territory; or (c) pose a threat to the security and safety of its residents, to human, animal or plant health, to the environment or to consumers.'

Moreover, the drafts show that customs control shall be interlinked with risk management and the selection of persons/consignments for post clearance audit shall be conducted in a risk-based manner. This can be used as tool to expedite the release of goods.

Advance Rulings

In Chapter 9 (Information, decisions and rulings supplied by the customs) of the future convention there shall be established a standard for advance rulings. Similar provisions are also known by the UCC and the TFA. Article 33 UCC stipulates advance ruling for tariff classification and origin (and soon also for customs valuation as this advance ruling will be established via Art. 35 UCC). Also, Art. 3 TFA provides for this instrument.

From the drafts it can be seen that an advance ruling is to be understood as a written decision/binding ruling, issued by customs prior to the importation or exportation of goods. Such rulings shall be provided by customs with regard to

- tariff classification of goods,
- origin of the goods,
- valuation method and
- any other matter as the customs may specify.

The advance ruling shall be valid for a reasonable period of time after its issuance unless the law, facts or circumstances supporting that ruling have changed. An applicant seeking an advance ruling may be an exporter, importer or any person with a justifiable cause having legal representation/a representative thereof or registration in the territory of the CP before whom the advance ruling is sought. Furthermore, the advance ruling shall be valid for a reasonable period of time after its issuance unless the law, facts or circumstances supporting that ruling have changed.

Still at issue is whether an advance ruling issued by the customs administration shall be binding on the customs in respect of the applicant that sought it. Subject to national legislation, advance rulings may be binding on the applicant to whom the advance ruling was issued.

Data Management/Single Window

The current GA comprises Transitional Standard 6.9 which stipulates that the Customs shall use information technology and electronic commerce to the greatest possible extent to enhance customs control. During the revisions process an extended proposal has been discussed under which the customs shall use information technology and data analytics to the greatest possible extent to enhance risk management and customs con-

trols. In this context, enhanced data management has been discussed as an important tool for coordinated border management, based on uniform data which can be exchanged between Customs and other border agencies.

The WCO Data Model (DM) already functions as data standard for global trade interoperability for more than two decades. It was developed in order to provide a universal language for cross-border data exchange enabling the implementation of Single Window systems and being the source for Data Analytics. The DM is a compilation of clearly structured, harmonised, standardised, and reusable sets of data definitions and electronic messages designed to meet the operational and legal requirements of Customs and other cross-border regulatory agencies. It implements international standards developed by the United Nations Centre for Trade Facilitation and Electronic Business (UN/CEFACT) and the International Organization of Standards (ISO) to ensure global interoperability. The future RKC shall recognize the important role of the DM by stipulating that this data model should be applied for electronic data exchange.

It has been proposed to add a provision to the GA on the usage of Single Windows through which the documents and information are submitted and the examination results are notified without requesting the same documents and information again (build upon Art. 10.4 TFA). In addition, a definition shall be added under which the term 'Single Window' is defined as a single-entry point to fulfil all import, export and transit related formalities also required from other border agencies. Also international interoperability among Single Windows should be ensured in order to enable customs administrations for a cross-border exchange of data to enhance data quality.

With this functionality, Single Window is seen as forming an important tool for Coordinated Border Management as well. The model of a Single Window shall be integrated into the RKC with the obligation to include provisions necessary to adopt or maintain a Single Window environment in national legislation in order to achieve consistency with the TFA. Article 47 para. 1 of the UCC delivers a basis for the required data exchange between Customs and other border agencies. To foster the implementation of an EU Single Window the EU Commission has launched an initiative on the 'EU Single Window Environment for Customs'²³⁾.

AEO Programmes

A regulation for AEO Programmes shall be implemented in the GA as a Transitional Standard in Chapter 6 (Risk Management and Customs Control). A comparable rule already exists with Art. 7.7 TFA.

It is already common sense that Customs shall provide benefits to AEOs, including those arising from mutual recognition agreements/arrangements among partner customs administrations. However, still at issue in this context is which AEO criteria are to be met,

23) For details refer to https://taxation-customs.ec.europa.eu/eu-single-window-environment-customs_en.

those in national legislations or those in the WCO AEO Guidelines. The latter constitutes a non-binding resolution so far. If these WCO Guidelines were to be chosen, another WCO instrument would find its way into the GA of the RKC and would receive a more binding character. Another question that is still open is which specific benefits shall then be granted.

Customs Debt Rules

This proposal is based on a position paper from academia on comprehensive rules on liability to duties and taxes.²⁴⁾ Customs debt law has been identified as a central and important element of every national customs legislation. It makes a great difference whether goods arriving or leaving a country are immediately subject to the incurrence of a customs debt or whether the customs clearance is paused or pending. If customs clearance is paused or pending more operating expense for both the customs authorities and the economic operators incur. Beside this, an appropriate customs debt law will help and support a state to levy the relevant customs duties. In addition, there is also a close connection between customs procedures and the customs value when it comes to issues of and around the incurrence of a customs debt.

However, the current RKC just contains standards in Chapter 4²⁵⁾ that basically leave the definition of certain aspects regarding duties and taxes to national legislation. The analysis of some national legislation on customs law has shown that, to a large extent there is an insufficient degree of regulation in the field of customs debt law.

All this means that a comprehensive system of customs debt rules is important for the efficient processing of the flow of goods. For this reason, global standards regarding customs debt issues should ideally form part of the future convention in order to achieve a sufficient degree of harmonisation of customs procedures and practices. This is why rules governing the incurrence, payment and extinguishment of a customs debt have been proposed. They also include regulations on time and place at which a customs debt is incurred and clear provisions on the identity and liability of the possible debtor(s).

Core Discussions Related to the Specific Annexes (Non-binding Elements)

Warehousing Procedure and Free Zones

The drafts on the regulations of the warehouse procedure in SA D/Chapter 1 of RKC show that one wants to enhance the efficiency of manufacturing and supportive oper-

24) Compare in detail *Wolfgang/Harden/Rogmann*, Why the future Revised Kyoto Convention should contain comprehensive rules of customs debt, *World Customs Journal*, Vol. 14, No 2/2020, pp. 23 ff.

25) For example the circumstances when liability to duties and taxes is incurred (Standard 4.1), the methods that can be used to pay the duty (Standard 4.6) or the person(s) responsible for the payment of duties and taxes (Standard 4.7).

ations. This means that more activities should be permitted under the warehouse procedure, such as to showcase the goods for sale or to prevent loss or deterioration or the damage of goods. Secondly, there is the endeavor to enlarge the scope of responsibility for warehouse operators and to enhance the role of Customs including enforcement in such areas.

With regard to the regulations on Free Zones in SA D/Chapter 2 of RKC, there was the endeavor to revise the current definition of this chapter to avoid an existing ambiguity. The current definition was misleading as some CPs interpret it in the sense that goods located in Free Zones are considered outside their customs territory. In addition, the definition should include the characteristics that differentiate Free Zones from other facilities (e.g. enclosed areas). For this reason, numerous text proposals were discussed. Unfortunately, a consensus could not be reached in the end so that the revision of the definition failed in the last meeting.

Rules of Origin

The Rules of Origin in SA K of the RKC have not been part of the revision of the KC in the 1990's as the harmonisation of non-preferential rules of origin was being negotiated on the WTO level. Members had decided to wait for the WTO Harmonization Work Programme before revising Specific Annex K. However, the harmonisation in the WTO failed so that there is a need to reform these rules from scratch because many overlapping origin provisions currently exist.

There has been identified the need to amend the SA K to reflect modern origin practices and to streamline origin procedures as well as the need for more enforceable and effectively binding rules. For example, the WTO Agreement on Rules of Origin does not address origin procedures and as these procedures are under the customs portfolio, the origin procedures could rightly be covered by the RKC.

From the drafts, it also becomes clear that there should be established a clear – but at the moment still missing – distinction between preferential and non-preferential origin in line with the one established by the WTO Agreement on Rules of Origin (ARO). In addition, the reference of the current SA K of RKC to a 'country' as the origin of goods shall be amended so that single customs territories, Customs Unions or as far as preferential Rules of Origin (RoO) are concerned, free-trade regions are included.

Another objective that is clear from the proposals is to establish standardised typology and terminology for the different forms of cumulation in line with the WCO Origin Compendium that the SAs lack so far.

Time Release Studies

An interesting new aspect that originally could be found in the draft texts of the Guidelines has been transferred to Chapter 3 of the GA (Clearance and other Customs Formalities) to form a proposed new Transitional Standard is the establishment of Time

Release Studies. According to the drafts 'Customs shall carry out performance measurements of its processes and procedures on a periodic basis and, when necessary, publish a report or findings in line with relevant international guidelines'.

A special tool that has to be used to conduct these studies has not been defined (yet). Still at issue is whether the publication should be mandatory. This concept, however, would allow for benchmarking and would be a completely new regulation to the UCC, too. With its movement to the regulations of the GA the proposal received even a more binding character.

Summary and the Way Ahead

Despite all the obstacles caused by the COVID-19 pandemic and the (gratifyingly) high number of proposals, the work on the future RKC was able to proceed almost according to the originally planned schedule. Completion of the amendment process was last planned for January 2023 and it is becoming apparent that the text for the RKC can actually be adopted the year after next.

Structurally, the RKC 2023 will probably differ only slightly from the RKC 1999: in addition to the General Annex, there will continue to be a large number of Special Annexes whose adoption will not be mandatory. It can be assumed that numerous components of the previous guidelines will be upgraded to the actual text of the RKC 2023 and thus become legally binding. Also, by this way, regulations that have so far been missing from the RKC should be included in the future RKC in order to fill existing gaps.

Due to its structure and the lack of will on the part of the CPs to submit to a complete set of rules with legally binding effect, the RKC 2023 will certainly not be able to serve as a blueprint for national customs laws as well. It might be advisable to additionally develop a Model Customs Law on its basis which could then serve as a gold standard for national or regional customs legislation in as many customs territories as possible.

All in all, the current drafts show four main tendencies:

1. There is a partial alignments to the Trade Facilitation Agreement (TFA),
2. an integration of some WCO instruments into the RKC takes place,
3. the future convention might include more aspects of the GATT 1994 and
4. there are no significant conflicts of UCC regulations with the potential draft text of the future RKC.

However, it has to be considered that work is still in progress and not yet completed. Commencement of the formal Arts 6 and 15 RKC amendment process can be expected for January 2023 at the earliest. Under the new timeframe a compilation of draft amendments to the existing RKC can be expected until the end of 2023. The further progress will then be in the hands of the RKC/MC.

Sources and further references

Achim Rogmann, Mit der künftigen Kyoto-Konvention in die Zukunft des Zolls, AW-Prax 2021, pp. 517ff.

Cornelius Herschbach, Die Reform der revidierten Kyoto-Konvention – Ein Überblick im Vergleich mit den Zollverfahren des UZK, ZfZ (2022), pp. 170ff.

Council Decision of 17 March 2003 concerning the accession of the European Community to the Protocol of Amendment to the International Convention on the simplification and harmonisation of customs procedures (Kyoto Convention), OJ EU 2003 No L 86/21.

Hironori Asakura, World History of the Customs and Tariffs, 2003.

International Convention on the simplification and harmonisation of customs procedures, OJ EC 2005 No L 100/2.

International Convention on the simplification and harmonisation of customs procedures (amended version), OJ EU 2003 No L 86/25.

Kenneth W. Abbott and Duncan Snidal, Hard and Soft Law in International Governance, International Organization 2000, pp. 421.

Michael Lux, EU Customs Law and International Law, World Customs Journal No 1 (2007), pp. 19ff.

Phuntsho Dorji, Revised Kyoto Convention: Customs' blueprint journey towards further simplification and harmonization of Customs procedures, WCO News No 92 (2020), pp. 70ff.

Syed Saifuddin Hossain, Revised Kyoto Convention: The Best Practice Guide for Customs, GTCJ 2008, pp. 383.

Tokio Yamaoka, The De Facto Accession of the European Communities to the World Customs Organization: Process and Significance, Global Trade and Customs Journal, 92. WCO News No 88 (2013), pp. 79ff.

Hans-Michael Wolfgang und Ota Fischer-Zach, Die revidierte Kyoto-Konvention von 1999, ZfZ (2003), pp. 84ff. (Part I) und 114ff. (Part II).

Hans-Michael Wolfgang, Kerstin Harden und Achim Rogmann, Why the future Revised Kyoto Convention should contain comprehensive rules of customs debt, World Customs Journal Vol. 14, No 2 (2020), pp. 23ff.

Hans-Michael Wolfgang und Edward Kafeero, 'Old Wine in New Skins: Analysis of the Trade Facilitation Agreement vis-à-vis the Revised Kyoto Convention', World Customs Journal No 2 (2014), 27.

Hans-Michael Wolfgang und Achim Rogmann, 2019, On the future of the WCO Revised Kyoto Convention, World Customs Journal Special Edition Vol. 14, No 2, Publication of a special edition that coincides with the 2020 WCO Partnership in Customs Academic Research and Development (PICARD) Conference, 'WCO and the customs and trade community, past and future'.

Podiumsdiskussion „Modernisation of the Revised Kyoto Convention“

**Moderation und Diskussionsleitung: Petra Herrmann
EFA-Vorstand, Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Hamburg**

**Zusammengefasst von Prof. Dr. Frauke Schulmeister
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Münster**

There were two questions in the following discussion concerning the Revised Kyoto Convention. First of all, Mr. Fischer, Deutsche Post AG, had a question concerning the problem of Data Management and Single Window. He seemed to be surprised that scan copies should or can be accepted. So he wanted to know if the acceptance also included documents of proof of origin, licences for preferential documents and so on.

Prof. Rogmann answered that the acceptance of scan copies had not been a new idea of the Revised Kyoto Convention. In his opinion, one could find this in the TFA as well. He mentioned that the UCC, too, does not provide any regulations for presenting the original of a document. According to the UCC, the documents should only be kept on request. If asked for presentation, one does not have to provide the original. In his opinion, this seems to be the main idea of the future documentation.

Dr. Katja Roth, judge at the Federal Fiscal Court (Bundesfinanzhof) in Munich, wanted to know if the aspects of VAT were also considered by the Revised Kyoto Convention.

Prof. Rogmann answered that the Kyoto Convention only provides regulations for customs debt not for the VAT. He mentioned that he did not see any relation between the customs debt and the VAT, which is to be regulated by the Member States.

Freihandelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang
Universität Münster

Der folgende Beitrag befasst sich mit den Freihandelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum. Die Europäer sehen Freihandelsabkommen, Präferenzabkommen oder Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vorrangig aus der Sicht der Europäischen Union (EU). Das ist erklärlich, da die EU über 40 derartige Abkommen geschlossen hat und insoweit „Weltmeister“ ist. Allerdings sind diese Abkommen im Regelfall nur bilaterale Abkommen z.B. mit Japan, Südkorea, Kanada oder Großbritannien. Regionale Abkommen, an denen mehrere Länder beteiligt sind und die eine große Produktionszone und einen erweiterten Absatzmarkt bilden, hat die EU bis auf die Pan-Euro-Med-Zone nicht geschaffen. Anders ist die Situation im asiatisch-pazifischen Raum. Dort traten in den letzten Jahren mehrere Mega-Freihandelsabkommen mit regionaler Wirkung in Kraft. Zu nennen sind vor allem das RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) und das CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership).

Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)

Die Verträge zur Gründung des RCEP wurden am 15.11.2020 von China, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und den ASEAN-Staaten (Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam) unterzeichnet und damit wurde die größte Freihandelszone der Welt geschaffen. Das Megaabkommen ist nach der Ratifizierung durch fast alle Mitgliedstaaten am 1.1.2022 in Kraft getreten. Die RCEP-Region umfasst etwa 30% des weltweiten Bruttoinlandprodukts und mit 2,2 Mrd. Menschen etwa 30% der Weltbevölkerung. Ziel des RCEP ist es, Zölle zu senken, Regeln zu vereinheitlichen und gemeinsame Standards zu setzen. Der asiatische Wirtschaftsraum soll dadurch enger zusammenwachsen. Kritiker sagen: unter chinesischem Einfluss!

Das Abkommen besteht aus einer Präambel und 20 Kapiteln, die u.a. Regelungen zum Warenhandel, Handel mit Dienstleistungen, zu geistigem Eigentum, Zollverfahren und Handelserleichterungen, E-Commerce und Investitionen, aber auch einheitliche Ursprungsregeln enthalten. Eine Vielzahl von Zöllen fiel schon mit dem Inkrafttreten, innerhalb von zehn Jahren sollen Zölle weitgehend abgeschafft sein. Zollverfahren sollen

u.a. durch Vorabentscheidungen und den Einsatz von Informationstechnologie vereinfacht werden.

Die 20 Kapitel des RCEP im Überblick:

1. Ziele und allgemeine Begriffsbestimmungen
2. Inländerbehandlung und Marktzugang für Waren sowie Stufenpläne für den Zollabbau im Rahmen des RCEP
3. Ursprungsregeln und Anhang zu produktspezifischen Ursprungsregeln
4. Zoll- und Handelserleichterung
5. Gesundheitspolitische und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen
6. Technische Standards, technische Verordnungen und Konformitätsbewertungsverfahren
7. Handelspolitische Schutzmaßnahmen
8. Handel mit Dienstleistungen und Anhänge zu Finanz- und Telekommunikationsdiensten
9. Personenverkehr
10. Investitionen
11. Schutz des geistigen Eigentums
12. Digitaler Handel
13. Wettbewerb
14. Kleine und mittlere Unternehmen
15. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit
16. Öffentliches Beschaffungswesen
17. Ausnahmeregelungen
18. Institutionelle Bestimmungen
19. Streitbeilegung
20. Schlussbestimmungen

Das RCEP enthält keine Kapitel zu Standards für den Umweltschutz oder für den Arbeitnehmerschutz.

Für den internationalen Warenhandel ist insbesondere die Vereinheitlichung der Ursprungsregeln bedeutsam. Der präferenzbegünstigte Warenhandel richtet sich im RCEP nach dem Ursprungsprinzip. Sofern Waren nach den Ursprungsregeln des RCEP den Ursprung eines Mitgliedstaats haben, können sie in alle anderen Mitgliedsländer zollfrei oder zollbegünstigt (präferenziert) eingeführt werden. Von Anfang an ist eine multilaterale Kumulierung möglich; die RCEP-Region wird zu einer einheitlichen Produktionszone.

Die Zollsatzsenkungen für RCEP-Ursprungswaren sind ein erheblicher Wettbewerbsvorteil gegenüber Produkten aus den USA oder der EU. Um den Vorteil auszugleichen, könnten global aktive Unternehmen aus der EU über eine „Glokalisierung“ nachdenken. Der Begriff ist eine Wortneuschöpfung, die in der Soziologie und Ökonomie entwickelt wurde. Er bedeutet die Dezentralisierung von Märkten und Wertschöpfungsketten bei gleichzeitiger Intensivierung kooperativer Systeme, vereinfacht gesagt: Global denken, lokal handeln. Transnationale Unternehmen verfolgen eine globale Strategie unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten. Dazu gehört die Diversifizierung von Marken, Produkten, Produktionsstätten, Vormaterialien und Absatzmärkten. Für die internationale Wirtschaft geht es darum, eine globale Strategie unter Berücksichtigung einer Vielzahl internationaler Rahmenwerke und nationaler Regulierungen zu entwickeln. EU-Unternehmen mit bedeutendem Marktanteil in den RCEP-Ländern, wie z.B. die Automobilindustrie, können die Vorteile der RCEP-Ursprungs- und Präferenzregelungen nutzen, wenn sie im Sinne einer „Glokalisierung“ für den RCEP-Markt in der Region Vormaterialien beschaffen, dort produzieren und auch ihre Produkte absetzen. Zu berücksichtigen ist, dass der chinesische Markt für viele deutsche Unternehmen enorm wichtig ist. In 2019 haben Volkswagen 40% und BMW sowie Mercedes jeweils 30% ihres globalen Umsatzes in China erzielt. Viele Unternehmen produzieren z.T. schon dort und passen ihre weltweit vertriebenen Produkte dem chinesischen Markt an, wie z.B. die Fahrzeuge mit verlängertem Radstand. Das bietet mehrere Vorteile: Die Unternehmen haben somit Zugriff auf den Markt der RCEP-Freizone. Außerdem kann zielgerichtet und unabhängiger von internationalen Entwicklungen produziert werden. Nicht zuletzt die immer noch andauernde Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die produktive Abhängigkeit einer Weltmarktproduktion von einem Standort zu großen Engpässen führen kann. Denkt man eine „glokale“ Wirtschaft weiter, können damit auch Nachhaltigkeits- und Umweltschutzaspekte beachtet werden. Denn kürzere Transportwege verursachen weniger Emissionen.

Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP)

Das RCEP ist aber nicht das einzige Mega-Freizoneabkommen im asiatisch-pazifischen Raum. Das CPTPP mit den Vertragsparteien Australien, Brunei Darussalam, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam ist seit 2019 für die meisten Unterzeichnerstaaten in Kraft. Das CPTPP wurde aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) entwickelt, nachdem sich die USA im Januar 2017 aus den Verhandlungen zum TPP-Abkommen zurückgezogen hatten. Auf die CPTPP-Mitgliedstaaten entfallen zusammen 13,3% des weltweiten BIP, 6,7% der Weltbevölkerung und 14,4% des Welthandels im Jahr 2020.

In RCEP und CPTPP gibt es mehrere Doppelmitgliedschaften, nämlich Australien, Brunei Darussalam, Japan, Malaysia, Neuseeland, Singapur und Vietnam. Das CPTPP deckt so-

wohl den Handel mit Dienstleistungen als auch mit Waren ab und setzt hohe Standards für den digitalen Handel, das geistige Eigentum, das öffentliche Beschaffungswesen, das Wettbewerbsrecht, die Korruptionsbekämpfung, Schutz der Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz. Darüber hinaus beseitigt das CPTPP nichttarifäre Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedstaaten.

Die USA haben sich bisher – vorwiegend aus innenpolitischen Gründen – nicht für die Rückkehr in den Kreis der CPTPP-Staaten entschieden. Für den Beitritt zu einem Freihandelsabkommen würde die US-Regierung derzeit keine Zustimmung im Kongress erhalten. Dafür hat das Vereinigte Königreich unmittelbar nach seinem Austritt aus der EU einen Beitrittsantrag zum CPTPP gestellt, der derzeit – wie öffentlich verlautbart wird – positiv verhandelt wird.

Das RCEP unterstreicht die zentrale Bedeutung Chinas als mit Abstand mächtigste aller RCEP-Volkswirtschaften. Das CPTPP hingegen schließt China zwar nicht formell aus, versucht aber, Pekings Einfluss auf den Handel und die Normsetzung in der Region zu begrenzen. Das kürzlich geäußerte Interesse Chinas, dem CPTPP beizutreten, könnte diesen Versuch aber zum Scheitern bringen.

Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)

Anstelle eines Beitritts zum CPTPP haben die USA jetzt eine neue Initiative gestartet, ihre Asienpolitik wiederzubeleben und dem wachsenden Einfluss Chinas zu begegnen. Am 23.5.2022 stellte US-Präsident Joe Biden in Japan die neue Wirtschaftsinitiative in den Beziehungen der USA zu Asien vor, das IPEF. Die Initiative ist der Versuch, die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA im asiatisch-pazifischen Raum in Abgrenzung zum RCEP und auch zum CPTPP wieder stärker zur Geltung zu bringen. Sie ist der Eckpfeiler der Strategie der Biden-Administration für wirtschaftliches Engagement in Asien und soll Chinas Einfluss in der Region entgegenwirken. Mit rund 60% der Weltbevölkerung wird die Region in den nächsten Jahrzehnten der wichtigste Motor für das Wirtschaftswachstum in der Welt sein.

Neben Japan und Indien haben zehn weitere Länder bekundet, dem von den USA gesteuerten IPEF beizutreten. Zu diesen Ländern gehören Australien, Brunei Darussalam, Indonesien, Südkorea, Malaysia, Neuseeland, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.

Inhaltlich geht es um vier Bereiche, auch Säulen genannt:

- **Handel:** Verfolgung eines fairen Handels unter hohen Standards für die digitale Wirtschaft, einschließlich Standards für den grenzüberschreitenden Datenverkehr. Außerdem sollen sich die Partner zu strengen Arbeits- und Umweltnormen sowie Bestimmungen zur Rechenschaftspflicht von Unternehmen für Handelsaktivitäten verpflichten.

- **Widerstandsfähigkeit der Versorgungskette:** Der Rahmen zielt darauf ab, Verpflichtungen für die Lieferketten festzulegen, mit denen Unterbrechungen in den Lieferketten besser vorhergesehen und verhindert werden können.
- **Saubere Wirtschaft:** Es werden Verpflichtungen in Bezug auf saubere Energie, Dekarbonisierung und Infrastruktur angestrebt.
- **Korruptionsbekämpfung:** Das IPEF wird darauf abzielen, wirksame Steuer-, Geldwäsche- und Bestechungsbekämpfungsregelungen zur Förderung einer fairen Wirtschaft durchzusetzen.

Im Rahmen des IPEF versuchen die USA, die Regeln und Standards für digitale Technologien wie künstliche Intelligenz und Telekommunikation der fünften Generation (5G) zu beherrschen. Doch die Regeln für den digitalen Handel und die Technologie, die die USA fördern wollen, können von vielen Ländern in der Region wegen der angeblich hohen Standards nicht erfüllt werden. Kritisiert wird bereits, dass das IPEF vor allem den Interessen der USA auf Kosten der Länder der Region diene, indem es höhere Schwellenwerte für die digitale Wirtschaft, den Umweltschutz und andere Bereiche im Einklang mit der US-Wirtschaftspolitik festlege.

Außerdem wollen die ASEAN-Länder sich nicht von China abkoppeln. Die bestehende Zusammenarbeit mit China hat den Ländern des indopazifischen Raums wirtschaftliche Vorteile gebracht. China steht an der Spitze der umfassenden Freihandelsbemühungen in Asien, insbesondere mit der Realisierung des RCEP, während das IPEF den asiatischen Volkswirtschaften kaum greifbare wirtschaftliche Vorteile bietet, wie z.B. die Öffnung eines größeren Teils des US-Marktes für die asiatischen Unternehmen.

Das IPEF enthält keine Bestimmungen über den Marktzugang oder die Senkung von Zöllen, und es fehlt an Handelsanreizen, die die Länder der Region wünschen. Rechtlich ist das IPEF kein Freihandelsabkommen, sondern nur eine Initiative der US-Exekutive zur Aushandlung von Standards und Regeln in der Region.

Aus geostrategischen Gründen kann die Initiative aber erfolgreich sein. Die Länder des indopazifischen Raums sind stets auf der Suche nach gewinnbringenden Möglichkeiten und würden es jederzeit vorziehen, wenn die Großmächte in einem wirtschaftlichen Wettbewerb miteinander konkurrieren, anstatt sich mit Sicherheitsproblemen auseinanderzusetzen. Zwar haben viele von ihnen Streitigkeiten mit China und schätzen die Unterstützung der USA für den Aufbau ihrer Verteidigungskapazitäten, doch fürchten sie, ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren, wenn sich der Wettbewerb der Großmächte verschärft und ihre Heimatregion zum Schlachtfeld wird. Daher vermeiden sie es, Partei zu ergreifen, und begrüßen Initiativen, bei denen alle Partner gewinnen können. Das IPEF könnte daher eine akzeptierte Ergänzung des sich überschneidenden Geflechts internationaler Wirtschaftsbeziehungen in der Region sein.

Rolle der EU im asiatisch-pazifischen Raum

Die Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum werfen die Frage auf, wie die EU darauf geo- und wirtschaftspolitisch reagieren sollte. Das RCEP-Abkommen kann negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen haben und wird möglicherweise auch die ausländischen Direktinvestitionsströme in die RCEP-Mitgliedstaaten beeinflussen. Außerdem kann es die Bedeutung von EU-Standards bei der Festlegung von Normen im internationalen Handel verringern. Unabhängig davon ist die sicherheitspolitische Entwicklung im Verhältnis von China zu den USA und der EU unklar und unberechenbar.

Die EU hat bilaterale Freihandelsabkommen mit vier RCEP-Mitgliedstaaten: Japan, Südkorea, Singapur und Vietnam. Sie verhandelt derzeit auch über Freihandelsabkommen mit drei weiteren Mitgliedern, nämlich Australien, Neuseeland und Indonesien. Diese bilateralen Freihandelsabkommen reichen jedoch nicht aus, um den Einfluss der EU in der asiatisch-pazifischen Region zu festigen. Die im letzten Jahr von der EU propagierte zukünftige globale Handelspolitik legt den Schwerpunkt auf die Stärkung der multilateralen Welthandelsorganisation und der transatlantischen Beziehungen. Der Multilateralismus schwächelt derzeit, eine Stärkung nur durch die EU ist nicht möglich und daher sollte die EU über Alternativen nachdenken. Provokativ stelle sich die Frage: Sollte die EU nicht so wie Großbritannien dem CPTPP beitreten?

Mit einem BIP, das derzeit noch größer ist als das Chinas, ist die EU in der Lage, dem CPTPP eine globale Bedeutung zu vermitteln, die es ohne die Beteiligung der USA ansonsten nicht bekommen wird. Da sowohl die Mitglieder des CPTPP als auch die EU im Rahmen von Freihandelsabkommen den Sozial- und Umweltschutzstandards große Bedeutung beimessen, passen die potenziellen Partner auch von den Werten her gut zusammen. Voraussichtlich wird das Vereinigte Königreich bald schon Mitglied des CPTPP sein; die neue Premierministerin ist eine Verfechterin des Beitritts. Wäre die EU auch Mitglied, könnten die Europäer an einem globalen Netz knüpfen. Die schon bestehenden bzw. in Verhandlung befindlichen bilateralen Abkommen zwischen der EU und einzelnen CPTPP-Staaten sind kein Ersatz für die Mitgliedschaft in der CPTPP.

Die EU ist als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet worden und sollte angesichts der veränderten globalen Entwicklung die Chancen der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht nur in der Welthandelsorganisation, sondern auch in neuen institutionellen Formen suchen. Die EU hat die Gelegenheit, als Akteur im asiatisch-pazifischen Raum mitzuwirken. Verpasst die EU diese Chance, besteht die Gefahr, nur noch Zeuge wirtschaftlicher und geopolitischer Machtverschiebungen zu werden?

Quellen und weiterführende Hinweise:

Dieter, Die asiatische Freihandelszone RCEP, SWP-Aktuell 2020/A 97, doi:10.18449/2020A97: www.swp-berlin.org/publikation/rcep-countries-create-asia-pacific-free-trade-zone

Frenkel/Ngo, Das RCEP-Abkommen und dessen Bedeutung für die EU, Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 2021, Heft 6, S. 432-438 · JEL: F02, F15, F53: www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/6/beitrag/das-rcep-abkommen-und-dessen-bedeutung-fuer-die-eu.html

Der Text des RCEP-Abkommens ist unter <https://rcepsec.org/legal-text/> einsehbar. Die Ursprungsregeln finden sich in Kapitel 3 und den dazugehörigen Anhängen 3A (Produktspezifische Regeln) und 3B (Minimalanforderungen an Informationen auf einem Ursprungsnachweis).

Der Text des CPTPP ist verlinkt u.a. auf der Website der Regierung von Neuseeland: www.mfat.govt.nz/en/trade/free-trade-agreements/free-trade-agreements-in-force/cptpp/comprehensive-and-progressive-agreement-for-trans-pacific-partnership-text-and-resources

Zum IPEF gibt es ein Fact Sheet des The White House, vom 23.5.2022: www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/05/23/fact-sheet-in-asia-president-biden-and-a-dozen-indo-pacific-partners-launch-the-indo-pacific-economic-framework-for-prosperity

Regional Free Trade Agreements in the Asia-Pacific

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang
Universität Münster

The following contribution deals with free trade agreements (FTAs) in the Asia-Pacific region. Europeans regard FTAs, preferential agreements or economic partnership agreements primarily from the perspective of the European Union (EU). This is understandable as the EU has concluded over 40 such agreements and is the 'world champion' in this respect. However, these agreements are usually only bilateral agreements, e.g. with Japan, South Korea, Canada or the UK. With the exception of the Pan-Euro-Med zone, the EU has not created any regional agreements, which combine several countries to form a large production zone and expanded sales market. The situation is different in the Asia-Pacific region where several mega-FTAs with regional impact have entered into force in recent years. Most notable are the Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) and the Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP). The USA is not a party to either of these regional agreements and is now trying to regain the influence it lost in the Asia-Pacific region during the Trump administration by means of the Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF). These developments raise the question of how the EU should respond in terms of its geopolitical and economic policy.

Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)

The treaties establishing the RCEP were signed on 15 November 2020 by China, Japan, South Korea, Australia, New Zealand and the ASEAN countries (i.e. Brunei Darussalam, Indonesia, Cambodia, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippines, Singapore, Thailand, Vietnam), creating the world's largest free trade area. This mega-FTA entered into force on 1



January 2022 after ratification by almost all members. The RCEP region accounts for almost 30% of the world's gross domestic product (GDP) and, with 2.2 billion people, almost 30% of the world's population. The RCEP aims to reduce tariffs, harmonise rules and set common standards. This will promote integration within the Asian economic area – under Chinese influence, according to critics!

The agreement consists of a preamble and 20 chapters, which include regulations on trade in goods, trade in services, intellectual property, customs procedures and trade facilitation, e-commerce and investment as well as uniform Rules of Origin. A large number of customs duties were abolished as soon as the agreement entered into force; customs duties are to be largely abolished within ten years. Customs procedures are to be simplified by advance rulings, information technology and other means.

The 20 chapters of the RCEP are as follows:

1. Objectives and general definitions
2. National treatment and market access for goods and phased tariff dismantling plans under RCEP
3. Rules of Origin and annex on product-specific Rules of Origin
4. Customs and trade facilitation
5. Sanitary and phytosanitary measures
6. Technical standards, technical regulations and conformity assessment procedures
7. Trade defence measures
8. Trade in services and attachments to financial and telecommunications services
9. Passenger transport
10. Investments
11. Protection of intellectual property
12. Digital commerce
13. Competition
14. Small- and medium-sized enterprises
15. Economic and technical cooperation
16. Public procurement
17. Exemptions
18. Institutional provisions
19. Dispute resolution
20. Final provisions

The RCEP does not contain chapters on environmental protection or workers' rights.

The standardisation of Rules of Origin is particularly important for the international trade in goods. The RCEP makes preferential trade conditional on origin: Goods originating in a member state can be imported into all other member states either duty-free or subject to preferential tariffs. Multilateral cumulation is possible from the outset, effectively turning the RCEP region into a single production zone.

The tariff reductions for goods of RCEP origin represent a significant competitive advantage over products from the US or EU. To counteract this, globally active EU companies could turn to 'glocalisation'. This term is a neologism developed in sociology and economics. It means the decentralisation of markets and value chains with a simultaneous intensification of cooperative systems: in other words 'think globally, act locally'. It means that transnational companies pursue a global strategy while considering local characteristics. This includes the diversification of brands, products, production sites, input materials and sales markets. For international business, it is about developing a global strategy while taking into account a variety of international frameworks and national regulations. Glocalisation means EU companies with a significant market share in RCEP countries (such as the automotive industry) can benefit from RCEP origin and preference schemes by procuring inputs and producing goods within the region for sale on the RCEP market. One should not forget that the Chinese market is enormously important for many German companies: In 2019, Volkswagen generated 40% and both BMW and Mercedes 30% of their global sales in China. Many companies already produce there to some extent and adapt their globally sold products to the Chinese market (e.g. vehicles with an extended wheelbase). This offers several advantages: For example, companies can access the market of the RCEP free trade zone; they can also target their production and decouple it from international developments to a greater extent. After all, the ongoing Corona pandemic has shown that making global production dependent on one location can lead to major bottlenecks. One could also argue that a 'glocal' economy is more sustainable and environmentally friendly since shorter transport routes reduce emissions.

Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP)

However, the RCEP is not the only mega-FTA in the Asia-Pacific region. The CPTPP, consists of Australia, Brunei Darussalam, Canada, Chile, Japan, Malaysia, Mexico, New Zealand, Peru, Singapore and Vietnam and has applied in most signatories since 2019. It was developed in response to the withdrawal of the US from the negotiations on the Trans-Pacific Partnership (TPP) in January 2017. CPTPP member states together account for 13.3% of global GDP, 6.7% of global population and 14.4% of global trade in 2020.

Several states are members of both RCEP and CPTPP, namely Australia, Brunei Darussalam, Japan, Malaysia, New Zealand, Singapore and Vietnam. The CPTPP covers trade in both services and goods and sets high standards for digital trade, intellectual prop-



erty, government procurement, competition law, anti-corruption, labour rights and environmental protection. In addition, the CPTPP removes non-tariff barriers to trade between member states.

The USA has so far not decided to re-join the group of CPTPP-states due mainly to political reasons at home. At present, the US government would not receive approval in Congress to join an FTA. The United Kingdom, on the other hand, applied to join the CPTPP immediately after leaving the EU and its negotiations are reportedly making good progress.

The RCEP underlines China's central importance as having by far the most powerful economy of all RCEP member states. On the other hand, the CPTPP (while not formally excluding China) attempts to limit Beijing's influence on trade and norm setting in the region. However, China's recently expressed interest in joining the CPTPP could derail this attempt.

Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)

Rather than re-join the CPTPP, the US has chosen to launch a new initiative as a means of reviving its Asia policy and countering China's growing influence. On 23 May 2022 in Japan, US President Joe Biden unveiled the IPEF, the new economic initiative in US relations with Asia. In contrast to the RCEP and CPTPP, this initiative is an attempt to reassert US economic and geopolitical interests in the Asia-Pacific region. It is the cornerstone of the Biden administration's strategy for economic engagement in Asia and is intended to counter China's influence in the region. With around 60% of the global population, the region is set to become the world's most important engine of economic growth within the next decade.

In addition to Japan and India, ten other countries have expressed their desire to join the US-directed IPEF: Australia, Brunei Darussalam, Indonesia, South Korea, Malaysia, New Zealand, the Philippines, Singapore, Thailand and Vietnam.

The contents of the framework comprises the following four areas, or 'pillars':

- **Trade:** Pursue fair trade with high standards for the digital economy, including standards for cross-border data flows. Partners are also expected to commit to strong labour and environmental standards as well as rules on corporate accountability for trade activities.
- **Supply chain resilience:** The framework aims to establish supply chain commitments that can better anticipate and prevent supply chain disruptions.
- **Clean economy:** Clean energy, decarbonisation and infrastructure commitments are sought.
- **Fighting corruption:** The IPEF will aim to enforce effective anti-tax, anti-money laundering and anti-bribery regimes to promote a fair economy.

By means of the IPEF, the US is attempting to dictate the rules and standards for digital technologies such as artificial intelligence and fifth generation telecommunications (5G). However, the rules for digital trade and technology, which the US wishes to promote, cannot be met by many countries in the region because of the supposedly high standards. Criticism is already voiced that the IPEF mainly serves US interests at the expense of countries in the region by setting higher thresholds for the digital economy, environmental protection and other areas in line with US economic policy.

Moreover, the ASEAN countries do not wish to disengage from China. The existing cooperation with China has brought economic benefits to the countries of the Indo-Pacific



region. China is at the forefront of comprehensive free trade efforts in Asia, especially with the creation of the RCEP, while the IPEF offers few tangible economic benefits to Asian economies – such as opening up a larger part of the US market to Asian businesses.

The IPEF contains no provisions on market access or tariff reduction and lacks the trade incentives desired by countries in the region. Legally, the IPEF is not an FTA but merely an initiative by the US executive to negotiate standards and rules in the region.

For geostrategic reasons, however, the initiative may prove successful. The Indo-Pacific countries are always on the lookout for profitable opportunities and would certainly prefer the major powers to compete economically rather than having to deal with security issues. While many of them have disputes with China and appreciate the support of the US in building their defence capabilities, they fear losing their ability to act if competition among the great powers intensifies and their home region becomes a battleground. Therefore, they avoid taking sides and welcome initiatives where all partners can win. Moreover, for the countries involved, the US is a far more important export market than China. The IPEF could therefore prove to be an acceptable extension to the overlapping web of international economic relations in the region.

The EU's Role in the Asia-Pacific Region

Developments in the Asia-Pacific region raise the question of how the EU should respond in terms of its geopolitical and economic policy. The RCEP agreement may negatively affect the competitiveness of European companies and affect the flow of foreign direct investment to RCEP members. It may also reduce the importance of EU standards in setting norms in international trade. In addition, developments in the security policy between China and the US and EU are unclear and unpredictable.

The EU has bilateral FTAs with four RCEP member states: Japan, South Korea, Singapore and Vietnam. It is also currently negotiating FTAs with three other members, namely Australia, New Zealand and Indonesia. However, these bilateral FTAs are not enough to consolidate the EU's influence in the Asia-Pacific region. The future global trade policy, as enunciated by the EU last year, underscores reinforcing the multilateral World Trade Organisation and transatlantic relations. However, multilateralism is in decline and cannot be reinvigorated by the EU alone. Accordingly, the EU should consider the alternatives. This raises the provocative question: Should EU follow the UK's lead and join the CPTPP?

With a GDP that is currently even larger than China's, the EU is in a position to give the CPTPP a global significance that it would not otherwise achieve without the participation of the US. Considering that both the EU and CPTPP members attach great importance to social and environmental standards in FTAs, they would largely share the same values. Since its new Prime Minister is in favour of accession, the UK is likely to join the

CPTPP in the near future. If the EU were also a member, the Europeans could tie into a global network. The existing or prospective bilateral agreements between the EU and individual CPTPP states are no substitute for membership of the CPTPP.

The EU was founded as an economic community and, in the face of changing global developments, it should seek opportunities for global economic cooperation both in the WTO and new institutional bodies. The EU must seize this opportunity to become a player in the Asia-Pacific region – otherwise, it risks being nothing more than a bystander to economic and geopolitical power shifts.

Sources and further references:

Dieter, The Asian Free Trade Area RCEP, SWP-News 2020/A 97, doi:10.18449/2020A97: www.swp-berlin.org/publikation/rcep-countries-create-asia-pacific-free-trade-zone

Frenkel/Ngo, Das RCEP-Abkommen und dessen Bedeutung für die EU, Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 2021, Heft 6, S. 432-438 – JEL: F02, F15, F53: www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/6/beitrag/das-rcep-abkommen-und-dessen-bedeutung-fuer-die-eu.html

The text of the RCEP agreement can be found at <https://rcepsec.org/legal-text>. The Rules of Origin can be found in Chapter 3 and the associated Annexes 3A (Product Specific Rules) and 3B (Minimum Requirements for Information on a Proof of Origin).

The text of the CPTPP is linked on the homepage of the New Zealand government, among others: www.mfat.govt.nz/en/trade/free-trade-agreements/free-trade-agreements-in-force/cptpp/comprehensive-and-progressive-agreement-for-trans-pacific-partnership-text-and-resources

There is a fact sheet on the IPEF from The White House, dated 23 May 2022: www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/05/23/fact-sheet-in-asia-president-biden-and-a-dozen-indo-pacific-partners-launch-the-indo-pacific-economic-framework-for-prosperity

Regional Free Trade Agreements – Latin America

Eva Carballeira

Deputy Head of Unit Latin America, Generaldirektorat (GD) Handel,
EU-Kommission, Brüssel, Belgien

'And when we thought we had all the answers, they've suddenly changed all the questions'

(Benedetti)

There are three ideas that I want to convey during my intervention:

- Latin America is a strategic partner of the EU, historically and culturally linked to us and like-minded.
- Trade agreements are the foundation of our relationship and regulate and facilitate trade to the benefit of both regions and global and sustainable growth.
- The EU-MERCOSUR agreement is of strategic importance for the EU, an opportunity not to be missed.

Latin America as Strategic Partner in a Challenging Geopolitical Context

At this time of geopolitical mayhem, the EU needs to redouble its efforts to strengthen strategic partnerships, in particular with countries and regions that share its values.

The EU has a clear interest in stepping up its engagement with the region, which is key to its global ambitions. The COVID-19 crisis and the war in Ukraine have had (and continue to have) a devastating impact on our economies and disrupted our supply chains. In particular, as Russia's war of aggression against Ukraine affects global value chains and commodity prices, it will be important to support vulnerable countries in Latin America and the Caribbean (LAC), while the region will grow in importance as a major food and feed producer and exporter of raw materials.

Latin America plays a pivotal role in global food production as LAC accounts for 14% of global agricultural production and 22% of global agriculture and fisheries exports, whether it is coffee from Brazil and Colombia, beef from Argentina or bananas and tuna fish from Ecuador. Commodities represent 59% of the total value of LAC countries exports to the EU. Rich in raw materials such as lithium that are needed to drive EU transition towards a climate neutral economy, Latin America is also a major importer of agricultural products, accounting for 6% of global agri-food imports.

Latin America can contribute to the sustainability, diversification and resilience of EU supply chains and circular economy approaches, and we can help Latin American countries integrate into global (high) value chains.

The EU remains the key investor in the region¹⁾ and its third external trading partner. With a total of EUR 196 billion, the EU accounts for 12% of LA trade in goods. Overall trade balance is positive for the EU. EU agreements currently in application cover 51.1% of the Latin American GDP and 58.6% of total bilateral trade. An estimated 1.9 mio. jobs in the EU are supported by exports to Latin America.

However, a word of caution, China surpassed the EU in 2017 and has dramatically increased its presence and influence, increasing trade 26 fold since 2000 and overtaking the US in some countries. It has rolled out its Belt and Road initiative, which now includes 21 LAC countries.

Trade Agreements are the Foundation of our Relation

Our prosperity is based on openness. We need to remain open and engaged in the international sphere to achieve our objectives (combat climate change, sustainability and resilience of supply chain). And we need to do so despite the fear regarding the impact of globalisation and technological change.

EU has agreements with almost all countries in the region (Andeans, Central America, Mexico and Chile) – MERCOSUR, Venezuela, Cuba and Bolivia are missing. The Commission concluded negotiations on the trade and political pillar of MERCOSUR but also the modernisation of the EU-Mexico and EU-Chile comprehensive agreements. It is important to finalise those agreements before the end of this Commission and give impetus to the relation with the region (EU as credible partner).

EU market shares in Latin America have decreased from 17% to 11% over the approximate past 25 years, primarily to the benefit of China. However, it also shows that EU market shares have held up much better in countries with which there are FTAs in place (a reduction in market share from 10% to 8%), compared to non-FTA countries in the region (a fall in market share from 35% to 18%).

EU FTAs have increased EU market shares in the region by 2.3 percentage points, or about 30% (simple averages), excluding the EU-MERCOSUR agreement. The latter would increase EU market shares in MERCOSUR by 8 – 9 percentage points, or about 70%. Given the bloc's weight in EU exports to the region, finalising and applying the agreement would be significant for the EU to maintain and safeguard its position in Latin America.

Moreover, trade agreements are a useful tool to promote high labour and environmental standards. Supporting the green transition is the number one priority of this Commission and it is clear that trade must contribute. We already have many tools in place but certainly more will be needed.

1) With EUR 658 billion in stocks (EU27), more than doubling over the last decade and representing more than EU FDI stocks in China, India and Russia combined.

Just on Wednesday this week, the Commission took a major step to make EU trade agreements 'greener' and help renew the consensus around trade with the Communication on 'The power of trade partnerships: together for green and just economic growth'. The Communication:

- improves the way we partner with our partners to promote high labour and environmental standards;
- calls for stronger involvement on the implementation of trade and sustainable development chapters of all EU institutions and Member States but also civil society and
- proposes more effective enforcement of sustainability provisions in trade agreements with the possibility to apply trade sanctions as a last resort.

Moreover, the Commission has also proposed a number of autonomous measures to pursue sustainability objectives and fight against deforestation, promote due diligence of EU companies and apply a carbon adjustment at the border, inter alia. These measures, which by the way would apply to all trade – not just preferential trade – are still being discussed by the co-legislators (Council and European Parliament).

Sustainability is close to the heart of our trade policy as announced last year by the Commission's new trade strategy (Trade Policy Review).

MERCOSUR – A Sea of Opportunities

Politically concluded since 2019, the Commission is still finalising the last technical aspects of the text, but more crucial the Commission is working on a sustainability instrument to address concerns expressed by several constituencies (mainly deforestation in the Amazon) without reopening the balanced outcome under the agreement.

This agreement is the largest deal ever concluded by the EU (four times EU-Japan, eight times EU-Canada i.e. CETA) with four billion in annual tariff savings. MERCOSUR is the fifth biggest economy outside the EU, an untapped market of over 260 mio. consumers and one of the most protected in the world.

- good for EU producers: The deal provides EU producers with many new export opportunities.
 - MERCOSUR countries will remove high duties on industrial products, such as cars (taxed today at 35%), car parts (taxed at up to 18%), machinery (up to 20%), chemicals (up to 18%), clothing, shoes and textiles (up to 35%) and pharmaceuticals (up to 14%). The potential of these concessions is considerable and will unlock an untapped potential.
- also farmers: The agreement is not a 'cars for cows' deal but is a great opportunity for European farmers.
 - It removes MERCOSUR tariffs on EU agricultural goods such as olive oil (currently 10%), cheese (28%), wine (27%) or chocolate (20%).

- It also protects about 350 traditional EU products from imitation and unfair competition in MERCOSUR countries by securing the protection of Geographical Indications (on products like Comté, Prosciutto di Parma, Polska Wódka, Tokaji, etc.).
- Investment: The EU is already the main investor in MERCOSUR but the agreement will open up new investment opportunities for EU firms. It will address many significant barriers for EU companies.
- Jobs: The agreement represents a huge potential for job creation: EU exports to MERCOSUR already support 725 000 jobs. This figure is expected to increase with this deal.

Mitigating losses due to Russia's invasion of Ukraine

If ratified, the EU-MERCOSUR agreement would open up opportunities, which could partly compensate for the loss of the Russian and Ukrainian markets.

- Machinery and equipment, motor vehicles and parts, chemicals and pharmaceuticals, textile and garments and beverages are key economic sectors of EU exports to Russia. Brazil is also a large buyer of these EU products (48% of all EU exports to Brazil). Due to the high tariffs applied, and the complex non-tariff barriers in place, these sectors have a strong potential for expansion.
- Brazil is a potential source of nickel (30% EU imports from Russia), with the third largest nickel reserves in the world and can replace the losses of Russian nickel. Chile and Argentina are also important nickel producers.
- Argentina is an alternative supplier of wheat and maize to the EU, agri commodities currently imported from Russia and Ukraine.

Evidence shows trade agreements benefit the EU and are an engine for prosperity and growth. MERCOSUR is a great opportunity not to be missed, all the more in the current geopolitical context where the EU needs strategic partners to pursue XXI challenges.

If the EU does not seize the opportunity now, it may lose a once in a generation chance to be a player in this region. China will fill the vacuum, since 2017 China has become the leading trading partner of MERCOSUR, overtaking the EU.

For this, support for the agreement is needed in Europe. Support is also needed for the pending modernisations of the Mexico and Chile agreements. The involvement of the business community is essential but also civil society needs to understand that disengagement is not the solution but part of the problem.

African Continental Free Trade Area (AfCFTA) – Overview from a South African Perspective

Coffet Lebepe

**Lead, Product and Process: Customs & Excise, South African Revenue Service,
Pretoria, Südafrika**

African Integration Objectives

- African integration is a longstanding continental objective.
- Integration is seen as essential to overcome the limitations of small fragmented economies established under colonialism.
- SA takes a Developmental Integration approach, viz.: market integration with infra-structural development and industrial policy cooperation to foster regional value chains.
- recognition that the major barrier to intra-regional trade is not the tariffs, but constraints in the real economy that include underdeveloped production structures and inadequate infrastructure

State of Intra-African Trade

Africa's share of world trade is estimated at 3%. Intra-African trade stands between 16% and 18% compared to intra-Asian trade at 52%, intra-North American trade at 50% and intra-EU trade at 70%.

Although Intra-African trade is low:

- Africa's exports to the rest of the world is dominated by commodities – oil, minerals etc.;
- Africa is by far the second most important export market for most African countries behind Europe;
- seven African countries count Africa as their main export market and 25 count it as their second most important market;
- over three quarters of intra-African trade take place within regional trading blocs and
- intra-African trade is largely in value-added manufactured products.

Strategic Importance of AfCFTA and Africa to South Africa

Africa is a strategic and important market for SA. SA's major export destinations are: the rest of Africa, the EU and China, which account for almost 62% of SA's total merchandise exports. The African market was a destination for 26.3% of SA's exports in 2018. In 2019, SA's 55.6% of exports to Africa were manufactured products.

SADC is the most significant African trading bloc for SA's exports and imports and accounts for more than 70% of all SA's exports to Africa. Key markets in SADC are Botswana, Namibia, Mozambique, Zambia and Zimbabwe.

Benefits of the AfCFTA

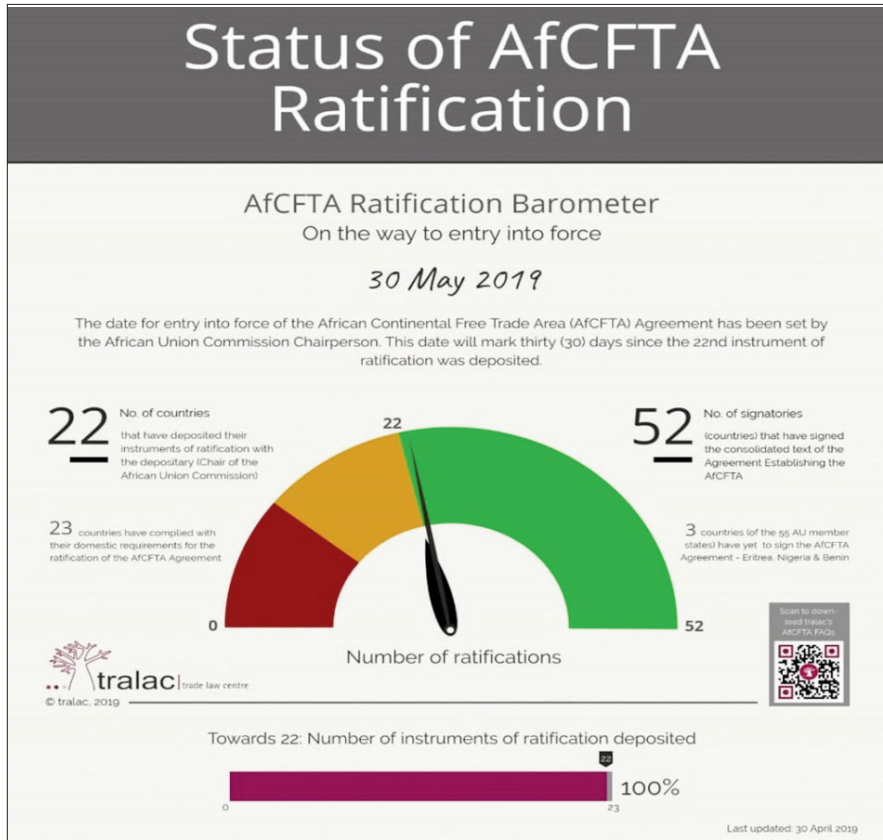
- Comprehensive Trade Agreement – facilitate and enhance intra-African trade through:
 - progressive elimination of tariffs
 - rules to manage non-tariff barriers
 - facilitating cooperation on customs, trade facilitation and transit
 - enhanced cooperation on technical barriers to trade and sanitary and phytosanitary measures
- enhance legal certainty and predictability of market access
- establish due process in resolution of trade disputes
- can stimulate Africa's industrial development and employment
- can enhance investor climate in Africa
- new market access opportunities

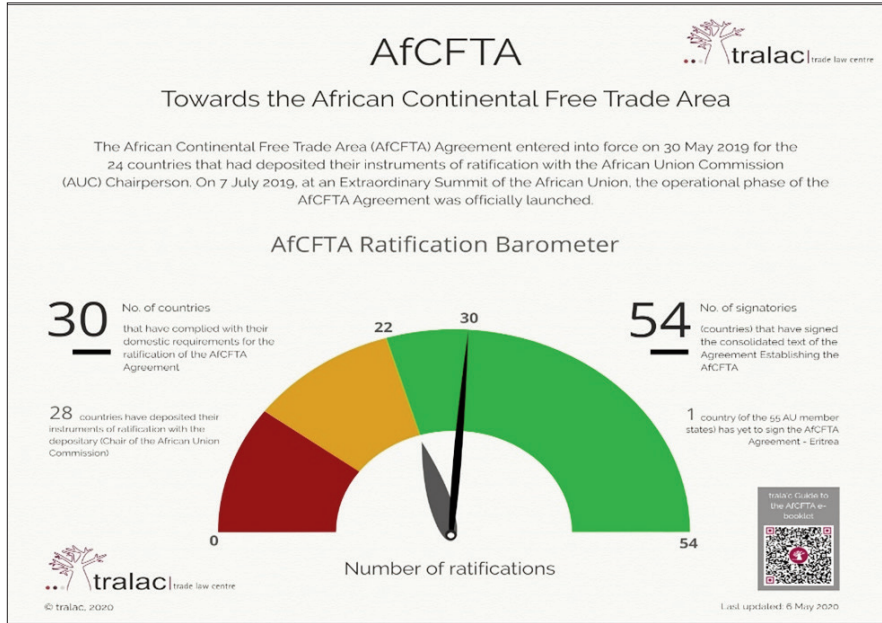
Key Features of the AfCFTA

- The AfCFTA sets out a framework for tariff liberalisation across Africa, the harmonisation trade related rules to encourage greater flows of intra-African trade.
- Critically, it preserves current sub-regional arrangements such as SADC as building blocs.
- The AfCFTA involves negotiations amongst members/regions without existing preferential arrangements in place.
- reciprocity, but also variable pace for liberalisation to take into account different levels of economic development across the continent

Progress in the Establishment of the AfCFTA

The African Union (AU) launched the AfCFTA negotiations at 25th Summit on 15 June 2015 in Johannesburg. The AU Heads of State (HoS) adopted the legal instruments establishing the AfCFTA at the Summit on 21 March 2018 in Kigali. The Extra-Ordinary Summit on 5 December 2021 operationalised the start of trade under AfCFTA preferences. 54 out of the 55 AU members signed (except Eritrea). 36 countries ratified the AfCFTA (as of 5 February 2021).





Legal Architecture agreed

- Agreement establishing the AfCFTA: Main Agreement for Trade in Goods; Protocols, Annexes and Appendices
- Protocol on Trade in Services
- Protocol on Rules and Procedures for Settlement of Disputes
- Phase II negotiations will cover Competition, Intellectual Property, Investment and Digital Trade.
- Agreement establishes a Secretariat (in Ghana, headed by a South African)

Operationalising preferences requires finalising agreement on tariff offers and accompanying Rules of Origin (RoO). A three months intensive work programme to finalise this work by 1 July 2020 was agreed at the Summit in February 2020, but disrupted by the pandemic in March 2020. The May 2020 Summit was postponed to 5 December and the HoS decided to operationalise AfCFTA preferential trade by 1 January 2021. Negotiations effectively restarted in September 2020, with SA chairing the meetings. There was intensive process leading to the 5 December 2020 Summit.

Decision of the 2020 Summit – Implementation of the AfCFTA

- December Summit Decision took into account that AU Members were at different stages of readiness to operationalise preferential trade:
 - not all had ratified, submitted tariff offers; and not all RoO were agreed.
 - however, ratifications were continuing and RoO negotiations were proceeding and members were preparing offers.
 - managed to agree on 81% of all RoO that determine how much of the value of the goods traded under preferences could be 'Made in Africa'.
 - critical to encourage a move up the value chain and ensuring more of the benefits of integration accrue to African producers, not to third parties.
- number of offers was still low but started to arrive in larger numbers around the time of the Summit

Current Status and Next Steps

Current Status

- However, still not all member states (MS) have ratified the Agreement. As of September 2021, 39 countries out of 54 ratified the AfCFTA.
- Operationalising preferences requires finalising agreement on tariff offers and accompanying RoO. These negotiations have several areas of non-movement, clothing and textiles, auto motives, edible oils.
- prioritisation of submission and finalisation of 90% tariff lines for liberalisation (phase down). 7% sensitive products to be liberalised over a longer period. 3% exclusion list.
- Status of tariff offers: to date, total of 42 offers from ten individual MS and four Customs Unions, namely SACU, CEMAC, ECOWAS and EAC, submitted combined initial offers.
- conclusion and finalisation of outstanding negotiations on RoO
- as of October 2021, 87.8% of tariff lines (89 HS6 lines with agreed RoO)
- products/chapters still outstanding: sugar, clothing and textiles, edible oils and automobiles
- conclusion and finalisation of services negotiations in the five priority services sectors (Business, Communication, Financial, Tourism and Transport)
- By October 2021, 43 MS have submitted services initial offers. 15 individual MS and 28 from three RECs, namely ECOWAS, EAC and CEMAC, who have submitted combined offers respectively.

Next Steps

- finalisation and adoption of offers/schedules on 90% level of ambition expected by end of 2021
- market access opportunities for SA business will be confirmed (products/industries and treatment of goods)
- variable geometry – market access in State Parties that have finalised tariff offers
- remaining 7% and 3% to be confirmed in early 2022
- conclusion of services negotiations on five priority sectors
- challenges in AfCFTA negotiations – e.g. implementation readiness, impact of COVID-19

SARS Readiness

- SARS trained officials at the Customs and Excise Branches dealing with RoO.
- AfCFTA workshops were held virtually with stakeholders to socialise and sensitise trading community about agreement.
- Registration to trade under the AfCFTA is open and can be done digitally on the Registration, Licencing and Accreditation System.
- AfCFTA Certificates of Origin have been printed and distributed to Customs and Excise Branches.
- SARS will make the necessary legislative amendments to the Customs and Excise Act No 91 as amended as soon as negotiations are concluded.
- SARS will hold technical workshops with stakeholders once all outstanding matters have been concluded.

Regional Free Trade Agreements and their Implications on International Trade

Lesley Batchelor OBE

Trade Expert, exportbootcamps.com, Vereinigtes Königreich

Short status on Trade Agreements; focus on ESG aspects in regional FTAs (sustainability, women ...)

- Trade Agreements in the UK are changing and the need for education on this topic is becoming increasingly obvious to those who understand the implications of trade agreements.
- JIT Shipping arrivals become relevant as JIT manufacturing is less so
- Digital delivery – trade facilitation – English Law Reforms to enable documents of title to be transferred electronically impacting around 30% of the world's legal systems

Where are we 2021 – ITC Figures

- 60% micro and small businesses have been strongly affected by the pandemic
- 25% risked shutting down permanently
- businesses most affected were run by women and young people
- MSMEs are the backbone of global production system, they equate to 99% of firms, 70% of global jobs and 50%+ of global value added.
- It makes sense that global growth will come from this business group so they need support.

Trade and Cooperation Agreement

- The UK and EU agreed a Trade and Cooperation Agreement (TCA) on 24 December 2020. It establishes arrangements for future co-operation across a range of areas including trade, aviation, road haulage, fisheries, police and security, health insurance and continued UK participation in some EU programmes.
- The Northern Irish Protocol Agreement was part of this overarching Trade and Cooperation Agreement. It carries provision for amending and for issues of 'grave and immediate peril' that can be sorted arbitrarily or if needed Art. 16 can be triggered.
- This is a safeguard clause within the Northern Ireland Protocol that allows either party to take unilateral 'strictly necessary' measures if applying the protocol 'leads

to serious economic, societal or environmental difficulties that are liable to persist, or to diversion of trade’.

- Neither has happened but the UK government published a FCDO paper entitled NI Protocol: The UKs Solution 13 June 2022 Green and Red Channels?
- Let’s start by saying this is what we signed and agreed, indeed some areas such as the Common Travel Area and North-South Cooperation are operating well.

Brexit facts and stats

- ONS analysis showing that EU migration has fallen by 6% (171 000) but been more than made up by non-EU to UK by 9% (186 300) migration: www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/populationandmigration/internationalmigration/articles/changesinpayrollemploymentsheldbynonuknationalsduringthecoronaviruscovid19pandemicandeuexitperiods/2022-03-01
- Centre for European Reform analysis unpicking Brexit from COVID: www.cer.eu/publications/archive/policy-brief/2022/cost-brexit-so-far
- ONS data looking to unpick the impact of Brexit and COVID on UK trade: www.ons.gov.uk/businessindustryandtrade/internationaltrade/articles/theimpactsofeuexitandthecoronavirusonuktradeingoods/2021-05-25
- London and NI economies back above pre-COVID levels: www.ft.com/content/296a0c59-4b54-42e0-a37e-6f389880f582
- LSE paper looking at, among other things, reduced variation in UK exports as measured by tariff lines (which suggests that small UK businesses – which previously occupied niches – have stopped exporting to the EU): <https://cep.lse.ac.uk/pubs/download/dp1847.pdf>
- CPB policy analysis on global trade trends shows UK exports not keeping pace with the rest of the world post COVID. It’s most fun to play with the trade data using this tool: www.cpb.nl/en

Issues that UK businesses have faced since 1 January 2021

1. EORI Numbers EU, GB and XI (Northern Irish)
2. HS Code UK Global Tariff and NI Tariffs
3. Customs Declarations – transfer of legacy CHIEF system
New systems GVMS (Good Vehicle Movement System), NCTS (New Computerised Transit System), TSS (Trader Support Service NI) Easements and deferments, Introduction Notices and Postponements, SPS Licences.
4. Rules of Origin – cumulation?
5. VAT Changes

6. Sanitary and Phytosanitary Certificates
7. Strategic Controls and Licences
8. Approvals and CE-Marking New CA Marking scheme postponed
9. Incoterms® 2020
10. Northern Ireland – Protocol Issues – Uncertainties around the WITHDRAWAL AGREEMENT?

ESG – Environment, Sustainability, Governance and Women (Gender Balance) in trade

1. using trade as an incentive to deliver on environmental goals
For example, making access to the benefits of a trade agreement conditional on a country abiding by specific environmental rules. The trade benefits are the carrot.
2. liberalising trade in environmental beneficial goods and services
Examples of this: Removing tariffs on wind turbines, making it easier for solar panel engineers to work all over the world. Could also include constraints on fossil fuel subsidies.
3. environmental policies that have a direct or indirect impact on trade
Think renewable energy schemes that include local content requirements or plans to phase out palm oil-based fuels or even the EU's proposed carbon-border adjustment mechanism.
4. the climate impact of trade
 - Shipping, driving and flying things all over the world requires burning fossil fuels, which is bad. Right?
 - Globalisation vs protectionism?
 - Time for JIT Shipping Arrivals?
5. the trade impact of climate change
 - Climate change will increase the frequency and magnitude of extreme weather events which will in turn disrupt global supply chains.
 - Trade Resilience

Impacts on Women

- And because women buy more imported goods, they carry a higher share of the tariff burden. This is a global issue. Worldwide, the export costs that women face are, on average, higher than those faced by men. Like so many other forms of trade-linked gender imbalances, so-called 'pink tariffs' are real.

- As the green shoots of post-pandemic recovery begin to appear, the world has a golden opportunity to eliminate the structural causes underpinning gender inequality by crafting equitable and targeted trade agreements that empower women. After all, the more economically equipped women are, the stronger – and more equitable – our recovery is likely to be.

What do Manufacturers say in the UK?

- They feel the goalposts are constantly moving ...
- Still waiting for crucial government guidance on business such as import controls, marking, product testing and how EU innovation funding will be replaced
- **Horizon Europe is the EU's key funding programme for research and innovation with a budget of EUR 95.5 billion.** It tackles climate change, helps to achieve the UN's Sustainable Development Goals and boosts the EU's competitiveness and growth. How will the UK replace this vital resource – knowledge sharing is vital to growth?

Summary status of UK-EU – Trade & Cooperation Agreement

- 521 UK Government Dept International Trade staff have direct responsibility for trade negotiations
- CPTPP – preparations – note that many of these countries have separate Trade Agreements with the UK already
- signed Australia and New Zealand
- Singapore Digital Economy Agreement
- roll over agreements around 64 countries – some waiting for further ratification or negotiations
- US Trade uses a process of mutual recognition which is unlikely to change unless a suitable solution is found for Northern Ireland.
- National Audit report suggests 0% – 0.16% of annual GDP range of projected long-term economic benefits for secured and proposed free trade agreements with Japan, Australia, New Zealand and the US, equivalent to GBP 0 – GBP 3.4 billion

Environmental Goods and Services

Indre Vaicekauskaitė
GD Handel, EU-Kommission, Brüssel, Belgien

Steps Leading to the Launch of EGA

- WTO DDA Ministerial Declaration: 2001
Para 31(iii): 'the reduction or, as appropriate, elimination of tariff and non-tariff barriers to environmental goods and services.'
- Asia Pacific Economic Cooperation (APEC): 2012
- Davos World Economic Forum statement: 24 January 2014
- Launch of the Environmental Goods Agreement negotiations: July 2014

Environmental Goods Agreement (EGA)

- **Objective:** enhance trade in environmental goods and technologies contributing to environmental protection, in particular to combatting climate change, to accelerate uptake of environmental technologies
- **Members:** EU, US, China, Australia, Canada, New Zealand, Switzerland, Norway, Korea, Israel, Iceland, Liechtenstein, Japan, Chinese Taipei, Hong Kong China, Singapore, Costa Rica, Turkey

Key Elements

1. Full elimination of tariffs
2. 'Living agreement'
 - revision clause to update product list (technology changes)
 - address other issues in the sector (NTBs, services) through a work programme
3. MFN-based agreement once critical mass achieved

What is an Environmental Good?

- no definition, exchange of lists
 - product nominations: 650 products at HS six-digit level
 - Chair's lists: narrowing down the list based on environmental credentials and trade aspects to 303 products at HS six-digit level

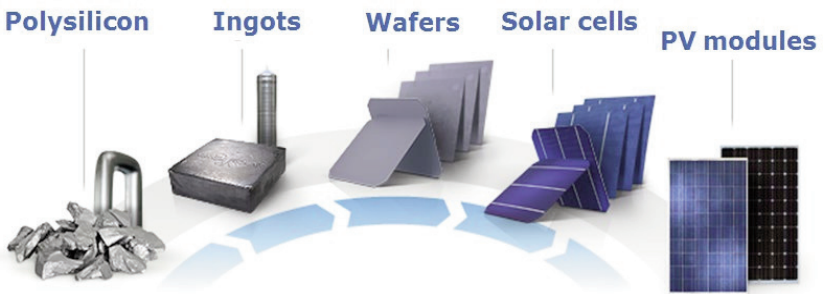
- common principles:
 - focus on environmental end-use (no international methodology for Life Cycle Analysis)
 - contributing to multiple environmental categories
 - part of a system (e.g. waste management chain)
 - main product and its parts
 - complementary to APEC list
 - industrial goods with major focus on industrial applications, a few consumer goods

Environmental Categories

Input from **international experts** (international organisations, national agencies, industry, business associations, NGOs, etc.):

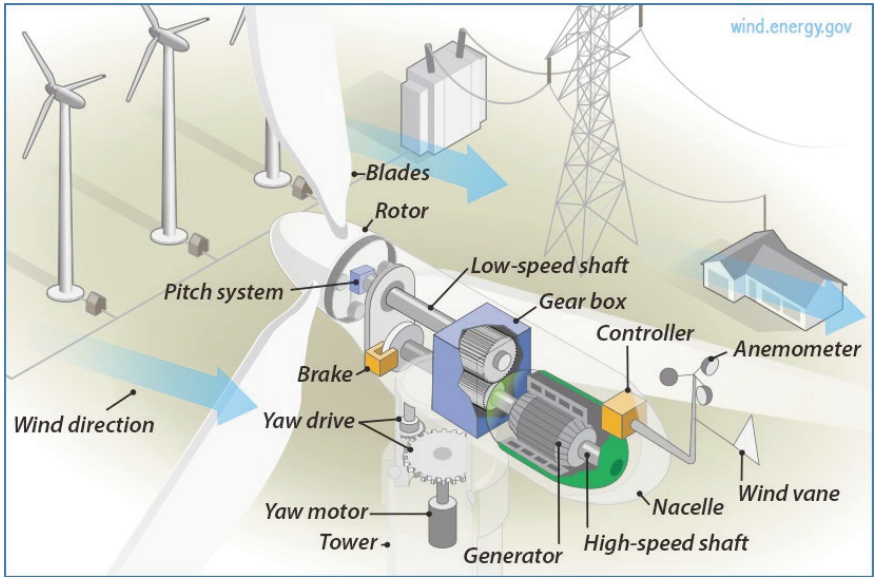
- solid and hazardous waste management
- air pollution control
- water waste management and water treatment
- cleaner and renewable energy (solar, wind, biomass, hydro, etc.)
- energy efficient products
- resource efficient products and technologies
- noise and vibration abatement
- clean-up or remediation of soil and water
- environmental monitoring and analysis
- environmentally preferable products

Solar Technologies



Solar panels, dye solar cells, concentrated solar system

Components of a Wind Turbine (blades, gearboxes, shafts, ball bearings)



Hydro Energy

HS 8410.11, 8410.12, 8410.13, 8410.90
Hydraulic turbines and parts



Waste Management



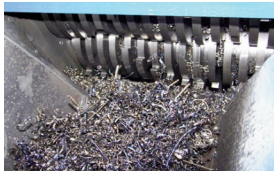
HS 392510
waste containers



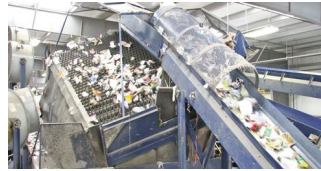
HS 8505.90
magnetic pulley



HS 8428.33
waste conveyors



HS 8462.91
shredders, balers,
compactors for waste
metals



HS 8474.10, HS 8474.39, HS
8474.90
machinery for sorting, washing
mineral substances, and parts



HS 8428.90
material handler

Challenges

- identification of environmental goods: multiple use, classification in HS system ('ex-outs') and how to implement it at a border, regulatory aspects
- environmental vs. commercial interests and sensitivities
- critical mass and free riders
- staging



Vacuum cleaner



Bamboo



Waterless urinals

- The 18th technical round took place on 28 November – 1 December 2018 in Geneva.
- The Ministerial that took place in Geneva on 3 – 4 December 2016 did not result in agreement.

EGA is on Pause: How is the Future Looking?

Leading to MC12 – 15 December 2021

- The trade and environmental sustainability structured discussions
- The plastics pollution and sustainable plastics trade initiative
- The fossil fuel subsidy reform

The Trade and Environmental Sustainability Structured Discussions

Workstreams

- trade related climate measures
- environmental goods and services
- circular economy
- subsidies

74 signatories

Albania, Australia, Bahrain, Brazil, Canada, Cape Verde, Chad, Chile, China, Chinese Taipei, Colombia, Costa Rica, Ecuador, EU27, Fiji, the Gambia, Honduras, Hong Kong China, Iceland, Israel, Japan, Kazakhstan, Korea, Liechtenstein, Macao China, Maldives, Mexico, Moldova, Montenegro, New Zealand, North Macedonia, Norway, Panama, Russia, Saudi Arabia, Senegal, Singapore, Suriname, Switzerland, Tajikistan, Turkey, Ukraine, United Arab Emirates, United Kingdom, United States, Uruguay, Vanuatu

TESSD language

'Explore opportunities and possible approaches for promoting and facilitating trade in environmental goods and services to meet environmental and climate goals, including through addressing supply chain, technical and regulatory elements'.

EU approach

- staged approach – with focus on one objective first
- scope-tariffs, services, NTBs, regulatory aspects and product production methods
- inclusivity – particularly developing and least developed members

The Plastics Pollution and Sustainable Plastics Trade Initiative

Workstreams

- cross-cutting issues (e.g. transparency, technical assistance)
- promoting trade to tackle plastic pollution (e.g. waste management technologies, plastic substitutes)
- reduction to tackle plastic pollution and circular economy for plastics

72 signatories

Albania, Angola, Australia, Barbados, Bolivia, Cape Verde, Cambodia, Cameroon, Canada, Central African Republic, Chad, Chile, China, Colombia, Costa Rica, Ecuador, EU27, Fiji, the Gambia, Honduras, Hong Kong China, Iceland, Jamaica, Japan, Kazakhstan, Korea, Macao China, Maldives, Morocco, New Zealand, Norway, Panama, Paraguay, Peru, Philippines, Russia, Saudi Arabia, Singapore, Switzerland, Suriname, Thailand, Tonga, United Kingdom, Uruguay, Vanuatu

The co-sponsors of the statement also agreed to identify: 'actions needed to improve gathering of data on trade flows and supply chains, including by utilizing the Harmonized Commodity Description and Coding System (HS Convention) of the World Customs Organization or other trade instruments or standards [...] and the flow of information about the chemical and material characteristics of plastic products traded internationally.' (<https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/INF/TEIDP/W6R1.pdf&Open=True>)

Possible Shortcoming to HS system

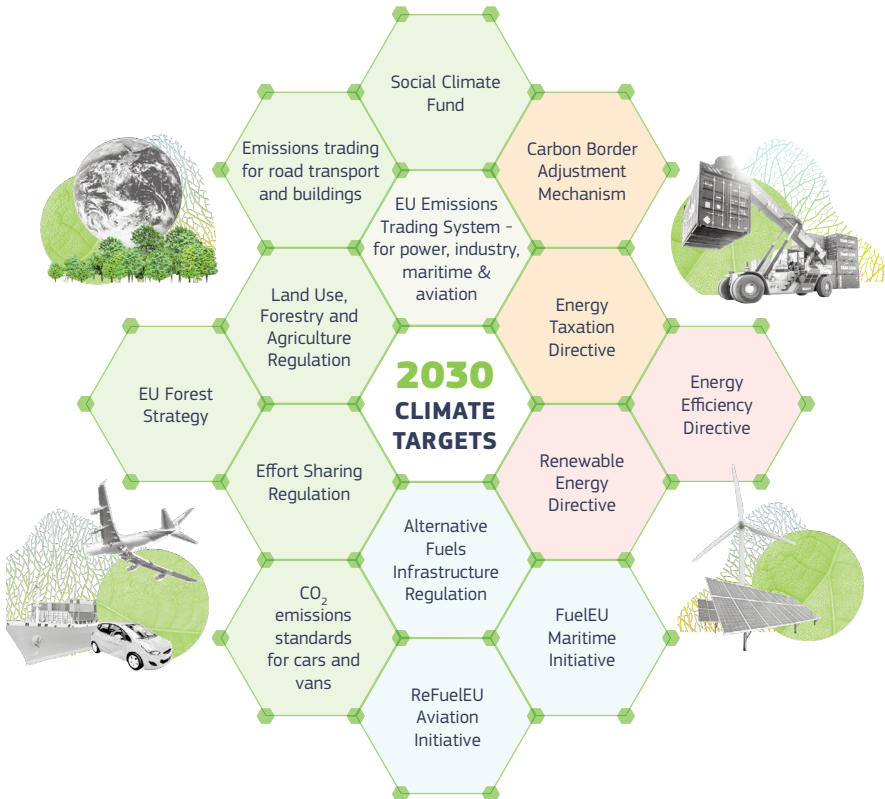
1. Insufficient differentiation of primary plastics by polymer type and by feedstock
2. Insufficient differentiation of POPs and other harmful chemical additives
3. Gaps in the scope of products that are classified as plastics
4. Varying detail on the share of plastics embedded in products
5. Inadequate information on the material composition of plastic products and waste, including polymer types and the presence of harmful chemical substances of high environmental and health concern
6. Failure to capture plastic packaging that is integral part of other traded products
7. Inadequate classifications of plastic waste (including lack of alignment with Basel Convention Plastic Waste Amendments)

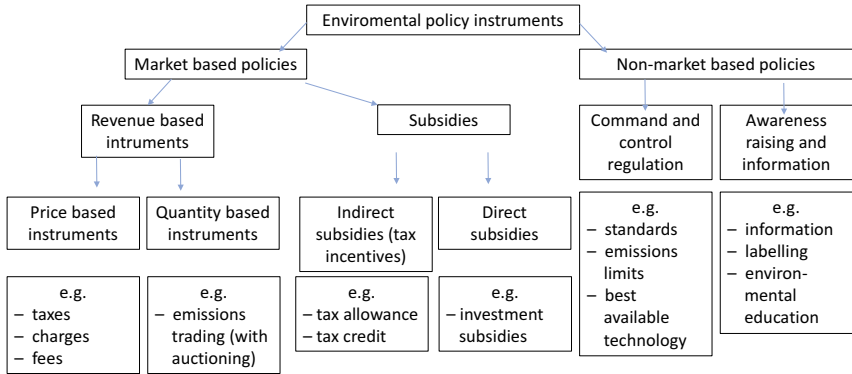
Environmental taxation – Green and smart

Vicente Hurtado-Roa
GD TAXUD, EU-Kommission, Brüssel, Belgien

European Green Deal

- aims to transform the EU into a fair and prosperous society, with a modern, resource-efficient and competitive economy
- aims to make the EU the first climate-neutral continent in 2050
- aims to reduce carbon emissions by 55% in 2030

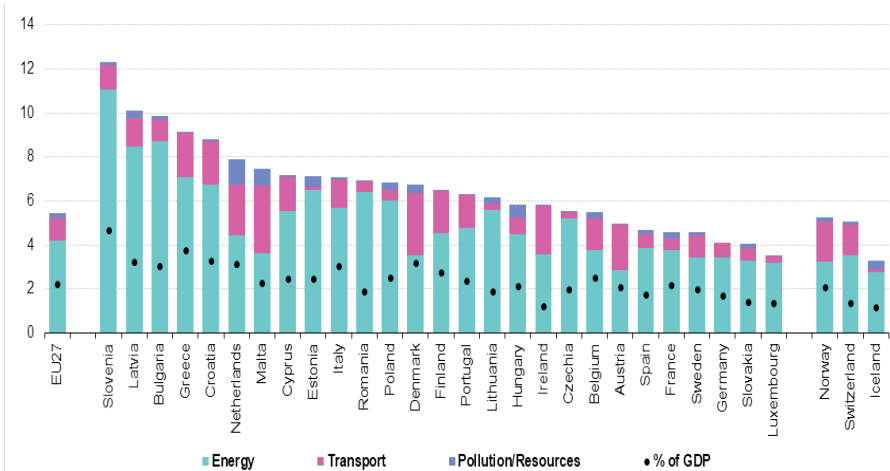




How can Taxation Support the Green Transition?

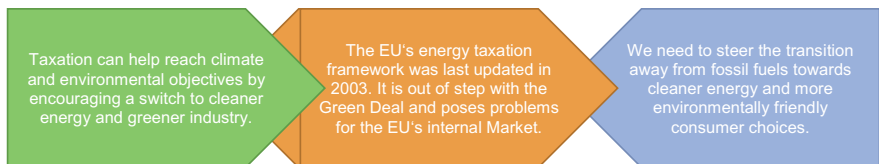
- Environmental taxation (energy, transport, pollution and resources) can encourage behavioral changes.
- While it does not entirely change behaviour, it aims to internalise the negative impacts: the polluter pays principle.
- However, the debate on environmental taxation has been fuelled by concerns about competitiveness and equity, which has slowed the pace of reform.
- Environmental taxation is less detrimental to growth than e.g. labour taxation. However, social concerns should be addressed (energy taxes are considered regressive).
- Revenue aspect: If green taxes are successful, they may raise less revenue.

Environmental Tax Revenue by Category (% of TSC and of GDP)



Revision of the Energy Taxation Directive

The commission's proposals will encourage a switch to cleaner energy, sustainable industry and greener habits.



Ah! Let's not forget to ensure the ability to preserve revenues generation.

Key measures included under the review:

- Fuels will start being taxed according to their energy content and environmental performance rather than their volume. In this way, we ensure that the environmental impact of individual fuels is better reflected, helping businesses and consumers alike to make cleaner, more climate-friendly choices.
- The way in which energy products are categorised for taxation purposes is simplified to ensure that fuels most harmful to the environment are taxed the most. Products covered by the Directive are grouped and ranked according to their environmental performance. Fuels that have the most negative impact on the environment will be subject to higher minimum rates.

- Exemptions for certain products and home heating will be phased out so that fossil fuels can no longer be taxed below minimum rates. Member States will be able to support vulnerable households and protect against energy poverty.
- Fossil fuels used as fuel for intra-EU air transport, maritime transport and fishing should no longer be fully exempt from energy taxation in the EU – a crucial measure given the role of these sectors in energy consumption and pollution.

How are the Rates Structured?

Energy Content Taxation

- all minimum rates are expressed in EUR/GJ to allow for direct comparison
- eliminates the disadvantage of biofuels under the current ETD
- should be calculated based on net calorific value

Ranking of Rates

- Rates set by Member States have to follow the ranking (not the scaling) set by the structure of the environmental ranking of minima.

Indexation

- rates indexed in order to avoid the erosion of the minima over time

Transitional Periods

- ten year transitional period for some products/uses in order to ensure a smooth implementation of the new provisions

Table A. – Minimum levels of taxation applicable to motor fuels for the purposes of Art. 7 (in EUR/Gigajoule)

| | Start of transitional period (1 January 2023) | Final rate after completion of transitional period (1 January 2033) before indexation |
|--|---|---|
| Petrol | 10.75 | 10.75 |
| Gasoil | 10.75 | 10.75 |
| Kerosene | 10.75 | 10.75 |
| Non-sustainable biofuels | 10.75 | 10.75 |
| Liquefied Petroleum Gas (LPG) | 7.17 | 10.75 |
| Natural gas | 7.17 | 10.75 |
| Non-sustainable biogas | 7.17 | 10.75 |
| Non-renewable fuels of non-biological origin | 7.17 | 10.75 |
| Sustainable food and feed crop biofuels | 5.38 | 10.75 |
| Sustainable food and feed crop biogas | 5.38 | 10.75 |

| | Start of transitional period (1 January 2023) | Final rate after completion of transitional period (1 January 2033) before indexation |
|--|---|---|
| Sustainable biofuels | 5.38 | 5.38 |
| Sustainable biogas | 5.38 | 5.38 |
| Low-carbon fuels | 0.15 | 5.38 |
| Renewable fuels of non-biological origin | 0.15 | 0.15 |
| Advanced sustainable biofuels and biogas | 0.15 | 0.15 |

Table B. – Minimum levels of taxation applicable to motor fuels used for the purpose set out in Art. 8(2) (in EUR/Gigajoule)

| | Start of transitional period (1 January 2023) | Final rate after completion of transitional period (1 January 2033) before indexation |
|--|---|---|
| Gas oil | 0.9 | 0.9 |
| Heavy fuel oil | 0.9 | 0.9 |
| Kerosene | 0.9 | 0.9 |
| Non-sustainable biofuels | 0.9 | 0.9 |
| Liquefied Petroleum Gas (LPG) | 0.6 | 0.9 |
| Natural gas | 0.6 | 0.9 |
| Non-sustainable biogas | 0.6 | 0.9 |
| Non-renewable fuels of non-biological origin | 0.6 | 0.9 |
| Sustainable food and feed crop biofuels | 0.45 | 0.9 |
| Sustainable food and feed crop biogas | 0.45 | 0.9 |
| Sustainable biofuels | 0.45 | 0.45 |
| Sustainable biogas | 0.45 | 0.45 |
| Low-carbon fuels | 0.15 | 0.45 |
| Renewable fuels of non-biological origin | 0.15 | 0.15 |
| Advanced sustainable biofuels and biogas | 0.15 | 0.15 |

What General Principles does the Revision Follow?

- As a general rule, **no more possibility of going below the minima** – for uses such as agriculture, households, energy intensive businesses. Very limited number of exemptions apply.
- no more distinction between minima for **business and non-business use**
- no more possibility to distinguish between **commercial and non-commercial use of gas oil used as propellant**
- no more possibility to benefit from **reduced rates based on quantitative consumption** (i.e. lower per unit rate for consumers with higher annual energy consumption volume)

Taxation

Aviation Sector

- Fuel used for business and pleasure flights will be taxed as motor fuels.
- For intra-EU non-business and non-pleasure flights, the EU minimum rate (single use) for kerosene shall be EUR 10.75/GJ to be gradually introduced over ten years.
- During the ten year transitional period a minimum rate of zero will apply to SAF and electricity.
- Intra-EU cargo only flights will be exempted.
- Without prejudice to international obligations, Member States may exempt or apply the same levels of taxation applied for intra-EU air navigation to extra-EU air navigation according to the type of flight.

Shipping Sector and Fishing

The current exemption will be lifted and the following rules will apply:

- Intra-EU waterborne regular service navigation, fishing and freight transport will be subject to the same EU minimum rates as for agriculture.
- The minimum rate will be EUR 0.9/GJ for gas oil and heavy fuel oil.
- Over ten years a minimum rate of zero will apply to sustainable biofuels and biogas, low carbon fuels, renewable fuels of non-biological origin, advanced sustainable biofuels, biogas and electricity.
- Member States may exempt or apply the same levels of taxation applied for intra-EU waterborne navigation to extra-EU waterborne navigation according to the type of activity.

Households

- **The minimum rates will gradually increase** each year during a ten year transition period.
- **option to reduce rates not** below the minima in the directive
- special consideration for **vulnerable households**: Energy products and electricity used by households recognised as vulnerable may be exempt for a maximum period of ten years after the entry into force of the Directive.
- common definition of 'vulnerable households': risk of poverty threshold defined as 60% of the national median equivalised disposable income

Productive Sector

- Member States may apply reduced rates for **energy-intensive businesses** but no possibility to go below the minima in the Directive.

- Definition of energy intensive business remains substantially unchanged. No option to apply more restrictive concepts
- Member States may also apply reduced rates (until the minima) to **other business sectors** under the following conditions:
 - Agreements are concluded with business entities or associations of such business entities or where tradable permit schemes or equivalent measures are implemented, as far as they lead to the achievement of environmental protection objectives or to improvements in energy efficiency (other than ETS).

Carbon Border Adjustment Mechanism

A new green way of pricing carbon on imports to the EU

So what is the Aim of the CBAM?

- **prevent carbon leakage** to ensure effectiveness of EU climate policy
- **change behaviours**
 - incentivise third country producers to **reduce their emissions**
 - incentivise third countries to adopt **green policy frameworks**

And how do we do this?

Four key elements of design

- mirror EU **carbon pricing** through new mechanism for imports into EU
- **comply with WTO** and be fully in line with international trade rules
- complement the **EU's Emissions Trading System (ETS)** measures
- focus on **carbon intensive sectors**

The Basic Concept of CBAM

- Equal carbon pricing
 - EU businesses pay a **carbon price on their production in the EU**.
 - **Imports will need to pay a carbon adjustment**, corresponding to the price they would have paid if the goods had been produced under the EU's carbon pricing rules (ETS).
 - The CBAM charge will be adjusted to reflect the level of EU **ETS free allowances** allocated to EU production of sectors in scope.

- no double pricing
 - **If a non-EU producer can show that they have already paid a carbon price** for the production of the imported goods in a third country, that amount can be deducted for the EU importer.

Sectors

- In the first phase:
 - cement
 - iron and steel
 - aluminium
 - fertiliser
 - electricity
- Selected on basis of three criteria:
 - high risk of carbon leakage (High carbon emissions; High level of trade)
 - covering more than > 45% of CO₂ emissions of ETS sectors
 - practical feasibility
- in a second stage, extended to other sectors

And a Gradual Phase-in of CBAM



CBAM Design and Trade

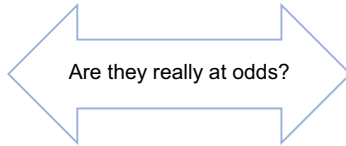
Why these differences?

- ETS on installations, CBAM on products
- ETS capped, CBAM non-capped
- As CBAM certificates are theoretically unlimited, tradability is limited.
- Buyback of 1/3 of certificates is permitted at sale price.

But a CBAM or International Coordination?



CBAM

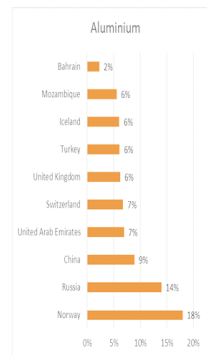
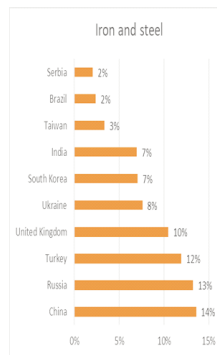
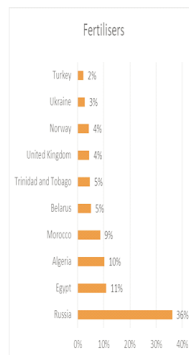
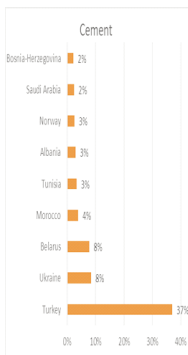


**International coordination
of carbon price**

- Climate action is urgent so we need to act at all levels now.
- Starting with CBAM does not preclude joint work on international coordination.

Top 10 exporters in four of the sectors (except electricity)

(share of total volume of imports)



Carbon Pricing in Austria

Prof. Dr. Thomas Bieber
Johannes Kepler University Linz, Österreich

'Carbon pricing in Europe is a complicated mess with different mechanisms and different levels across countries and industries.'

(Barnes, The Challenges and Prospects for Carbon Pricing in Europe, OIES Paper 2021/5, NG 168, p. 25)

Finland carbon tax (1990 →)
Poland carbon tax (1990 →)
Norway carbon tax (1991 →)
Sweden carbon tax (1991 →)
Denmark carbon tax (1992 →)
Slovenia carbon tax (1996 →)
Estonia carbon tax (2000 →)
Latvia carbon tax (2004 →)
EU ETS (2005 →)
Alberta TIER (2007 →)
Switzerland ETS (2008 →)
New Zealand ETS (2008 →)
Switzerland carbon tax (2008 →)
Liechtenstein carbon tax (2008 →)
BC carbon tax (2008 →)
RGGI (2009 →)
Iceland carbon tax (2010 →)
Tokyo CaT (2010 →)
Ireland carbon tax (2010 →)
Ukraine carbon tax (2011 →)
Saitama ETS (2011 →)
California CaT (2012 →)
Japan carbon tax (2012 →)
Australia CPM (2012 – 2014)
Québec CaT (2013 →)
Kazakhstan ETS (2013 →)
UK carbon price floor (2013 →)

Shenzhen pilot ETS (2013 →)
Shanghai pilot ETS (2013 →)
Beijing pilot ETS (2013 →)
Guangdong pilot ETS (2013 →)
Tianjin pilot ETS (2013 →)
France carbon tax (2014 →)
Mexico carbon tax (2014 →)
Spain carbon tax (2014 →)
Hubel pilot ETS (2014 →)
Chongqing pilot ETS (2014 →)
Korea ETS (2015 →)
Portugal carbon tax (2015 →)
BC GGIRCA (2016 →)
Australia ERF Safeguard Mechanism (2016 →)
Fujian pilot ETS (2016 →)
Washington CAR (2017 →)
Ontario CaT (2017 – 2018)
Alberta carbon tax (2017 →)
Chile carbon tax (2017 →)
Colombia carbon tax (2017 →)
Massachusetts ETS (2018 →)
Argentina carbon tax (2018 →)
Canada federal OBPS (2019 →)
Singapore carbon tax (2019 →)
Nova Scotia CaT (2019 →)
Saskatchewan OBPS (2019 →)
Newfoundland and Labrador carbon tax (2019 →)
Newfoundland and Labrador PSS (2019 →)
Canada federal fuel charge (2019 →)
Prince Edward Island carbon tax (2019 →)
South Africa carbon tax (2019 →)
Northwest Territories carbon tax (2019 →)
Mexico pilot ETC (2020 →)
Virginia ETS (2020 →)
New Brunswick carbon tax (2020 →)

Germany ETS (2021 →)

China national ETS (2021 →)

World Bank, State and Trends of Carbon Pricing 2020, p. 25, available under <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/33809/9781464815867.pdf?sequence=4&isAllowed=y>

Status quo of Environmental Taxes in Austria

Overview

- Energy taxes
 - Mineral oil tax
 - Electricity, natural gas and coal tax
- Transport taxes
 - Vehicle tax
 - Motor-related insurance tax
 - Standard consumption tax ('NoVA')
 - Aviation tax
- Environmental pollution taxes
 - Contaminated site contribution
- Resource taxes
 - Real estate tax
 - Hunting and fishing levies
- Ecologically relevant payments
 - e.g. water charges, wastewater charges, refuse charges

National Emission Trading Scheme (Nationales Emissionszertifikatehandelsgesetz 2022 – NEHG 2022)

Key Points

- applicable as of October 2022 (originally July 2022)
- designed as an emission trading scheme and not as a carbon tax
- aims to cover emissions outside the European Emission Trading Scheme (EU ETS), Art. 1 NEHG 2022
- does not replace the existing energy taxes in Austria but complements them

- only energy products listed in Annex 1 NEHG are subject to the NEHG
 - the list of covered energy products includes, among others, petrol, diesel, heating oil, coal, natural gas
- applicable to emissions from energy products listed in Annex 1 that are placed on the market within Austrian territory
 - placing on the market = incurrance of tax liability under the energy tax laws

Fixed Price Phase (Art. 10)

| Calendar year | Amount |
|---------------|--------|
| 2022 | EUR 30 |
| 2023 | EUR 35 |
| 2024 | EUR 45 |
| 2025 | EUR 55 |

- price stability mechanism = average change in energy prices in the first three quarters of a year
 - change > 12.5% an increase amount for next year -50%
 - change < -12.5% an increase amount for next year +50%
 - example: change in energy prices in the first three quarters of 2023 compared to the previous year: +15.0% a issue value for 2024: EUR 40, issue value for 2025: EUR 55

Introductory Phase: Simplified Procedure (Arts 13 – 15)

- simplified registration
 - no monitoring plan necessary
 - automated registration for trading participants who were also tax debtors of an energy tax before 1 October 2022 (originally 1 July 2022)
- simplified reporting
 - intra-year emissions reporting and submission of allowances after the end of a quarter by the 15th of the second following month
 - simplified emissions report and submission of remaining allowances by 30 June of the following year
 - data from energy levies are taken over

Exemptions (Arts 20 – 23)

- installations with emissions that are subject to the EU ETS

- cases of minor importance: trading participants that place less than 1 t of emissions on the market in a year
- exemptions under the energy taxes

Relief Measures (Art. 24)

- goals:
 - cross-border competitiveness should be ensured
 - carbon leakage should be avoided
 - special additional burdens are to be mitigated
- budgetary caps for the fixed price phase

Carbon Leakage (Art. 26)

- risk that companies subject to carbon pricing will move abroad to reduce production costs and thus gain an unfair competitive advantage
- sectors that can be relieved are listed in **Annex 2**
- the relief amounts to at least 65% and at most 95% of the additional burden
- at least 80% of the relief must be invested in climate protection measures within the company
 - introduction phase: 50%

Hardship Cases (Art. 27)

- companies for which the share of costs for energy products subject to the NEHG in the total costs is particularly high
- determination of hardship cases in two ways:
 - 'Energy cost dimension': actual costs for energy products as a proportion of total business costs; share of energy costs > 15% = hardship case
 - 'Additional cost dimension': additional costs due to NEHG in gross value added; share of additional costs > 15% = hardship case
- level of relief:
 - share between 15 and 20%: additional load above 15% is relieved by max. 50%
 - share above 20%: excess load over 20% is relieved by max. 95%
- energy audit: relief is to be invested in climate protection measures

Schlusswort zum 33. Europäischen Zollrechtstag in Graz

Dr. Lothar Harings
Vorsitzender des EFA

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Zollrechtstags, ein besonderer Zollrechtstag nach zwei Jahren Pause geht zu Ende. Wir haben uns mit dem diesjährigen Motto „Verantwortung, Nachhaltigkeit und Menschenrechte“ in verschiedener Hinsicht beschäftigt – von den Sorgfaltspflichten in der Lieferkette bis zu Russlandsanktionen, Freihandelsabkommen, Green Deal und Environmental Goods Agreement. Wir werden diese Themen auch in Zukunft weiter verfolgen und ich hoffe sehr, dass der nächste Zollrechtstag wieder unter etwas unbeschwerteren geopolitischen Rahmenbedingungen stattfinden kann. Ob der grausame Krieg Russlands gegen die Ukraine dann schon beendet ist, wissen wir nicht – die Folgen des Kriegs werden uns aber noch lange beschäftigen. Thematisch wollen wir uns beim nächsten Zollrechtstag wieder stärker den klassischen zollrechtlichen Themen zuwenden: Zollwert, Zollschild, Verzinsung von Erstattungsansprüchen im Zollrecht – das sind nur einige Stichworte.

Wir werden uns vom 14.-16.6.2023 in Leipzig treffen.

Wir sind in diesem Jahr Gast bei der Wirtschaftskammer Steiermark gewesen und Gastgeber ist unser langjähriges Beiratsmitglied Dr. Haid, der – das wurde gestern schon erwähnt – in diesem Jahr in den Ruhestand treten und den Beirat verlassen wird. Seine Nachfolge im Beirat werden Frau Fetka-Blüthner, Zollamt Österreich, und Werner Herzog, Wirtschaftskammer Österreich, antreten.

Lieber Herr Haid, ganz herzlichen Dank Ihnen nochmals für Ihr Engagement im EFA-Beirat, das 2004 mit einem Zollrechtstag in Graz begonnen hat und 2022 mit einem Zollrechtstag in Graz endet – beide Veranstaltungen wären ohne Sie nicht so geglückt, und ich darf Sie einmal nach vorne bitten, um Ihnen nochmals offiziell den Dank des EFA-Vorstands und des Beirats auszusprechen.

Der Dank gilt auch der Wirtschaftskammer Steiermark für Ihre Unterstützung und besonders MIC für einen großartigen Abend gestern auf Schloss Herberstein, an dem ich leider nicht teilnehmen konnte, der aber in höchsten Tönen gelobt wurde. Ganz herzlichen Dank an MIC, Rainer Roll und ihr Organisationsteam um Martin Pay und Ulrike Neundlinger!

Mein Dank gilt allen Referentinnen und Referenten für spannende Einblicke und gehaltvolle, gute Vorträge. In diesem Jahr geht auch ein noch größerer Dank als üblich an das Organisationsteam vor Ort, das uns auch ohne Frau Brüggemann und Herrn von Eichel-Streiber sehr gut betreut hat. Herr Travaglino hat sich in mittlerweile bewährter Weise um die Technik gekümmert, gemeinsam mit dem Team von Thomas

Dressler hier in Graz – es ist immer wieder bewundernswert, wie reibungsfrei die Zuschaltung der Online-Referenten geklappt hat.

Herzlichen Dank an Sie alle, dass so viele von Ihnen – trotz Corona und Ukrainekrieg – hier nach Graz gekommen sind, danke an die Online-Teilnehmer, die sich auch aktiv beteiligt haben.

Der gesamte EFA-Vorstand, der heute nur in Rumpfbesetzung anwesend ist, – Frau Dr. Roth und Frau Herrmann haben heute die Panels geleitet, wir freuen uns auf ein persönliches Zusammenkommen und ein Wiedersehen mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in 2023. Kommen Sie gut nach Hause!

Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchssteuern und Zoll e.V. (EFA)

European Forum for External Trade, Excise and Customs
– Chronik und Informationen –

Zur Geschichte

Am 5.1.1988 wurde die Deutsche Zolljuristische Vereinigung e.V. (DZV) gegründet. Ziel war und ist, über die in der Praxis vor allem zwischen Wirtschaft und Verwaltung häufig anzutreffende Frontenbildung hinweg ein Forum für den wissenschaftlichen Gedanken- und praktischen Erfahrungsaustausch zu schaffen. Von Beginn an strebt die Vereinigung das Gespräch zwischen allen an Fragen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs Interessierten an. Die Satzung erwähnt namentlich die Berufsgruppen der in der Gesetzgebung, der Verwaltung, der Gerichtsbarkeit, den freien Berufen und der in Forschung und Lehre tätigen Personen.

Entsprechend vielfältig sind die Themen, denen man sich in den letzten 34 Jahren zugewandt hat. Dabei haben immer wieder die aktuelle Entwicklung des europäischen Zollrechts auf dem Weg zum Zollkodex und seine Anwendung, die Harmonisierung des Verbrauchssteuerrechts, das Bemühen der Europäischen Union um die Angleichung der Exportkontrollen, die Erweiterung der EU sowie der Europäische Binnenmarkt im Mittelpunkt der unterschiedlichen Projekte gestanden.

Die Hinwendung zu Europa und die Erkenntnis, dass mit dem Begriff Zollrecht die Vielfalt der angesprochenen Rechtsgebiete nur unzureichend wiedergegeben wird, hat dazu geführt, dass am 21.6.1995 anlässlich des 7. Deutschen Zollrechtstags in Dresden eine Namensänderung erfolgte. Die DZV nannte sich um in „Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchssteuern und Zoll e.V.“, „European Forum for External Trade, Excise and Customs“. Momentan gehören dem EFA über 280 Mitglieder an.

Zollrechtstage

Ein Hauptanliegen des Forums ist, einmal jährlich einen besonderen Diskussionsrahmen zu bieten, um die beschriebenen Ziele zu fördern und die Rechtsentwicklung zeitnah, praxisorientiert und kritisch zu begleiten. Herzstück dieser Aktivitäten ist der „Europäische Zollrechtstag“, an dem auch 2022 wieder Teilnehmer aus allen Ecken der Welt teilgenommen haben. Seit 1989 haben 33 Zollrechtstage stattgefunden. Die dabei gehaltenen Vorträge und die entsprechenden Diskussionsberichte wurden zunächst in der „Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern“ (ZfZ) und der „Außenwirtschaftlichen Praxis“ (AW-Prax) dokumentiert. Seit 1996 erscheint neben den Tagungsberichten in verschiedenen Fachzeitschriften ein besonderer Tagungsband – bis zum 13. Europäischen Zollrechtstag im

Bundesanzeiger Verlag. Erstmals wurde der Tagungsband zum 14. Europäischen Zollrechtstag in der verbandseigenen „EFA-Schriftenreihe“ im Mendel Verlag publiziert.

Im Einzelnen fanden bislang folgende Zollrechtstage statt:

- Münster 1989 „Zoll- und Verbrauchsteuerrecht auf dem Weg zum Binnenmarkt 1992“, ZfZ-Sonderheft 1989.
- Gelsenkirchen 1990 „Außenwirtschaftsrecht und Probleme des innerdeutschen Handels“, ZfZ 1990, S. 194ff.
- Hamburg 1991 „Europäisches Zollrecht im Wandel“, ZfZ 1991, S. 194ff.
- Berlin 1992 „Verbote und Beschränkungen im innergemeinschaftlichen Warenverkehr, Harmonisierung der Verbrauchsteuern“, ZfZ 1992, S. 194ff.
- München 1993 „Europäischer Wirtschaftsraum und Binnenmarkt“, ZfZ 1993, S. 290ff.
- Münster 1994 „Steuern und Wirtschaft in Europa“, gemeinsame Veranstaltung mit der Universität Münster anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Instituts für Steuerrecht, Birk/Ehlers, Rechtsfragen des europäischen Steuer-, Außenwirtschafts- und Zollrechts, Köln 1995; ZfZ 1994, S. 258ff.
- Dresden 1995 „Zoll auf dem Weg ins Jahr 2000“, AW-Prax 1995, S. 278ff.; ZfZ 1995, S. 259ff.
- Wien 1996 „Hemmnisse und Sanktionen in der EU“, Tagungsband zusammengestellt von Henke, Köln 1996; AW-Prax 1996, S. 317ff.; ZfZ 1996, S. 369ff.
- Nürnberg 1997 „Vertrauensschutz in der Europäischen Union“, Tagungsband zusammengestellt von Henke, Köln 1997; AW-Prax 1997, S. 409ff. und AW-Prax 1998, S. 24ff.; ZfZ 1997, S. 278ff.
- Bremen 1998 „5 Jahre Binnenmarkt – Eine Zwischenbilanz“, Tagungsband zusammengestellt von Ulrich, Köln 1999, AW-Prax 1998, S. 419 und AW-Prax 1999, S. 20; ZfZ 1999, S. 1ff.
- Mannheim 1999 „Kontrollen – ATLAS – Risikoanalyse“, Tagungsband zusammengestellt von Henke, Köln 2000; AW-Prax 1999, S. 373ff., S. 406ff.; ZfZ 2000, S. 50ff.
- Salzburg 2000 „Erweiterung der Europäischen Union – Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung – Entwicklung der Öko-/Energisteuern“, Tagungsband zusammengestellt von Henke, Köln 2000; AW-Prax 2000, S. 349ff.; ZfZ 2000, S. 364ff.
- Köln 2001 „E-Commerce und Informatikverfahren im Außenhandel“, Tagungsband zusammengestellt von Henke, Köln 2002; AW-Prax 2001, S. 93ff.; ZfZ 2001, S. 362ff.
- Basel 2002 „Beförderungen – Präferenzen – Trade Facilitation“, Tagungsband, hrsg. von Henke, Aachen 2003; AW-Prax 2002, S. 293ff.; ZfZ 2002, S. 407ff.
- Berlin 2003 „10 Jahre Binnenmarkt – EU-Erweiterung – eCustoms (The Internal Market: 10 Years On – EU Enlargement – eCustoms)“, Tagungsband, hrsg. von Henke, Witten 2003; AW-Prax 2003, S. 341ff.; ZfZ 2003, S. 402ff.

- Graz 2004 „EU-Erweiterung in der Praxis – Internationales Risikomanagement (EU Enlargement in Practice – International Risk Management; L'élargissement de l'UE en pratique – La gestion internationale de risques)“, Tagungsband, hrsg. von Henke, Witten 2004; AW-Prax 2004, S. 339; ZfZ 2005, S. 8ff., 42ff.
- Bonn 2005 „Partnerschaft oder Subordination? – Das Verhältnis von Wirtschaft und Zoll nach dem modernisierten Zollkodex“, Tagungsband, hrsg. von Henke, Witten 2005; AW-Prax 2005, S. 327ff.; ZfZ 2005, S. 297ff. (Teil I), S. 331ff. (Teil II).
- Esslingen 2006 „Neue Chancen und Risiken für die europäische Wirtschaft – Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter/Zoll und Umsatzsteuer/Neues Energiesteuergesetz/ Neuer Präferenzursprung“, Tagungsband, hrsg. von Henke, Witten 2007; AW-Prax 2006, S. 327ff., S. 374ff.; ZfZ 2006, S. 280ff.
- Hamburg 2007 „Zoll im Wandel vom Abgaben- zum Sicherheitsrecht? – Erfahrungen mit dem neuen Energiesteuergesetz“, Tagungsband, hrsg. von Henke und Gellert, Witten 2007; AW-Prax 2007, S. 332ff., S. 369ff.; ZfZ 2007, S. 260ff.
- Luxemburg 2008 „40 Jahre Zollunion in Europa“, Tagungsband, hrsg. von Gellert, Witten 2008; AW-Prax 2008, S. 330ff., S. 377ff.; ZfZ 2008, S. 197ff.
- Linz 2009 „Zollunion und e-Government“, Tagungsband, hrsg. von Gellert, Witten 2009; AW-Prax 2009, S. 393ff.; ZfZ 2009, S. 197ff.
- Düsseldorf 2010 „Dialog zwischen Zoll und Wirtschaft“, Tagungsband, hrsg. von Gellert, Witten 2010; AW-Prax 2010, S. 291; ZfZ 2010, S. 204ff.
- Schaffhausen 2011 „Sicherheit und Freihandel“, Tagungsband, hrsg. von Gellert, Witten 2011; AW-Prax 2011, S. 293.
- Erfurt 2012 „Grenzerfahrung in der Europäischen Union“, Tagungsband, hrsg. von Koszinowski, Witten 2013; AW-Prax 2012, S. 373ff.
- Bonn 2013 „20 Jahre Binnenmarkt Fortschritt oder Stagnation“, Tagungsband, hrsg. von Koszinowski, Witten 2014; AW-Prax 2013, S. 287ff.; ZfZ 2013, S. 141ff.
- Esslingen 2014, „Unionszollkodex und Entwicklungen im internationalen Handel“, Tagungsband, hrsg. von Koszinowski, Witten 2014; AW-Prax 2014, S. 163ff; ZfZ 2014, S. 173ff.
- Innsbruck 2015 „Unionszollkodex und geltendes EU-Recht im Rechtsvergleich“, Tagungsband, hrsg. von Koszinowski, Witten 2015; AW-Prax 2015, S. 373; ZfZ 2015, S. 142ff.
- Köln 2016 „Der Unionszollkodex“, Tagungsband, hrsg. von Hoell, Bochum 2017; AW-Prax 2016, S. 227; ZfZ 2016, S. 141ff.
- Bremen 2017 „Bewegte Welt – Handel in stürmischen Zeiten“, Tagungsband, hrsg. von Weiß, Bochum 2017; AW-Prax 2017, S. 317; ZfZ 2017, S. 205ff.
- Thun 2018 „50 Jahre Zollunion“, Tagungsband, hrsg. von Schulmeister, Bochum 2018; AW-Prax 2018, S. 363; ZfZ 7/2018, S. 168ff.

- München 2019 „Quo vadis EU“ – Die Europäische Union vor großen Herausforderungen“, Tagungsband, hrsg. von Schulmeister, Bochum 2019; AW-Prax 2019, S. 362ff.; ZfZ 2019, S. 226ff.
- Online-Veranstaltung 2021 „Ausblick 2030 – Zoll und Zollrecht in der Zukunft“, Tagungsband, hrsg. von Schulmeister, Bochum 2021; AW-Prax 2021, S. 431ff.; ZfZ 2021, S. 234ff.
- Graz 2022 „Verantwortung, Nachhaltigkeit und Menschenrechte – Aufbruch in eine (neue) Zukunft“, Tagungsband, hrsg. von Schulmeister, Bochum; AW-Prax 2022, S. 492ff.; ZfZ 2022, S. 233ff.

Außenwirtschaftsrechtstage

Seit 1996 findet darüber hinaus jährlich ein Außenwirtschaftsrechtstag zunächst in Münster später in Berlin statt. Er wird veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e.V. (ZAR) am Institut für öffentliches Wirtschaftsrecht der Universität Münster.

Kooperation in Europa

Das EFA hat die auf den deutschsprachigen Raum begrenzten Tätigkeiten erweitert, indem es Kontakte zu vergleichbaren Organisationen im europäischen Ausland knüpfte. Mit der französischen Vereinigung ODASCE besteht seit 1999 ein Kooperationsabkommen. Mit der britischen Organisation SITPRO wurden bis zu deren Auflösung rege Kontakte gepflegt. Die drei Vereinigungen sind seit 2004 gemeinsam unter dem Namen Duquesne Group aufgetreten. 2008 hat sich die niederländische Organisation EVO dieser Gruppe angeschlossen.

Elektronisches Forum: Die Mailing-Liste „EFA-L“

Seit 1998 bietet EFA seinen Mitgliedern ein neues Forum des Gedanken- und Informationsaustauschs an, die Mailing-Liste „EFA-L“. Über diese Liste können EFA-Mitglieder mittels E-Mail allen eingeschriebenen EFA-Mitgliedern Nachrichten und Informationen zukommen lassen oder aktuelle Fragen diskutieren.

EFA-Schriftenreihe

Wissenschaftliche Literatur zum Außenwirtschafts-, Verbrauchsteuer- und Zollrecht aus der EFA-Schriftenreihe ist zum kostenlosen Download als PDF-Datei unter www.efaschriften.de oder über www.efa-muenster.de zugänglich. Die EFA-Schriftenreihe aus dem Mendel Verlag kann auch in Printversion bezogen werden; senden Sie Ihre Bestellung an efa@uni-muenster.de.

Wissenschaftlicher Beirat und Vorstand

Kennzeichnend für die Vereinigung ist die von Anfang an gute Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Beirat. Während ersterer auch aus arbeitstechnischen Gründen einen Schwerpunkt in Münster hat, spiegelt sich im Beirat die Vielfalt der angesprochenen Berufsgruppen wider.

Wissenschaftlicher Beirat

- Prof. Dr. Hans-Michael Wolffgang (Vorsitzender), Universität Münster
- Matthias Bongartz, Regierungsdirektor, Fachhochschule des Bundes, Münster
- Rainer Ehmcke, Ministerialrat a.D., Bonn
- Rudolf Erb, Abteilungsdirektor Bundesfinanzdirektion Nord, Hamburg
- Reinhard Fischer, Deutsche Post DHL, Bonn
- Dr. Christian Haid, Wirtschaftskammer Steiermark, Graz, Österreich
- Prof. Dr. Isabell Halla-Heißen, Fachhochschule des Bundes, Münster
- Colette Hercher, Bundesministerium der Finanzen, Berlin
- Prof. Dr. Harald Jatzke, Vors. Richter am BFH, München
- Michael Lux, Rechtsanwalt, Overijse, Belgien
- Elisabeth von Marschall, FG Baden-Württemberg
- Knut Milewski, Bayer AG, Leverkusen
- Prof. Dr. Achim Rogmann, LL.M. Brunswick European Law School (BELS), Wolfenbüttel
- Prof. Dr. Walter Summersberger, Johannes-Kepler-Universität, Linz, Österreich
- Prof. Dr. Peter Witte, Fachhochschule des Bundes, Münster

Vorstand

- Dr. Lothar Harings (Vorsitzender), Rechtsanwalt, GvW Graf von Westphalen, Hamburg
- Prof. Dr. Sandra Rinnert (stellv. Vorsitzende), LL.M. (Georgetown), Hochschule des Bundes, Münster
- Frank Görtz (stellv. Vorsitzender), AWB Consulting GmbH, Hamburg
- Dr. Thomas Weiß (Schatzmeister), Rechtsanwalt Osnabrücker Kollegen, Osnabrück
- Petra Herrmann, Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg
- Dr. Katja Roth, Bundesfinanzhof, München
- Dr. Jan Thaler, Generalzolldirektion, Direktion V, Hamburg

Informationen

Eine Kontaktaufnahme zum EFA kann über die Geschäftsstelle erfolgen. Sie liefert Informationen, Satzung, Mitgliederverzeichnis und Sonstiges. Die Forumsmitglieder werden durch regelmäßige Rundbriefe über die aktuellen Aktivitäten auf dem Laufenden gehalten. Sie erhalten den Tagungsband und als Leser der AW-Prax monatlich Nachrichten, Meinungen und Aktuelles. EFA-Mitglieder haben Zugang zur Mailing-Liste „EFA-L“.

Geschäftsstelle

Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V.

EFA-Geschäftsstelle

Königsstr. 46

48143 Münster

Telefon: +49 251 8327575

Telefax: +49 251 8327564

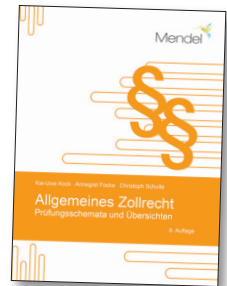
E-Mail: office@efa-muenster.de

Internet: www.efa-muenster.de

BEREITS IN 6. AUFLAGE

Allgemeines Zollrecht

Prüfungsschemata und Übersichten



von Prof. Dr. Kai-Uwe Kock, Annegret Focke und Christoph Schulte

Mittlerweile in der 6. Auflage erscheint das Buch „Allgemeines Zollrecht – Prüfungsschemata und Übersichten“. Getreu dem Titel stehen klar gegliederte Schemata sowie Übersichten zum allgemeinen Zollrecht im Mittelpunkt. Durch seine anschauliche Darstellung komplexer Sachverhalte soll das Werk denjenigen, die zollrechtliche Fälle systematisch und strukturiert lösen wollen, eine maßgebliche Hilfe bzw. Unterstützung sein.

Die streng an den systematischen Kriterien einer gutachtlichen Prüfung orientierten Schemata und Übersichten sind dabei sowohl für die zollrechtliche Ausbildung als auch für die tägliche Arbeit in außenwirtschaftlich orientierten Unternehmen, Verbänden oder einer Zollstelle konzipiert. Denn nicht nur in der Ausbildung ist es erforderlich, strukturiert Falllösungen zum allgemeinen Zollrecht zu entwerfen – auch von Praktikern wird genau das erwartet. Zur zweckmäßig gegliederten Prüfung komplexer oder unbekannter Fragestellungen und einer schlüssigen Begründung des Ergebnisses dienen hier die Schemata, die in der 6. Auflage durch neue Kurzschemata ergänzt werden. Diese sollen dem Leser vorab einen kurzen Überblick über die Prüfungsabfolge einzelner zollrechtlicher Fragen geben.

Zudem werden Tatbestandsmerkmale stets mit der jeweiligen Definition dargestellt, wobei auch auf Meinungsstreitigkeiten in gebührendem Umfang eingegangen wird. Soweit Definitionen durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs oder deutscher Finanzgerichte geprägt wurden, werden die relevanten Textpassagen der entsprechenden Urteile auszugsweise wiedergegeben.



Weitere Infos unter: www.mendel-verlag.de/produkt/allgemeines-zollrecht

NEUERSCHEINUNG 2022

Besonderes Zollrecht

Prüfungsschemata und Übersichten



von Prof. Dr. Sabine Brandenburg, Elena Genne,
Alexandra Kreienbaum und Jana Lohmann

Erstmals erscheint mit dem Buch „Besonderes Zollrecht – Prüfungsschemata und Übersichten“ ein umfassender Gesamtüberblick über alle Bereiche des besonderen Zollrechts in einem einzigen Werk. Klar gegliederte Schemata und Übersichten zu vier Themenbereichen erleichtern den Einstieg in die komplexen Rechtsmaterien des besonderen Zollrechts. Folgende Schwerpunkte werden detailliert dargestellt:

- **Warenursprung und Präferenzen:** Systematik des Präferenzrechts, Ursprungsregeln des Regionalen Übereinkommens einschließlich der Übergangsregeln sowie des TCA
- **Marktorganisationsrecht:** Systematik des Marktorganisationsrechts, Lizenzrecht und Einfuhrabgaben
- **Verbote und Beschränkungen:** Systematik der Verbote und Beschränkungen, Artenschutz- und Abfallrecht
- **Außenwirtschaftsrecht:** Embargos, Kontrolle von Ausfuhr und Verbringungen von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern, Genehmigungsarten, Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten aus dem AWG

Durch die anschauliche Darstellung bietet das Werk eine wertvolle Hilfe, um Sachverhalte systematisch und strukturiert zu lösen. Dabei eignet es sich sowohl für Studierende als auch für Praktiker an den Zollstellen, in Verbänden und in außenhandelsorientierten Unternehmen.

Die Schemata mit ausführlichen Erläuterungen sind entsprechend den Anforderungen an eine gutachtliche Prüfung aufgebaut. Ergänzt werden sie durch vorangestellte Kurzschemata, die einen schnellen Überblick über das jeweilige Problemfeld bieten.



Weitere Infos unter: www.mendel-verlag.de/produkt/besonderes-zollrecht